

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Heinz-J. Bontrup **3** Mehr unternehmerische (qualifizierte) Mitbestimmung tut Not
- Henning Osmer **13** Zukunftssicherung und Vermögen – Die Umkehrung der Verhältnisse und das Problem der Arbeitslosigkeit
- Arno Gahrman **19** Ein Denkfehler wird System. Erforscht werden sollte die Natur der Kosten. Entdeckt wurde das Schwarze Loch der globalen Ökonomie. Ein Expeditionsbericht.
- Reinhard Stransfeld **26** Europa auf dem Weg in die Brasilianisierung ?
- Fritz Andres **32** Geldreform und Unternehmensverfassung
- 34** Bericht - Bücher - Veranstaltungen

Liebe Leserin und lieber Leser,

seit Jahren argumentiert die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, dass Zugeständnisse an das Kapital letztlich auch positive Nebenwirkungen auf die Arbeit hätten. Die Realität spricht jedoch eine andere Sprache. Die frühere Rechnung „höhere Gewinne = höhere Investitionen“ geht schon längst nicht mehr auf. Ansehnliche Gewinne der Unternehmen fließen vielfach in Finanzanlagen statt in realwirtschaftliche Investitionen und Menschen werden zu Tausenden 'freigesetzt'. Dementsprechend haben – wie der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung eindeutig belegt – die Verteilungsgerechtigkeiten in den letzten Jahren zu- statt abgenommen. Symptomatisch ist hierfür die steigende Kinderarmut, die auch UNICEF näher untersucht hat. Demnach lebt in Deutschland bereits jedes 10. Kind in Armut. In den USA und Mexiko sind es bereits 20% der Kinder. (www.unicef.de)

Kann es also im Interesse der gegenwärtigen und mehr noch der zukünftigen Generationen liegen, dem Kapital immer mehr Zugeständnisse zum Beispiel in der Form der Agenda 2010 zu machen? Gewiss nicht. Insofern war die kürzlich losgetretene Kapitalismus-Debatte längst überfällig. Nur – wenn sie alte Feindbilder wiederbelebt statt die in den Strukturen des Geldes wurzelnde "Macht des Kapitals" zu analysieren, gerät sie schnell in eine Sackgasse, wo sie als rückwärts gewandter "antikapitalistischer Reflex" (Spiegel 17/2005, S. 24) nicht mehr ernst genommen wird. Um so zügiger kann dann der Abbau der dem Kapital in den letzten 100 bis 130 Jahren abgerungenen sozialen Rechte in einer sogenannten "neuen sozialen Marktwirtschaft" weitergehen.

In realpolitisch-pragmatischer Perspektive ist es angebracht, sich die historische Entwicklung der Arbeitnehmerrechte zu vergegenwärtigen und sich wie Heinz-Josef Bontrup in seinem Beitrag über die Mitbestimmung ihrer weiteren Erosion entgegenzustellen. Parallel dazu bedarf es in realutopischer Perspektive

freilich auch eines Nachdenkens darüber, ob die Gewerkschaftsbewegung den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit schon in jeder Hinsicht richtig analysiert hat und ob ihre bisherigen Antworten wirklich dauerhaft tragfähig sind. Die Sozialpartnerschaft der Jahre des Wirtschaftswunders stellte jedenfalls noch keine echte Lösung dieses sozialen Grundkonflikts dar; sie war nur Ausdruck des damaligen Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, bei dem die Macht des Kapitals noch nicht so groß war wie heute. Der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit müsste darum unter Berücksichtigung des inzwischen wie eine chronische Krankheit fortgeschrittenen „Geldsyndroms“ (Helmut Creutz) neu durchdacht werden. Hierzu sollen die weiteren Beiträge in diesem Heft anregen.

Leider haben wir aufgrund unserer Konzentration auf die Geldproblematik den Entwicklungen in der Arbeitswelt in der Vergangenheit eine zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Gelegentliche Bemühungen um einen Dialog mit den Gewerkschaften blieben zudem ohne die erhoffte Resonanz – vielleicht weil sie seit den Zeiten von Marx primär auf die Produktionssphäre konzentriert waren und die Tragweite der Geldproblematik noch nicht übersahen. In jüngster Zeit gibt es jedoch erfreuliche Anzeichen für Horizonsweiterungen auf beiden Seiten. Ein Dialog zwischen den Gewerkschaften und der Geldreform wird umso dringlicher, je mehr die noch Arbeitenden ebenso wie die nicht mehr Arbeitenden unter den Druck der entgrenzten Macht des Geld- und Realkapitals geraten. Wenn diese Macht nicht nur gebändigt, sondern darüber hinaus auch überwunden wird, eröffnen sich Möglichkeiten für eine Entmonopolisierung der Arbeitswelt, die bisher nur vom Ordoliberalismus ansatzweise gesehen und später vom Neoliberalismus völlig verdrängt wurden. Hieran könnten Gewerkschaften und Geldkritiker gemeinsam anknüpfen.

Ihr Werner Onken

Keynesianische Revolution, monetaristische Gegenrevolution und was dann ?

”Wenn man nach überzeugenderen Erklärungen für die heutige Krise sucht, muss man bereit sein, unkonventionelle Erklärungen zu überprüfen. ...

Die realen durchschnittlichen Nettoverdienste der Arbeitnehmer sind zwischen 1991 und 2002 um 2,6 % gesunken. Die bescheidenen Zuwächse der 80er Jahre sind damit praktisch wieder aufgezehrt worden, so dass die Reallöhne sich trotz der kumulierten Produktivitätszuwächse von 25 Jahren in Westdeutschland heute auf etwa dem Niveau von 1978 befinden. ... In ganz Deutschland belaufen sich die privaten Finanzvermögen heute auf rund 3,7 Billionen Euro, weltweit auf 29,3 Billionen Dollar. ... Der Vermögensbesitz ist sehr ungleich verteilt. ... Wenn die privaten Finanzvermögen langfristig stärker wachsen als das Volkseinkommen, dann kann ein dynamisches Gleichgewicht der Volkswirtschaft nur gewahrt werden, wenn auch die Investitionen langfristig überproportional zunehmen. Die Vermögen der einen sind nun einmal die Schulden der anderen. Mit wachsenden Vermögen müssen auch die komplementär wachsenden Schulden inklusive der Zinsen realiter abgearbeitet und eingelöst werden. ... Es wird immer schwieriger, die wachsenden Geldvermögen durch Investitionen zu absorbieren. Die Folge ist eine chronische Überschussliquidität an den Finanzmärkten, ein Überhang an anlagesuchendem Kapital, der sich in spekulativen Turbulenzen Luft verschafft. ... Keine Gesellschaft kann uferlos Innovation und schöpferische Zerstörung betreiben. ...

Die Vermögensdynamik müsste gestoppt, die extrem ungleiche Verteilung der Finanzvermögen und Einkommen korrigiert werden. Die Zins- und Renditeerwartungen der Kapitaleigentümer, die ja bislang im Gegensatz zu Löhnen, Renten und Sozialleistungen als sakrosankt gelten, dürften dann nicht länger tabu sein. ... Eine radikale Zinssenkung würde für die Wirtschaft eine beträchtliche Kostenentlastung bedeuten und sowohl den Zwang zum Wachstum als auch die Gefahr eines Abschwungs vermindern. Es gibt nämlich nicht nur einen Abgabekeil bei den Sozialkosten – es gibt auch einen Zinskeil, der bei nahezu allen Kosten direkt oder indirekt beträchtlich zu Buche schlägt, nach realistischen Schätzungen mit 30-40 Prozent. ... Aber eine kapitalzinsfreie Wirtschaft lässt sich nicht mit einem Schlag durch geldtechnische Eingriffe herbeiführen, wie die Anhänger der auf Silvio Gesell zurückgehenden Freigeld-Lehre meinen. Die Hypertrophie der Finanzvermögen ist ein politisch, nicht nur geldtechnisch zu lösendes Problem.“

Prof. Dr. Christoph Deutschmann

Gibt es eine Alternative zur keynesianischen Fiskalpolitik?

in: Leviathan – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Nr. 2 / 2004, S. 154-163.

Heinz-J. Bontrup:

Mehr unternehmerische (qualifizierte) Mitbestimmung tut Not

1 Erste Forderungen nach Mitbestimmung

Seit den grundlegenden Veränderungen der ökonomischen Produktions- und Reproduktionsbedingungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Ablösung der Agrar- und Handwerks-gesellschaft durch eine Industriegesellschaft) sowie einer damit verbundenen Herausbildung der Arbeiterbewegung als 'neue Klasse' und die daraus folgende Konstituierung von Gewerkschaften zur Behebung kapitalistisch ökonomischer und sozialer Fehlentwicklungen lassen sich Forderungen nach einer Mitgestaltung an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen der werktätigen Bevölkerung nachweisen. (Potthoff/Blume/Duvernell 1962, S. 1ff.) Bis zu einer ersten zaghaften rechtlichen Absicherung von Mitbestimmung dauerte es allerdings bis 1891. Die damals vorgenommene Novelle zur Gewerbeordnung sah eine fakultative Bildung von Arbeiterausschüssen in Unternehmen vor. Deren Errichtung wurde durch ein Reichsgesetz im Ersten Weltkrieg ab 1916 kriegsbedingt für alle versorgungswichtigen Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten und durch Verordnung zum Ende des Krieges ab 1918 auf alle Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten ausgedehnt. Durch die Weimarer Verfassung wurde die Mitbestimmung 1919 schließlich im sogenannten "Räte-Artikel 165" verankert und 1920 im Betriebsrätegesetz rechtlich umgesetzt und konkretisiert.

Heinrich Nicklisch, einer der bedeutenden Vertreter der damals noch jungen Betriebswirtschaftslehre, kommentierte das Betriebsrätegesetz von 1920 im Hinblick auf eine "Betriebsgemeinschaft" zwischen Kapital und Arbeit wie folgt: "Auf diese Weise hat die Entwicklung der Gemeinschaft wenigstens grundsätzlich nachgeholt, was sie der Arbeitsteilung gegenüber zurückgeblieben war." (Nicklisch 1922, S. 56) Die Mitbestimmung solle die durch Arbeits- und

Kompetenzverteilung gefährdete "Kraft der Einheit" wieder herstellen. Für Nicklisch bedeutete dabei das Wort "Betriebsgemeinschaft", "dass Menschen einheitlich verbunden, das Leben des Betriebes leisten und dass der Mensch auf diese Weise aus dem Betriebsmechanismus einen Organismus macht. Die Menschen stehen mit ihren Rechten und Pflichten in ihm und das Wohlergehen des Betriebs und ihr eigenes hängt davon ab, dass diese erfüllt werden." (Nicklisch 1932, S. 296)

Die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften während der Weimarer Zeit (1918-1933) gingen aber über den Gedanken einer "Betriebsgemeinschaft" hinaus. Sie waren aus der Überzeugung entstanden, dass nicht nur eine politische Demokratie, sondern ebenso eine Demokratie in der Wirtschaft umgesetzt werden muss. Der langjährige Erste Vorsitzende der IG-Metall, Otto Brenner, formulierte 1961 die gewerkschaftliche Forderung nach einer demokratisierten Wirtschaft wie folgt: "Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet im Grund nichts anderes als eine Ausprägung der gewerkschaftlichen Idee der Freiheit. Freiheit ist für uns nicht nur ein politischer Begriff, sondern vor allem auch eine soziale Kategorie. Wir wissen, dass die Freiheit des Menschen außerhalb seines Arbeitslebens nicht vollständig und gesichert ist, solange der Mensch in seinem Arbeitsleben der Herrschaft anderer unterworfen bleibt. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das freie Wahl-, Versammlungs-, Rede- und Presserecht bedarf der Ergänzung durch die Demokratisierung der Wirtschaft, durch Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und der von ihnen geschaffenen Werte. Die Forderung nach Mitbestimmung der arbeitenden Menschen ist historisch entstanden in einer Wirtschaftsordnung, die auf dem privaten Besitz an Produktionsmitteln beruht, auf der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln und vom

Produkt seiner Arbeit und auf der damit gegebenen Bevorzugung der Produktionsmittelbesitzer. Mit anderen Worten: Wir haben es mit einer Wirtschaftsordnung zu tun, in der es keine Freiheit im sozialen Bereich und keine Demokratie im Wirtschaftsleben gibt. Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet nichts anderes als einen Versuch, Freiheit und Demokratie auch im Bereich der Wirtschaft, auch für die Arbeitnehmer zu verwirklichen. Deshalb unterscheiden wir auch zwei Arten von Mitbestimmung, nämlich die betriebliche und die überbetriebliche. In einer Privatwirtschaft wie der unseren erscheint die betriebliche Mitbestimmung als eine Art Abschlagszahlung auf die noch nicht erfolgte demokratische Umgestaltung der ganzen Wirtschaft. Sie ist als ein erster Schritt in Richtung auf eine Wirtschaftsdemokratie zu verstehen“ (Brenner 1972, S.24.).

Im Jahr 1928 hatte bereits Fritz Naphtali im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) ein solches Modell einer "Wirtschaftsdemokratie" weitgehend entworfen, das allerdings auf Grund der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 sowohl wissenschaftlich wie gesellschaftlich zu wenig diskutiert und damit auch nicht entscheidend weiterentwickelt werden konnte. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften im Jahr 1933 wurde außerdem das Betriebsrätegesetz von 1920 und die darin verankerte Institution Betriebsrat wieder beseitigt (Hommelhoff/Mecke 1992, S. 1.379 bis 1.393). Der Entwurf von Naphtali sah neben einer Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse durch arbeitsrechtliche Bestimmungen und der Schaffung einer Betriebsdemokratie sowie einer arbeitnehmerorientierten Sozialpolitik, insbesondere eine "Demokratisierung der privaten Wirtschaft" durch die Bildung von Gegenmacht in Form öffentlicher Unternehmen und den Aufbau einer Gemeinwirtschaft (Genossenschaften) vor. Außerdem war eine Demokratisierung von staatlich verfasster gesamtwirtschaftlicher Planung durch die aktive Mitarbeit von Gewerkschaftsvertretern im Staatsapparat vorgesehen (Naphtali 1928). Die heute bekannte und umgesetzte Form von "Mitbestimmung kam in dieser Konzeption eigentlich eher nur am Rande vor. Die Wirtschaftsdemokratie war stark auf den Staat fixiert, Ge-

werkschaften und Betriebsräte hatten eine repräsentativ-korporatistische Funktion; allerdings sollten Vertreter der Arbeitnehmerschaft in den Geschäftsführungen monopolartiger Unternehmen mitarbeiten. Naphtali war skeptisch hinsichtlich der Mitarbeit von Betriebsräten in den Aufsichtsräten von Großunternehmen; im wesentlichen sah er nur Informationsfunktionen für diese Form der Repräsentanz. Wenn gleich hier die Wurzel der heutigen (unternehmerischen) Mitbestimmung liegt, so hatte sie damals im Rahmen der Konzeption der Wirtschaftsdemokratie eine nur untergeordnete Funktion“. (Priewe 1991, S. 29f.)

Als sich 1945 in Deutschland wieder Gewerkschaften gründeten, lautete ihre politische Zielsetzung: "Nie wieder Faschismus! – Nie wieder Krieg!" Weitere Lehren waren: Die Gewerkschaften sind auf Demokratie angewiesen; soziale Rechte und politische Freiheit bleiben untrennbar miteinander verbunden. Die Interessen der abhängig Arbeitenden brauchen eine freie und möglichst solidarisch geschlossene, konfliktfähige gewerkschaftliche Vertretung; nur eine konsequente gewerkschaftliche Politik kann der Demokratie sozialstaatlichen Rückhalt verschaffen. Eine solche Politik ist ohne eine starke Einheitsgewerkschaft nicht möglich. Man erinnerte sich an die wesentlichen von Naphtali entwickelten Positionen einer Wirtschaftsdemokratie. Zunächst erarbeitete der Kölner Betriebswirt Potthoff für die noch inoffizielle Gewerkschaftsführung in der britischen Nachkriegsbesatzungszone konzeptionelle Vorschläge, die eine Sozialisierung der großen Unternehmenskomplexe in Form einer Verstaatlichung vorsah, wobei die Maßnahmen in eine globale staatliche Wirtschaftsplanung einzubetten seien.¹ "Indessen unterschied Potthoff zwischen Sozialisierung und Wirtschaftsdemokratie. Das Wirtschaftsleben würde erst dann wirklich demokratisch, 'wenn der entsprechende Einfluss der Gewerkschaften und der Betriebsräte auf die Verwaltung der einzelnen Unternehmungen gewährleistet (ist), indem diese in den Aufsichtsräten paritätisch mit den übrigen Vertretern beteiligt sind. Die paritätische Zusammensetzung der Aufsichtsräte ist zudem eine generelle Forderung der Gewerk-

schaften für alle privaten Unternehmungen, deren Umfang so groß ist, dass sie besondere Kontroll- und Aufsichtsorgane besitzen', führte er aus. Potthoffs Plädoyer für die Unternehmensmitbestimmung überzeugte die Delegierten, die sich schließlich auf eine Entschließung einigten, in der sie die paritätische Beteiligung der Arbeitnehmer in den Aufsichts- und Kontrollorganen der Unternehmen forderten. Von einer Mitwirkung in der Geschäftsleitung von Unternehmen war indessen nicht die Rede". (Müller 1991, S. 129). Potthoffs Überlegungen gingen 1949 im ersten Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) als wirtschaftspolitische Forderungen mit ein. Dort heißt es:

"Eine Wirtschaftspolitik, die unter Wahrung der Würde freier Menschen, die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigen Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs sichert. Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, in der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhaltes für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen. Eine solche wirtschaftspolitische Willensbildung und Wirtschaftsführung verlangt eine zentrale volkswirtschaftliche Planung, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeit der Gesamtwirtschaft triumphiert."²

Die Forderungen der Gewerkschaften nach Demokratisierung fielen in der Bevölkerung in den Jahren zwischen 1945 und 1949, und auch in der Politik auf Grund der Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die die Glaubwürdigkeit des Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftssystem grundlegend erschüttert hatte, auf ein wohlwollendes Verständnis.³ Die Politikwissenschaftlerin Welteke stellt rückblickend fest: "Bezeichnenderweise

hat es nach dem Zusammenbruch keine Partei oder sonstige Gruppierung in Deutschland gegeben, die sich offen für eine Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse eingesetzt hätte. Zwischen 'zügellosem Kapitalismus' und 'autoritärem Sozialismus' wurden von rechten und linken Parteien und von den Gewerkschaften 'dritte' Wege gesucht und propagiert. An einem kapitalistischen Wirtschaftssystem interessiert waren jedoch die Kapitalbesitzer sowie diejenigen, für die einzig das marktwirtschaftliche System auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln ein politisches und gesellschaftliches Ordnungssystem darstellte, das Freiheit und Gerechtigkeit garantierte." (Welteke 1976, S. 34f.) Eine politische Chance für eine Umsetzung des gewerkschaftlichen Rahmenkonzeptes, in Form einer gesamtwirtschaftlichen Planung, des Gemeineigentums und der Mitbestimmung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene, hat es allerdings nicht gegeben. Dagegen sprachen die Wahlergebnisse nach der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949.⁴ Die Deutschen wählten mehrheitlich ein rechts-liberales bürgerliches Bündnis. Mit dieser Koalition war das politisch geforderte gewerkschaftliche Rahmenkonzept nicht mehr umsetzbar. Hinzu kam der unter der rechts-liberalen Koalition sehr schnell zunehmende Einfluss der privaten Wirtschaft, die insbesondere aus einer Ablehnung des gewerkschaftlichen Grundsatzprogramms keinen Hehl machte. So sahen sich die Gewerkschaften – wenn auch widerstrebend – veranlasst, wenigstens den kleinsten Nenner einer demokratisierten Wirtschaft in Form einer betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung zu 'retten'. Damit war aber gleichzeitig klar, dass zukünftig die abhängig Beschäftigten den inhärenten Widersprüchen und Konflikten einer Marktgesellschaft sowie einem Lohn-Gewinn-Verhältnis unterworfen sein würden.

2 Unternehmerische Mitbestimmung wird Gesetz

Bevor es 1952 zur betrieblichen Mitbestimmung in Form des Betriebsverfassungsgesetzes kam, trat am 21. Mai 1951 das "Gesetz über die Mit-

bestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie“, kurz: „Montanmitbestimmungsgesetz“, in Kraft. (Potthoff 1955, Hempel 1969). Das Gesetz regelte bzw. regelt auch heute noch für 47 Unternehmen⁵ und ca. 204 000 Beschäftigte in den Wirtschaftsbereichen Kohle und Stahl die „unternehmerische Mitbestimmung“, die auch als „wirtschaftliche“ oder „qualifizierte“ Mitbestimmung von Arbeitnehmervertretern bezeichnet wird. 1960 unterlagen allerdings noch 147 Unternehmen und rund 963 000 Arbeitnehmer dem Montanmitbestimmungsgesetz.⁶ Dieser dramatische Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Montanmitbestimmung einerseits erhebliche Veränderungen dadurch erfuhr, „dass der gesetzlich definierte Anwendungsbereich schrumpfte und ihr Stellenwert im sozio-ökonomischen System der Bundesrepublik zurück ging oder Unternehmen sich dem Gesetz durch heute gängige Restrukturierungen entzogen“. (Lompe/Weis 2001, S. 1). Die rechtliche Grundlage der „unternehmerischen Mitbestimmung“ entstammte ursprünglich § 70 Betriebsrätegesetz in Verbindung mit dem dazu erlassenen Ausführungsgesetz von 1922 („Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern“). „Die entsprechenden Regelungen sahen vor, dass sämtliche Unternehmen, die bereits einen Aufsichtsrat oder ein vergleichbares Organ hatten, bis zu zwei vom Betriebsrat oder Gesamtbetriebsrat (bei mehreren Betrieben, d.h. Orten der Leistungserstellung eines Unternehmens) gewählten Arbeitnehmervertretern Sitz und Stimme im jeweiligen Aufsichtsorgan einzuräumen hatten. Da auch diese Bestimmungen mit der Aufhebung des Betriebsrätegesetzes von 1920 während des Dritten Reiches an Gültigkeit verloren, kam es erst nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland zu einer weiteren Entwicklung der Mitbestimmung auf Unternehmensebene.“ (Oesterle 1996, S. 451f.)

Um die Verabschiedung des Montanmitbestimmungsgesetzes gab es zwischen 1947 und 1951 allerdings heftigste politische Auseinandersetzungen. „Ohne gesetzliche Grundlage waren allerdings bereits am 1. März 1947 in den ersten vier eisenschaffenden Betrieben paritätische Aufsichtsräte und ein Arbeitsdirektor im Vorstand eingeführt worden.“ (...) Als Adenauer in einem Gesetz die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie ausschließen wollte, rief der DGB-Vorsitzende Hans Böckler zur Gegenwehr auf. Am 29. und 30. November 1950 stimmten 95,87 v.H. der Belegschaften in der Eisen- und Stahlindustrie in einer Urabstimmung für einen Streik zum Erhalt der Montanmitbestimmung. Der Vorstand der IG Metall empfahl den Beschäftigten, ihre Einzelarbeitsverträge zu kündigen um Forderungen nach Schadenersatz vorzubeugen. Ein Generalstreik, so war zu fürchten, wäre von der Besatzungsmacht niedergeschlagen worden. Böckler ließ sich nicht einschüchtern und ging ein hohes Risiko ein. Vor der Aussicht eines drohenden Bürgerkrieges gab Adenauer am 25. Januar 1951 nach. Der Generalstreik ab 1. Februar wurde abgeblasen.“⁸

Der Sozialwissenschaftler Jörg Wollenberg stellt allerdings bezüglich des „Kampfes“ um die Montanmitbestimmung kritisch fest: „Dass der lange gepflegte Mythos vom Sieg der Gewerkschaften um die gesetzliche Absicherung der Mitbestimmung in der Montanindustrie von 1951 verknüpft wurde mit der Zustimmung zu Adenauers Außenpolitik und zur Wiederbewaffnung, bleibt für viele Gewerkschaftler bis heute ein Geheimnis, auch wenn Horst Thum dazu 1982 eine umfangreiche Studie vorlegte und schon Arnulf Baring 1969 konstatiert hatte: Die Sicherung der Montanmitbestimmung sei vom DGB-Vorsitzenden Böckler als Gegenleistung der Bundesregierung für die stillschweigende Unterstützung von Adenauers Außen- und Verteidigungspolitik durch die Gewerkschaften angesehen worden. Die folgende schwerwiegende Niederlage bei der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes vom Juli 1952 war damit vorprogrammiert.“ (Wollenberg 2002, S. 5)

Das Montanmitbestimmungsgesetz enthielt trotz der durchgesetzten numerischen Parität⁹ eine bis heute bestehende dreifache Restriktion:

- Erstens gilt es nur für die Wirtschaftszweige Kohle und Stahl, wobei im Bereich Stahl zusätzlich nur für die Stahlerzeugung nicht aber auch für die stahlverarbeitenden Unternehmen.
- Zweitens nur für die Unternehmen, die in der

Rechtsform einer AG, GmbH oder einer bergrechtlichen Gewerkschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit betrieben werden und

- drittens müssen in der Regel mehr als 1.000 Arbeitnehmer beschäftigt sein.

Für die Unternehmen, die diese Prämissen erfüllen, wurde festgelegt, dass auf der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite des Aufsichtsrates eine gleich große Anzahl von Mitgliedern vertreten ist. Daneben fungiert als ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrates ein "neutraler Mann", der bei Pattabstimmungen zwischen Kapital und Arbeit zum "Zünglein an der Waage" bzw. zum "Entscheider" wird. Außerdem erhielten die Gewerkschaften und die Betriebsräte Einfluss bei der Bestellung eines Vorstandsmitglieds (Geschäftsführers) als Arbeitsdirektor, der das besondere Vertrauen von Gewerkschaft und Belegschaft (Betriebsrat) besitzen muss und nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bestellt oder abberufen werden kann. Nichtsdestotrotz benötigt aber auch der Arbeitsdirektor bei seiner Bestellung (Wiederberufung) die einfache Mehrheit im Aufsichtsrat; mindestens also alle Stimmen der Arbeitnehmerbank plus die Stimme des "neutralen Mannes". Borsdorf, der Biograph des ersten DGB-Vorsitzenden Böckler, charakterisierte die Montanmitbestimmung als die "isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräftekonstellation der Nachkriegszeit". (Borsdorf 1982, S. 274) Dennoch hatte sie im Politischen eine weit über das Gesetz hinausreichende Bedeutung, die beispielsweise durch die Bemerkung des SPD-Politikers Herbert Wehner dokumentiert wird: "Wer an der Montanmitbestimmung rührt, rührt an dem Nerv der Demokratie". Trotzdem ist das Gesetz zur Montanmitbestimmung von den Arbeitgeberverbänden und insbesondere im politischen Raum von der FDP vehement bekämpft worden. Die Geschichte der Montanmitbestimmung bedeutet "30 Jahre Management gegen die Montan-Mitbestimmung". (Spieker/Strohauer 1982). Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Aufgrund ihrer nur noch marginalen quantitativen Bedeutung in der Wirtschaft ist die Diskussion, selbst im Jahr ihres 50jährigen Jubiläums, so gut wie verstummt. So

wundert es nicht, wenn Martens in den "Gewerkschaftlichen Monatsheften" behaupten kann: "Die Montanmitbestimmung blieb unvollendetes Programm und ist heute von diesem Blickwinkel aus wohl am treffendsten als eine 'altehrwürdige Ruine' zu bezeichnen." (Martens 1990, S. 482) Der sich aus den Strukturwandel im Kohle- und Stahlbereich ergebende dramatische Arbeitsplatzabbau konnte natürlich nicht verhindert werden.¹⁰

Mitbestimmung ist und bleibt letztlich eingebettet in die Bewegungsgesetze einer kapitalistischen Ordnung auf Basis des Profitprinzips. Sie hat aber in beiden Bereichen – trotz aller Kritik – betriebsbedingte Kündigungen nicht zugelassen und über die Jahre eine durchaus auf Partizipation aufbauende Unternehmenskultur entwickelt. In der jüngsten empirischen Untersuchung zur Montanmitbestimmung an der TU Braunschweig kommen Lompe, Blöcker, Marquardt, Rölke und Weis zu interessanten Ergebnissen.¹¹ Die Autoren haben die tatsächlichen Leistungsmerkmale bzw. -bedingungen als auch die Defizite der Montanmitbestimmung im Spiegelbild der verschiedenen Akteursgruppen untersucht und bewertet. (Lompe/Weis 2001, S. 3) Bezüglich der allgemeinen Grundeinstellungen zur Montanmitbestimmung wird festgestellt, dass die Beteiligten sie nach wie vor als ein "sehr hohes Gut" ansehen. "In den Belegschaftsbefragungen wurde sie (...) von über 90 v.H. der Befragten als positiv bewertet. Auch in den Expertengesprächen stellte sich heraus, dass sie auf allen Hierarchieebenen ein sehr hohes Ansehen genießt.

Neben dem Einflussbereich des Montanmitbestimmungsgesetzes wurde den Arbeitnehmern eine "wirtschaftliche Mitbestimmung" zu Beginn der Bundesrepublik vom Gesetzgeber nicht zugesprochen. Zwar bestimmte das 1952 verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz in den §§ 76 und 77, dass es auch außerhalb der Wirtschaftszweige Kohle und Stahl zu einer "unternehmerischen Mitbestimmung" kommen solle, dies aber nur auf Basis einer so genannten "Drittel-Parität": das heißt nur ein Drittel der jeweiligen Aufsichtsratsmandate entfallen auf die Arbeitnehmervertreter. Außerdem galt dies nur für Unternehmen, die in der Rechtsform einer AG oder einer KGaA geführt wurden. Bei GmbHs und bergrechtlichen

Gewerkschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften musste zusätzlich eine Zahl von 500 Arbeitnehmern zur Konstituierung von Aufsichtsräten erreicht sein.¹² Dies gilt auch für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit. Die Gesellschaftsform der Einzelunternehmung und auch sämtliche Personengesellschaften werden dagegen vom Gesetz nicht erfasst. Die Gewerkschaften haben bis heute bei der Bestellung der Aufsichtsräte weder ein Vorschlags- noch ein Entsendungsrecht. Die Aufsichtsräte werden in unmittelbarer Wahl aus der Belegschaft durch die Beschäftigten des Unternehmens bestimmt. Hinzu kommt, dass keine Mitbestimmungsmöglichkeit bei der Bestellung oder Abberufung der Unternehmensleitung besteht. Die Beurteilung dieser "Nicht-Mitbestimmung" ist deshalb eindeutig. Allenfalls liegt hier ein Informations- und Mitberatungsorgan aus Sicht der Arbeitnehmer vor. Von gleichberechtigter Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten zwischen Kapital und Arbeit kann dagegen keine Rede sein.

Die Gewerkschaften versuchten gleich nach der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Montanmitbestimmungsgesetzes auf Verbesserungen hinzuwirken. Im Jahr 1963 gab dazu der DGB neue Grundsätze heraus. Hier heißt es: "Die Gewerkschaften kämpfen um die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen."¹³ Die politischen Machtverhältnisse unter einer CDU/CSU/FDP-Regierung als auch unter den politischen Bedingungen der Großen Koalition aus CDU/CSU/SPD von 1966 bis 1969 verhinderten allerdings unter massiver Einflussnahme der Arbeitgeberverbände eine solche weiterentwickelte bzw. mitbestimmte Wirtschaft und Gesellschaft. Erst mit der Wahl von Willy Brandt zum Bundeskanzler und der Machtübernahme durch die SPD/FDP-Regierung im Jahr 1969 wurde der Boden für eine mögliche Neugestaltung einer paritätischen unternehmensbezogenen Mitbestimmung geschaffen. "Die entscheidende Phase in der mitbestimmungspolitischen

Auseinandersetzung begann mit der Regierungserklärung von Brandt vom 18. Januar 1973. In dieser Erklärung bekundete er den Willen der SPD/FDP-Regierung, die paritätische Mitbestimmung noch in dieser Legislaturperiode auf der Grundlage der Parität von Kapital und Arbeit zu verwirklichen: "Den Ausbau der Mitbestimmung sehen wir als eine unserer Hauptaufgaben. Mitbestimmung gehört zur Substanz des Demokratisierungsprozesses unserer Gesellschaft. In ihr erkennen wir die geschichtliche Voraussetzung für jene Reformen, die in ihrer Summe den freiheitlichen Sozialstaat möglich machen."¹⁴ Die FDP rückte allerdings in einer für den Bundestag einmaligen Form unter dem massiven Druck der Arbeitgeberverbände von der gemeinsamen Regierungserklärung ab. Die Einführung einer paritätischen (wirtschaftlichen) Mitbestimmung wurde schließlich nach dem Rücktritt Brandts auf Grund der "Guillaume-Affäre" und der 1974 von Helmut Schmidt übernommenen Kanzlerschaft, durch eine neue Koalitionsvereinbarung zwischen SPD/FDP vom 9. September 1975 verworfen. Trotzdem kam es nach heftigem Streit zwischen Regierung und Gewerkschaften am 1. Juli 1976 zum Inkrafttreten eines neuen Mitbestimmungsgesetzes. Das Gesetz – heute noch gültig – regelt die unternehmerische Mitbestimmung in Unternehmen mit in der Regel mehr als 2000 Arbeitnehmern. Alle Personengesellschaften – egal wie groß diese Unternehmen sind – wurden von der so genannten "76er" Mitbestimmungsregelung ausgenommen. Vom Gesetz werden nur Kapitalgesellschaften erfasst. Dazu zählen die AG, KGaA, die GmbH, die bergrechtliche Gewerkschaft, die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft und ferner die Kommanditgesellschaft in der Form einer GmbH und Co. Auch die herrschenden Unternehmen von Konzernen und Teilkonzernen, die in einer der genannten Rechtsformen betrieben werden, wenn die Konzernunternehmen insgesamt in der Regel mehr als 2000 Arbeitnehmer beschäftigen, wurden ebenfalls dem Gesetz unterworfen. Die Mitbestimmung im Montanbereich nach dem Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951 und dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz von 1956 blieben unverändert erhalten. Ebenso die nach dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 beste-

hende "Drittel-Parität". Entscheidend für die "76er" Mitbestimmung war natürlich die Zusammensetzung des Aufsichtsrates zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmern. Hier wurde festgelegt, dass der zu bildende Aufsichtsrat nominell je zur Hälfte aus Arbeitnehmervertretern und Kapitalvertretern zu bestehen habe. Die Größe des Aufsichtsrates (12, 16 oder 20 Mitglieder) richtet sich nach der Zahl der im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer. Auf der Arbeitnehmerseite fällt seit 1988 ein Sitz an die Vertretung der Leitenden Angestellten gemäß der Einrichtung eines Sprecherausschussgesetzes (SprAuG). Darüber hinaus muss die "Bank der Arbeitnehmer" das zahlenmäßige Verhältnis von Arbeitern und Angestellten im Unternehmen widerspiegeln. Der Aufsichtsratsvorsitzende und sein Stellvertreter werden mit Zwei-Drittel-Mehrheit gewählt. Wird die Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreicht, so wählen die Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner den Aufsichtsratsvorsitzenden und Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer den Stellvertreter. Dadurch wird sichergestellt, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrates immer von der Kapitaleseite gestellt wird. Dies ist von entscheidender Bedeutung, da bei einer Pattsituation zwischen den nominell gleich starken Aufsichtsratsbanken der Aufsichtsratsvorsitzende den Stichentscheid durch sein doppeltes Stimmrecht herbeiführen kann. Im Gegensatz zur Montanmitbestimmung, bei der der "neutrale Mann" die Pattsituation auflösen muss, besitzt hier die Kapitaleseite letztlich einseitig die Möglichkeit Entscheidungen zu ihren Gunsten festzulegen. Die Mitglieder des Vorstandes/Geschäftsführung werden vom Aufsichtsrat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln gewählt und abberufen. Wird eine solche Mehrheit nicht erreicht, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende auch hier den Stichentscheid. Mit Ausnahme von KGaAs muss dem Vorstand/Geschäftsführung ein Arbeitsdirektor angehören; im Unterschied zum Montanmitbestimmungsgesetz gibt es für ihn allerdings keinen besonderen Bestellungs- oder Abberufungsmodus. Von einer paritätischen, d.h. gleichberechtigten Mitbestimmung kann bei der "76er" Mitbestimmung keine Rede sein. Auf einer Fachtagung des DGB 1986 zum

Thema "10 Jahre Mitbestimmungsgesetz 76" wurde festgestellt, dass das Gesetz den Namen "Mitbestimmungsgesetz" zu Unrecht trägt. Sie wird deshalb bis heute als eine "Scheinmitbestimmung" bezeichnet. Es ist auch hier letztlich wie bei der "Drittel-Parität" allenfalls ein "Informationsgesetz", "das – richtig genutzt – eine Betriebspolitik im Interesse der Arbeitnehmer unterstützen kann, mehr aber nicht zu leisten vermag". (Schäfer 1986, S. 30) Aber selbst gegen diese unternehmerische Form der Scheinmitbestimmung gingen die Arbeitgeberverbände nach der Verabschiedung des Gesetzes im Deutschen Bundestag gerichtlich vor. Das Bundesverfassungsgericht entschied allerdings, dass das Gesetz mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Betrachtet man die quantitative Bedeutung des "76er" Mitbestimmungsgesetzes, d.h. wie viele Unternehmen und abhängig Beschäftigte vom Gesetz heute erfasst werden, so stellt man fest, dass dies im Jahr 1999 mal gerade 679 Unternehmen mit knapp 2,1 Mill. Beschäftigten waren.¹⁵ Dies zeigt bei insgesamt rund 2 Millionen Unternehmen und 34 Millionen Arbeitnehmern in Deutschland ihre bisher nur geringe Relevanz.¹⁶

3 Schlussfolgerungen für den Ausbau von Mitbestimmung

Mitbestimmung ist heute in Deutschland in eine gesetzlich abgesicherte institutionalisierte Form eingebunden bzw. verankert. Dies im Gegensatz zum Ausland.¹⁷ Dabei ist Mitbestimmung in der Vergangenheit nicht nur eingefordert und ihr Ausbau immer wieder angemahnt worden, sie war und ist auch immer heftig umstritten gewesen und wurde vielfach bekämpft bzw. ihre Zurückdrängung sowie sogar ihre völlige Eliminierung verlangt. Für die Kapitaleseite bedeutet Mitbestimmung in erster Linie eine Beschneidung von Macht im Unternehmensgefüge, wenn dies auch von der Arbeitgeberseite nicht so direkt ausgesprochen wird. Mitbestimmung tangiert das unternehmerische Herrschaftsprinzip. So formuliert denn auch der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Olaf Henkel geschickt, wenn er feststellt: "Tatsache aber ist, dass die deutsche Mitbestimmung

in der Praxis zu zeitraubenden und kostenträchtigen Abstimmungs- und schwerfälligen Entscheidungsprozessen führt, oft mit enttäuschenden Ergebnissen; sie ist starr und inflexibel und passt in ihrer jetzigen Form nicht mehr in die Zeit.“ (Henkel 1999, S. 146) Auch sein Nachfolger beim BDI, Rogowski, steht Henkel in seiner negativen Meinung über Mitbestimmung in nichts nach: „Ich finde, dass die Mitbestimmung im Aufsichtsrat eingeschränkt werden sollte und Arbeitnehmer dort nicht vertreten sein müssen.“¹⁸ Ebenso kritisiert Breuer, ehemaliger Vorstandschef der Deutschen Bank, die Mitbestimmung im Aufsichtsrat aufs heftigste.¹⁹ Auch wird die mitbestimmungsfeindliche Grundüberzeugung von Spitzenvertretern der Arbeitgeberverbände daran deutlich, „dass der (ehemalige) Vorsitzende des Deutschen Industrie und Handelstages (DIHT), Stihl, auf die zaghaften Vorschläge zur 3. Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes durch die rot-grüne Bundesregierung bereits im Vorfeld mit einer Verfassungsklage drohte. Hier fühlt man sich an das Jahr 1976 erinnert, als die damaligen Arbeitgeberverbände das Mitbestimmungsgesetz durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu verhindern suchten.“ (Meine 1998, S. 25).

Es gibt aber auch fortschrittliche Unternehmer und Verbandsvertreter, die der Mitbestimmung im Grunde positiv gegenüber stehen. So urteilte der frühere Arbeitgeberpräsident Murmann: „Das Prinzip Mitbestimmung stand und steht für mich außer Streit, denn die prinzipielle Anerkennung der Mitbestimmung ist tief in unserer Gesellschaft verankert, ist sie doch Grundlage und Ergebnis einer bei uns seit langem praktizierten Sozialpartnerschaft.“²⁰ Manche lernen in Sachen Mitbestimmung auch dazu, wie etwa der ehemalige Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Kirchner: „In meiner Verbandstätigkeit,“ schreibt er, „habe ich eher die Problemfälle kennen gelernt. In der Kommission von Bertelsmann und Böckler-Stiftung haben wir dagegen nach ‘Best practise’-Beispielen gesucht. Ich war überrascht, wie viele es davon gibt und was sie bewegen können. Ich habe gelernt, dass Mitbestimmung eine Chance sein kann. Ich habe das auch öffentlich gesagt und manche Kritik aus meinem früheren Lager eingesteckt.“ (Kirchner 2001, S. 9)

Zu positiven Ergebnissen in Sachen Mitbestimmung kommt auch die gemeinsam von der Bertelsmann Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung eingesetzte „Mitbestimmungskommission“ aus dem Jahr 1998. Demnach ist Mitbestimmung keinesfalls ein Hemmschuh im Sinne einer Behinderung von ökonomischer Effizienz.²¹ Dennoch sind die weitgehend als Kompromiss einzustufenden Ergebnisse der Kommission, die mit Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern besetzt war, aus zwei Gründen nicht unproblematisch. Erstens erfolgt im Rahmen einer Zukunftsbeschreibung von Mitbestimmung eine „eindeutige Präferenz für freiwillige betriebliche Vereinbarungen statt gesetzlicher Regelungen“. (Müller-Jentsch 2001, S. 204) Und zweitens wird Mitbestimmung auf einen ökonomischen Standortvorteil „im Sinne einer auf Konsens basierenden Modernisierung von Betrieb und Unternehmen reduziert“. Der Bezirksleiter der IG-Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Hartmut Meine bemerkt hierzu: „Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen der Gewerkschaften mit der Forderung nach Mitbestimmung nicht akzeptabel. Wesentliche Fortschritte bei der Mitbestimmung sind auch nur mühsam und teilweise unter Anwendung von Streiks und Demonstrationen gegen den Widerstand von Unternehmen und Politik erzielt worden. Bei der Forderung nach Mitbestimmung geht es um die Forderung nach Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und nicht um Standortvorteile. Die Hoffnung, durch die gemeinsame Kommission der Hans-Böckler-Stiftung und der Bertelsmann Stiftung einige Kapitalvertreter auf den Grundgedanken der Mitbestimmung zu verpflichten, greift zu kurz. Denn die entscheidenden Kräfte im Unternehmerlager sind auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts konsequente Gegner der Mitbestimmung.“ (Meine 2000, S. 223) Auch der ehemalige Inhaber des Lehrstuhls für Mitbestimmung an der Ruhr-Universität Bochum, Müller-Jentsch, stellt bezüglich der Forderung nach einer „Demokratisierung der Wirtschaft“ fest, dass der ansonsten viel gelobte und auch wichtige Kommissionsbericht nur noch „Spurenelemente nicht-ökonomischer Rechtfertigung der Mitbestimmung“ enthält. „Er konzentriert seine Argumentation auf die betriebswirt-

schaftlichen Funktionen der Institutionen der Mitbestimmung. 'Anders als in den siebziger Jahren', konstatiert die Kommission, 'wird die Mitbestimmung heute nur noch selten mit der Notwendigkeit begründet, (...) demokratische Verhältnisse zu schaffen'. 'Beteiligung an Entscheidungen' würde weniger als Eigenwert, sondern 'vornehmlich als Mittel zum Zweck der Steigerung der Effizienz von Betrieben und Unternehmen gefordert und verteidigt.' (Müller-Jentsch 2001, S. 208) Mit einer solchen Argumentation ist man schnell auf einer arbeitsplatzbezogenen freiwilligen Partizipationsebene, die die Motivation und letztlich die Arbeitsproduktivität der Mitarbeiter steigern soll und heute allein schon deshalb notwendig ist (zumindest in größeren Unternehmen), "weil (...) komplexe Organisationen einen erheblichen Konsensbedarf haben und ohne Partizipation nicht effektiv zu steuern sind. (...) Freilich besteht ein entscheidender Unterschied zur Mitbestimmung. Freiwillig gewährte Partizipation ist ein Instrument der Unternehmensführung und dient der Erhöhung organisatorischer Effizienz; sie kann einseitig aufgekündigt werden. Demgegenüber werden die Institutionen der Mitbestimmung von den Arbeitnehmern gebildet, gewählt und kontrolliert." (Müller-Jentsch 2001, S. 208) Außerdem reicht bereits heute qualitativ selbst die betriebliche (gesetzliche) Mitbestimmung – ganz zu schweigen von der unternehmerischen Mitbestimmung – weit über jede Form einer ausschließlich im Sinne eines Human Resource Management geforderten individuellen (arbeitsplatzbezogenen) Partizipationsansatzes hinaus. Dass eine Mitbestimmungsdiskussion in der Tat zur Zeit nur noch unter ökonomischen Effizienzkriterien geführt wird, muss man aber auch den Gewerkschaften selbst vorwerfen, da sie ihre jeweiligen Grundsatzzprogramme (zuletzt auf dem Dresdner Gewerkschaftstag 1996) angepasst und "in schrittweisen Revisionen den Markt als ein der wirtschaftlichen Planung überlegeneres, weil effizienteres Steuerungsinstrument anerkannt" haben. (Müller-Jentsch 2001, S. 209) Diese einseitige Verengung auf die ökonomische, wenn auch wichtige Frage, greift allerdings viel zu kurz. Mitbestimmung verdient im Gegenteil

mit dem Arbeitsrechtler Däubler Verfassungsrang gemäß Art. 1 Grundgesetz: bezogen auf die "Würde des Menschen" (Däubler 1973) und mit Müller-Jentsch "einen ordnungspolitischen Platz in der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft". (Müller-Jentsch 2001, S. 209) Diese verlangt nicht nach einer Unterordnung der Mitbestimmung unter eine ökonomische Effizienz und eine uneingeschränkte Herrschaft der Märkte, sondern setzt, insbesondere beim vielseitigen immanenten Marktversagen, auf Staatsintervention zur sozialen Sicherung und Umverteilung von primären Markteinkommen. Als gesellschaftliche und politische Dimension sollte deshalb eine "Soziale Marktwirtschaft" auch auf eine demokratische Teilnahme der Arbeitnehmer, d.h auf Mitbestimmung aufbauen.

Literatur

- Bierwirth, Waltraud/König, Otto (Hrsg.), Schmelzpunkte, Essen 1988, Schafmeister, Heinrich, Unternehmenspolitik in der Stahlindustrie (Diss.), Frankfurt a.M. 1993.
- Brenner, Otto, Aus einem Referat im Juni 1961, in: Brenner, O., Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt a.M. 1972.
- Borsdorf, Ulrich, Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln 1982.
- Däubler, Wolfgang, Das Grundrecht auf Mitbestimmung und seine Realisierung durch tarifvertragliche Begründung von Beteiligungsrechten, Frankfurt a.M. 1973.
- Hempel, Gustav, Die deutsche Montanindustrie, 2. Aufl., Essen 1969
- Henkel, Hans-Olaf, Wettbewerb und Mitbestimmung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 3/1999.
- Hommelhoff, Peter/Mecke, Thomas, Mitbestimmung, unternehmerische, in: Frese, Erich (Hrsg.), Handwörterbuch der Organisation, 3. Aufl., Stuttgart u.a. 1992.
- Judith, Rudolf/Kübel, Friedrich/Loderer, Eugen/Schröder, Hans/Vetter, Heinz Oskar (Hrsg.), Montanmitbestimmung, Dokumente ihrer Entstehung. Zusammengefasst und eingeleitet von Peters, Jürgen, Köln 1979.
- Kirchner, Dieter, Rundruf, in: Mitbestimmung, Heft 10/2001.
- Lompe, Klaus/Weis, Hinrich, Gelebte Montanmitbestimmung. Ergebnisse empirischer Untersuchungen in drei Unternehmen, Manuskript, TU Braunschweig, Institut für Sozialwissenschaften, Braunschweig 2001.
- Martens, Helmut, Mitbestimmung und Demokratisierung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 8/1990.
- Meine, Hartmut, Das doppelte "K": Konflikt und Kooperation in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, in: Klitzke, U./Betz, H./Mörike, M. (Hrsg.), Vom Klassenkampf zum Co-Management? Perspektiven gewerkschaftlicher Betriebspolitik, Hamburg 2000.
- Müller, Gloria, Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945-1975, Essen 1991.
- Müller-Jentsch, Walter, Mitbestimmung: Wirtschaftlicher Erfolgsfaktor oder Bürgerrecht?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 4/2001.

- Naphtali, Fritz (Hrsg. im Auftrag des ADGB), *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Berlin 1928.
- Nicklisch, Heinrich, *Wirtschaftliche Betriebslehre*, 6. Aufl., Stuttgart 1922.
- Nicklisch, Heinrich, *Die Betriebswirtschaft*, 7. Aufl., Stuttgart 1932.
- Oesterle, M.-J., *Entwicklung und Stand der unternehmerischen Mitbestimmung in Deutschland*, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)*, Heft 9/1996.
- Potthoff, Erich, *Zur Geschichte der Montan-Mitbestimmung*, Düsseldorf 1955.
- Potthoff, Erich/Blume, Otto/Duvernell, Helmut, *Zwischenbilanz der Mitbestimmung*, Tübingen 1962.
- Prieue Jan, *Von der Mitbestimmung zur Wirtschaftsdemokratie – Überlegungen zur Mitbestimmungsdebatte anlässlich eines Gesetzentwurfes der "Grünen"*, in: *Memo-Forum, Zirkular der "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik"*, Nr. 17, Bremen 1991.
- Schäfer, Heinz, *Das Mitbestimmungsgesetz §76 trägt seinen Namen völlig zu Unrecht*, in: *Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Heft 8/1986.
- Spieker, Wolfgang/Strohauer, Heinrich, *30 Jahre Management gegen die Montan-Mitbestimmung*, Köln 1982.
- Welteke, Marianne, *Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft*, Frankfurt a.M., New York 1976.
- Wollenberg, Jörg, *Mitbestimmung – Bilanz und Kritik*. 9. Salzgitter-Forum – 15./16.02.2002.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Redebeitrag Potthoff, in: *Protokoll der Gewerkschaftskonferenz Hannover 1946*, S. 10ff.
- 2 *Protokoll vom Gründungskongress des DGB vom 12. bis 14. Oktober 1949 in München*, S. 318f.
- 3 So formulierte selbst die CDU in ihrem "Ahlener Parteiprogramm" vom 3. Februar 1947: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensverhältnissen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden."
- 4 Nach der ersten deutschen Bundestagswahl kam es zu einer Koalition aus CDU/CSU (31,0 %), FDP/DVP/BDV (11,9 %) und der Deutschen Partei (DP) (4,0 %). Adenauer (CDU) wurde erster deutscher Bundeskanzler.
- 5 1951 waren es bei Verabschiedung des Gesetzes insgesamt 108 Unternehmen aus dem Kohle- und Stahlbereich, die der Montanmitbestimmung unterlagen.
- 6 Vgl. IG-Metall-Bezirksleitung Hannover, *Stahl-Nachrichten* vom 21. Mai 2001.
- 7 Es handelte sich hierbei um die vier folgenden Unternehmen: Stahlwerke Bochum AG, Hüttenwerk Hörde AG, Hüttenwerk Oberhausen AG und Hüttenwerk Haspe AG. Vgl. Potthoff, Erich, *Zur Geschichte der Montan-Mitbestimmung*, a.a.O., S. 8.
- 8 IG-Metall-Bezirksleitung Hannover, *Stahl-Nachrichten* vom 21. Mai 2001. Ausführlich zur Entstehungsgeschichte der "Montanmitbestimmung" vergleiche: Müller, Gloria, *Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945-1975*, Essen 1991, Judith, Rudolf/Kübel, Friedrich/Loderer, Eugen/Schröder, Hans/Vetter, Heinz Oskar (Hrsg.), *Montanmitbestimmung, Dokumente ihrer Entstehung*. Zusammengestellt und eingeleitet von Peters, Jürgen, Köln 1979.
- 9 Von einer gleichberechtigten Mitbestimmung kann nur die Rede sein, wenn sie paritätisch ist. "Parität" wird dabei vom Bundesverfassungsgericht definiert "als ein Verhältnis zweier Parteien (...), in dem keine Seite imstande ist, eine von ihr gewünschte Entscheidung ohne die Zustimmung der anderen Seite oder doch eines teils von ihr zu erzwingen, in dem daher auch jede Seite die andere hindern kann, ihre Ziele (allein) durchzusetzen". Zitiert bei Kittner, Michael/Köstler, Roland/Zachert, Ulrich, *Aufsichtspraxis*, 5. Aufl., Köln 1995, S. 23.
- 10 Vgl. dazu exemplarisch für den Stahlbereich: Judith, Rudolf u.a., *Die Krise der Stahlindustrie – Krise einer Region. Das Beispiel Saarland, Köln 1980*, Bierwirth, Waltraud, *Das Ende der Stahlzeit*, Frankfurt/a.M. 1985, Bierwirth, Waltraud/König, Otto (Hrsg.), *Schmelzpunkte*, Essen 1988, Schafmeister, Heinrich, *Unternehmenspolitik in der Stahlindustrie (Diss.)*, Frankfurt a.M. 1993.
- 11 Dabei handelt es sich um erste Ergebnisse aus dem Projekt "Bilanzierung und Perspektiven der Montanmitbestimmung unter besonderer Berücksichtigung der Salzgitter AG, der PPS GmbH und der EKO Stahl GmbH", das von der Hans-Böckler-Stiftung, der Salzgitter AG und der EKO Stahl GmbH gefördert und von Klaus Lompe, Antje Blöcker, Bernd Marquardt, Peter Rölke und Hinrich Weis bearbeitet wird. Das Projekt startete im November 1999 und wurde Ende 2001 abgeschlossen.
- 12 Mit der Verabschiedung des "Gesetz über kleine Aktiengesellschaften" (10.8.1994) – mit Ausnahme der Gesellschaften die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes erstmalig in das Handelsregister eingetragen wurden – verschlechterte sich über alle AGs und KGaAs noch einmal die Mitbestimmungsmöglichkeit, da nun auch hier die Beschäftigtenzahl von 500 Arbeitnehmern eingeführt wurde, was vorher mit Ausnahme von Familiengesellschaften bei AGs und KGaAs nicht der Fall war.
- 13 Zitiert aus Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 128, *Gewerkschaften und Mitbestimmung*, Bonn 1977, S. 322.
- 14 Ebenda, S. 375.
- 15 Vgl. IG-Metall-Bezirksleitung Hannover, *Stahl-Nachrichten* vom 21. Mai 2001.
- 16 Seit 1999 ist die Zahl der Unternehmen, die der "76" Mitbestimmung unterliegen von 679 immerhin auf 767 Unternehmen gestiegen. Dies hängt aber überwiegend mit Neugründungen im "GmbH-Bereich" durch Konzernumstrukturierungen zusammen. Vgl. *Mitbestimmung*, Heft 9/2003, S. 70.
- 17 Vgl. dazu beispielhaft die Regelungen in Europa: Wernicke C., *Balanceact für Kapital & Arbeit. Eine Zeit-Serie über Mitbestimmung und Unternehmenskultur*, in: *Die Zeit* vom 29.10.1998, Gröteke, F., *Am Ende entscheidet der Chef. Italienische Gewerkschaften pflegen die Distanz zum Management*, in: *Die Zeit* vom 26.11.1998, Schmid, K.-P., *Lieber Streit als Konsens. Mitsprache der Arbeitnehmer passt nicht in die soziale Tradition Frankreichs*, in: *Die Zeit* vom 19.11.1998, Zank, W., *Ein stiller Konsens. Weil Dänemarks Gewerkschaften stark sind, trumpfen sie nicht auf*, in: *Die Zeit* vom 12.11.1998, Fischermann, T., *Bastrand kontra Schädling. Großbritanniens Gewerkschafter und Arbeitgeber verharren oft in Konfrontation*, in: *Die Zeit* vom 5.11.1998, Kohler, T. C., *Betriebliche Interessenvertretung in den Vereinigten Staaten: Ein Überblick*, in: *Arbeit und Recht*, Heft 11/1998, S. 434ff.
- 18 Zitiert aus: IG Metall-Bezirksleitung Hannover (Hrsg.), *Stahl-Nachrichten* vom 21. Mai 2001.
- 19 Vgl. ebenda.
- 20 Vgl. *Handelsblatt* vom 30.9.1998, S. 25.
- 21 Vgl. Bertelsmann Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), *Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen – Bilanz und Perspektiven*, Gütersloh 1998.

Henning Osmers:

Zukunftssicherung und Vermögen – Die Umkehrung der Verhältnisse und das Problem der Arbeitslosigkeit¹

Müssen Jesus und Buddha revidiert werden? Sind wir seit Adam Smith von der unbequemen Aufgabe befreit, an der Überwindung unseres Eigennutzes zugunsten der Entwicklung von Gemeinwohl zu arbeiten? Ist es nicht mehr an uns selbst, sondern an der "Unsichtbaren Hand des Marktes", jener "ewigen Kunst, die Gutes aus Bösem schafft"², wie Smith es auch formuliert hat, den Eigennutz zum Wohle aller zu transformieren? Dass es wohl einer differenzierteren Betrachtungsweise bedarf, lässt sich bereits der Lektüre von Goethes Faust entnehmen, die mit dichterischer Brillanz die Widersprüchlichkeit "jener Kraft, Die stets das Böse will und stets das Gute schafft"³ vermittelt.⁴

Ziel dieses Beitrags ist es aufzuzeigen, dass die "Unsichtbare Hand" eine zentrale Fehlentwicklung in der modernen Wirtschaft nicht in den Griff zu bekommen vermag. Diese ist gekennzeichnet durch eine fortschreitende Entkoppelung von Geld- und Realsphäre, die insbesondere im Zusammenhang mit der starken Wachstums-, Gewinn- und Kostenorientierung in Wirtschaft und Politik problematisch ist. Ausgehend von einer Betrachtung der Ziele und Motive der wirtschaftlichen Akteure und der sich daraus ergebenden Handlungsorientierung sollen zunächst wichtige Zusammenhänge zwischen dieser einzelwirtschaftlichen Handlungsorientierung und der Rolle von Geld und Vermögen in der Wirtschaft dargestellt werden. Darauf aufbauend wird die Problematik der Entkoppelung von Geld- und Realsphäre in der modernen Wirtschaft erläutert und wird schließlich skizziert, warum auch die Arbeitslosigkeit in hohem Maße eine Folge dieser Entwicklung ist.

1 Die einzelwirtschaftliche Perspektive

In der Betriebswirtschaftslehre gilt Gewinn- und Rentabilitätsstreben "nach der neueren Theorie der Unternehmung zwar nicht als die einzige, aber als die bedeutendste Zielsetzung" von Unternehmen.⁵ Entsprechend lautet eine der bekanntesten Auffassungen in der Betriebswirtschaftslehre bezüglich der Frage nach dem Zweck von Unternehmen: "Die Unternehmung ist eine Veranstaltung zur Erzielung von Geldeinkommen [...]. Wenn wir also von einem Zweck der Unternehmung reden, so kann es nur dieser sein, Gewinn zu erzielen. Die Aufgabe oder Tätigkeit, der sie sich im Rahmen der Gesamtwirtschaft unterzieht, ist für sie [...] ausschließlich Mittel zum Zweck."⁶ Auch wenn diese Auffassung nicht unbestritten geblieben ist, so wird doch von den meisten Fachvertretern die langfristige Gewinnmaximierung als oberste Zielsetzung unternehmerischen Handelns anerkannt.⁷

Bilanziell äußern sich Gewinne als Steigerungen des Reinvermögens (Eigenkapitals), so dass hinter der Gewinnorientierung letztlich eine Orientierung an Vermögenssteigerungen steckt. Minderungen des Reinvermögens, definiert als Kosten, sind entsprechend so gering wie möglich zu halten. Unternehmen versuchen daher, unter Rückgriff auf eine möglichst exakte Erfassung von vermögensmindernden und vermögenssteigernden Vorgängen im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung, sicherzustellen, dass sie bestmöglich der Maxime des erwerbswirtschaftlichen Prinzips folgen, "dass ein bestimmter Erfolg mit

dem geringstmöglichen Mitteleinsatz [...] bzw. mit einem bestimmten Mitteleinsatz der größtmögliche Erfolg [...] erzielt werden soll“⁸. Kosteneffizienz ist daher zentrales Ziel unternehmerischer Praxis.

Wenn von unternehmerischen Zielen die Rede ist, so sind es jedoch nicht irgendwelche anonymen oder abstrakten Einheiten oder Institutionen, die diese Ziele verfolgen, sondern es sind die Menschen in den jeweiligen Unternehmen, von denen die Entscheidungen und Aktivitäten ausgehen. Um die Handlungsorientierung von Unternehmen besser zu verstehen, ist es daher sinnvoll, die Frage nach den Motiven der Menschen selbst zu stellen, bzw. grundsätzlicher: Warum wirtschaften wir eigentlich? So die gegenwärtige Existenz der Menschen noch nicht gesichert ist, ist die Antwort auf diese Frage unmittelbar offensichtlich: Es ist dann das Ziel der Existenzsicherung, das die Handelnden antreibt. Ist die Existenzsicherung für die Gegenwart erreicht, werden die Beweggründe deutlich vielfältiger, lassen sich jedoch im Endeffekt auch auf im Wesentlichen zwei Ziele zurückführen:

- erstens in eine möglichst gesicherte Zukunft zu blicken und
- zweitens möglichst "gut" leben zu können.

Das Streben nach Gewinnen bzw. Vermögensmehrung (und im Umkehrschluss nach Kosteneffizienz) wird vor diesem Hintergrund dadurch erklärlich, dass Vermögen erfahrungsgemäß sowohl in der Form von Geld und Finanzanlagen als auch in der Form von erwerbswirtschaftlichem Produktivvermögen den zukünftigen Erwerb von Gütern und Leistungen zur Deckung der Grund- und darüber hinausgehender Bedürfnisse ermöglicht, indem man es entweder direkt oder indirekt dafür einzutauschen vermag oder indem es finanzielle Erträge generiert, die sich dann in die gewünschten Güter und Leistungen umsetzen lassen.

2 Die Rolle von Vermögen und Geld

Gegenwärtige Existenzsicherung, Zukunftssicherung und gutes Leben als Ausgangsziele

manifestieren sich also in der Wirtschaft und in nicht unerheblichem Maße auch in der Gesellschaft in dem Ziel der Vermögensmehrung, während umgekehrt Vermögensminderungen zu vermeiden oder zu minimieren sind. Ein besseres Verständnis dieser Zusammenhänge liefert eine Betrachtung der geschichtlichen Verhältnisse:⁹

Mit dem Entstehen von Gesellschaften mit privatem Eigentum an Grund und Boden entwickelte sich auch die Bedeutung von privatem Vermögen als Mittel der Existenzsicherung. Zu solchem Vermögen zählten ursprünglich Dinge wie der eigene Grund und Boden, eigenes Vieh, eigene Ackerbaugeräte und Werkzeuge, ein eigener Brunnen usw. *Vermögen* in dieser Form rechtfertigt seinen Namen dadurch, dass es realen Nutzen in Form von Ernteerträgen, von Bau- und Reparaturmöglichkeiten, von Trinkwasser und Bewässerung und Ähnlichem zu stiften *vermag*.

Während in Stammes- und auch in Feudalgesellschaften die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen kollektiv erarbeitet wurde, entstand mit dem Übergang zu Eigentumsgesellschaften zwar einerseits ein höheres Maß an Freiheit und persönlichen Rechten, andererseits waren die Menschen jedoch plötzlich, was die Sicherung des eigenen Überlebens angeht, in viel höherem Maße auf sich selbst gestellt. Es wurde daher notwendig, Handel zu treiben, stärker arbeitsfähig zu wirtschaften und das Ertragspotenzial des eigenen Vermögens zu steigern (indem z.B. durch den Bau eines Bewässerungssystems die Ernteerträge verbessert wurden), wollte man die eigenen Lebenschancen und die Güterversorgung verbessern. Für den Handel und die Arbeitsteilung bedurfte es folglich eines Tauschmittels und für die Maßnahmen zur Wertsteigerung des eigenen Vermögens der Möglichkeit, Hilfeleistungen zu entlohnen, für die eigentlich erst im Nachhinein durch die höheren Erträge eben dieses Vermögens die Mittel erwirtschaftet werden würden. Es entstand also Bedarf nach einem Medium, das sich zum Tauschen und als Wertspeicher eignete, d.h. nach Geld. Entscheidend dafür, dass dieses sich entwickeln konnte, war, wie Heinsohn und Steiger theoretisch wie historisch zeigen, dass Besitzer großer (Real-)Ver-

mögen für den Wert dessen, was als Geld, verwendet werden sollte, mit ihrem Vermögen garantierten.¹⁰ Das Wertaufbewahrungs- und Tauschmittel (Geld) musste durch reales Vermögen gedeckt sein, damit sich Vertrauen in das Mittel entwickeln, es als Entlohnung akzeptiert werden und sich Tauschgeschäfte und im Zusammenhang damit Tauschrelationen (Preise) herausbilden konnten. Geld lässt sich folglich als ein universelles aber abstraktes Anrecht auf zukünftige Leistungen Dritter begreifen. Es hat keinen intrinsischen Wert, d.h. es vermag nicht direkt, sondern erst über den Umweg der Einlösung gegen Güter und Leistungen oder durch Rückgriff auf das wertgarantierende Vermögen einen Nutzen zu stiften.

Deutlich wird aus diesen Ausführungen die enge ursprüngliche Kopplung von Geld und Realvermögen. Es besteht in diesen frühen Phasen einer Geldwirtschaft ein allgemeines Bewusstsein, dass der Wert des Geldes unmittelbar davon abhängt, dass das Geld durch Realvermögen gedeckt ist. In der modernen Gesellschaft wird nach einer solchen Deckung des Geldes von Seiten der geldverwendenden Akteure hingegen kaum gefragt, so dass sich die Frage nach den Konsequenzen stellt, die sich ergeben, wenn die Kopplung von Geld und Realvermögen aus dem Blickfeld gerät.

Je mehr sich ein Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel bewährt und Vertrauen in seine Tauschbarkeit und Stabilität entsteht, desto größer ist die Gefahr, dass diese Erfahrung der Zuverlässigkeit des Geldes dazu führt, dem Geld an sich einen Wert beizumessen. Es kann also zu einer Entwicklung dahingehend kommen, dass sich in steigendem Maße ein Glaube an eine grundsätzliche und zeitlich unbegrenzte Fähigkeit des Geldes entwickelt, Lebensnotwendiges und Gewünschtes aus sich selbst heraus gewährleisten zu können. In dem Maße wie dieser Glaube entsteht, erscheint es dann zugleich zunehmend sinnvoll, Vermögen in Geldwerten auszudrücken. Der Geldwert von Vermögen wird zum Maßstab für den persönlichen Grad an Zukunftssicherheit und Wohlstand.

Da Geld selbst keinen Nutzwert hat, muss es jedoch letztendlich in irgendeiner Form eine

reale Deckung haben, wenn es tatsächlich und insbesondere wenn es langfristig als Maßstab für Zukunftssicherheit und Wohlstand taugen soll. Schreiben die Menschen dem Geld hingegen quasi einen Eigenwert zu, handeln sie also faktisch so, als wäre das Geld selbst schon Vermögen, und kommt es dadurch zu einer voneinander in hohem Maße entkoppelten oder gar divergierenden Entwicklung von Realsphäre und Geldsphäre, nimmt die Tauglichkeit des Geldes als Maßstab für Zukunftssicherheit und Wohlstand zwangsläufig ab.

3 Entkoppelung von Geld- und Realsphäre in der modernen Wirtschaft

Die Konzentration auf die Steigerung von Geldgrößen (einschließlich eines Wirtschaftswachstums, das anhand der in Geldeinheiten gemessenen Größe "Bruttoinlandsprodukt" ausgewiesen wird) in einer Gesellschaft, in der sich die Geldsphäre in hohem Maße von der Realsphäre abgekoppelt hat, heißt nichts anderes, als dass man sich in der Gesellschaft zunehmend um die Steigerung von Größen bemüht, die sich immer mehr zu Scheingrößen entwickeln. Dadurch kommt es zu dem Problem, dass das real Sinnvolle und Notwendige zunehmend aus dem Blickfeld gerät und abstrakten Zielen wie Wirtschaftswachstum, Gewinnsteigerungen und Kostensenkungen untergeordnet wird. Ein in Geldeinheiten ausgedrücktes Bruttoinlandsprodukt steigern, d.h. quantitatives Wirtschaftswachstum erreichen zu wollen, kann in einer solchen Situation folglich den eigentlichen Interessen einer Gesellschaft im Extremfall sogar widersprechen, da es nicht länger automatisch positiv mit der Lebensqualität korreliert. Dasselbe trifft zu, wenn eine Gesellschaft unter solchen Umständen ihre reale Lage dadurch verbessern will, dass sie versucht, überall maximale Kosteneinsparungen zu erreichen und die Kostenbelastung ihrer Unternehmen "um jeden Preis" zu senken.

Da in modernen Volkswirtschaften die Geldschöpfung im Wesentlichen per Kreditvergabe erfolgt, geht mit ihr zugleich die Aufnahme von Schulden seitens derer einher, die das Geld

(also die Kredite) erhalten. Auf Grund der Zinspflichtigkeit dieser Schulden ist die geschöpfte Geldmenge in der heutigen Wirtschaft zur Begleichung aller Schulden jedoch stets unzureichend.¹¹ Als Folge kommt es zu dem Effekt einer regelmäßigen Neuaufnahme von Schulden zum Zwecke der Refinanzierung älterer Schulden. Das Ergebnis ist ein exponentielles Wachstum der Verschuldung einerseits und der Geldvermögen andererseits, das von der realwirtschaftlichen Entwicklung jedoch nicht im selben Maße nachvollzogen wird und auch nicht dauerhaft nachvollzogen werden kann. Die Folge ist, dass es damit dem rapide wachsenden Geldvermögen mittlerweile tatsächlich in hohem Maße an realwirtschaftlicher Deckung fehlt, so dass ein immer größerer Teil der Geldvermögen ausschließlich noch durch Schulden gedeckt ist.

Dass sich der Tatbestand des exponentiellen Geldvermögenswachstums nicht, wie man zunächst vermuten könnte, in einer massiven Inflation niederschlägt, erklärt sich dadurch, dass der Neuschöpfung von Geld in fast gleichem Maße die Umschichtung von kurzfristig verfügbaren Guthaben in längerfristig festliegende Guthaben und in spekulative Geldanlagen gegenüber steht. Entsprechend ist die Geldmenge M1 (Bar- und Giralgeld) im Vergleich zum realwirtschaftlichen Output in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland auch kaum gestiegen. Obwohl also eine exponentielle Ausweitung der Gesamtgeldmenge (M3) stattgefunden hat, ist diese bezogen auf den Warenkorb, der dem Preisindex für die Lebenshaltung zu Grunde liegt, nur in sehr geringem Maße zusätzlich nachfragewirksam geworden. Würde versucht, das gesamte Geldvermögen auf einen Schlag in Güter und Dienstleistungen zu tauschen, wäre die fehlende Deckung des größten Teils der Geldvermögen hingegen unmittelbar offensichtlich. Da nach der Deckung des Geldes seitens der handelnden Akteure jedoch kaum gefragt wird und der Anteil des Geldes, der dem Spekulationsbereich¹² zugeführt wird, den Anteil der in die Realwirtschaft zurückfließenden Mittel übersteigt, erfolgt die Entkoppelung von Geld- und Realsphäre weitgehend unbemerkt.

Als Folge dieser Entwicklung, die sich nicht nur in Deutschland beobachten lässt, sondern im Prinzip ein weltweites Phänomen ist, ergibt sich statt einer allgemeinen Inflation eine auf den Vermögensbereich beschränkte Inflationierung solcher Werte, die der Geldanlage dienen. Diese Inflationierung vollzieht sich schleichend, erreicht aber dennoch im Laufe der Zeit extreme Ausmaße. Davon betroffene Vermögenswerte sind es aber, die wiederum der Besicherung neuen Geldes im Rahmen der fortgesetzten Geldschöpfung per Kreditverfahren dienen. Damit kommt es jedoch zu einer sinnlosen und langfristig gefährlichen Zirkularität. Dass dies nicht erkannt wird, steht nicht im Widerspruch zum Sachverhalt selbst: Wie die Praxis zeigt, sind selbst Vermögenspreisblasen, die regional oder sektoral begrenzt sind und sich im Laufe von nur wenigen Jahren aufbauen, meist erst im Nachhinein eindeutig als solche zu erkennen.¹³

Je weiter durch diese Zirkularität das Geldvermögen und die Finanzmärkte ihre Bindung an das Reale verlieren, desto abhängiger werden sie umgekehrt von psychologischen Faktoren. Die Folge ist jene Zunahme der Schwankungsanfälligkeit und der Häufigkeit und Extremität von Exzessen an den Finanzmärkten, vor der insbesondere George Soros seit Jahren eindringlich warnt.¹⁴ Zugleich kommt es zu der überall zu beobachtenden Entwicklung, dass immer weitere Bereiche der Realwirtschaft und der Gesellschaft scheinbar unabwendbaren Sach- und Effizienzzwängen unterliegen.

4 Der Zusammenhang zur Arbeitslosigkeit

Die kontinuierliche Ausweitung der Gesamtverschuldung, die auf der Volkswirtschaft lastet, führt in der Folge zu einer entsprechenden Zunahme der direkten und indirekten Zinsbelastung. Für Unternehmen stellen Zinslasten einen Kostenfaktor dar, obwohl sie gesamtwirtschaftlich tatsächlich keine Kosten sind, sondern Umverteilung bedeuten. In Kombination mit der Intensivierung des internationalen Wettbewerbs und dem Abfluss von Finanzmitteln in solche Regionen mit besseren Wachstumsaussichten

kommt es zu einem Kosten- und Effizienzdruck im Unternehmenssektor, dem insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen immer weniger gewachsen sind. Im Bereich der Rohstoff- und Materialkosten (dem einzigen Kostenblock, der auch gesamtwirtschaftlich tatsächlich Werteverzehr und damit Kosten bezeichnet), lassen sich die zur Kompensation nötigen Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen jedoch nicht erzielen. Es bleibt daher im Wesentlichen der Bereich der Arbeitskosten übrig, um die erforderlichen Einsparungen zu erreichen und die steigenden Zinslasten auszugleichen. Gespart werden muss paradoxerweise folglich dort, wo gesamtwirtschaftlich betrachtet, eigentlich nicht nur keine Kosten anfallen, sondern im Gegenteil sogar Wertschöpfung betrieben wird. Während der rein wettbewerbsbedingte Effizienz- und Kostendruck durchaus seinen Sinn hat, ist der durch das monetäre System zusätzlich verursachte Kostendruck wirtschaftlich wie gesellschaftlich also nicht sinnvoll, sondern wirkt zerstörerisch.

Für den Unternehmenssektor tut sich damit eine Falle auf: Die Entkopplung von Geld- und Realsphäre bedeutet für die Unternehmen, dass sie einem zunehmenden Kostendruck bei gleichzeitig abnehmender Wertbeständigkeit von Vermögenswerten¹⁵ ausgesetzt sind, was die Substanz der Unternehmen gefährdet. Die Folge ist eine über die sinnvolle "schöpferische Zerstörung" im Schumpeter'schen Sinne hinausgehende Vernichtung von Potenzial und damit einhergehend Arbeitsplätzen.

Es ereignet sich mittlerweile durch die Konzentration auf Vermögensmehrung also vermehrt das Gegenteil dessen, was beabsichtigt ist: der wirkliche Wert des Vermögens wird immer häufiger nicht mehr gesteigert, sondern unterminiert und die Grundlagen für eine sichere Zukunft und gutes Leben werden gefährdet anstatt verbessert. Der Glaube an die Potenz von Geld und Geldvermögen allein ist nicht ausreichend, um ihnen einen Wert zu verleihen. Dafür wird es weiterhin stabiler gesellschaftlicher Verhältnisse, wirtschaftlicher Bedingungen, in denen auch regionale Wirtschaftskreisläufe und kleine und mittelständische Unternehmen Bestand haben

können, aktiver und kreativer Gestaltung der Lebensbedingungen und ähnlicher Voraussetzungen bedürfen – und eben eines Geldes, das an die Realwirtschaft gekoppelt und ihr dienlich ist.

5 Schlussfolgerungen

Aufgezeigt worden ist der Zusammenhang zwischen der Entkopplung von Geld- und Realsphäre einerseits und den zunehmenden sozio-ökonomischen Problemen, insbesondere der Arbeitslosigkeit, andererseits. Herkömmliche Lösungsansätze zur Überwindung dieser Probleme werden damit nicht überflüssig, es muss jedoch erkannt werden, dass sie die Fehlentwicklungen zwar abzumildern nicht jedoch aufzuhalten vermögen. Ohne Zweifel ist es sinnvoll, überflüssige Bürokratie abzubauen, Lohnnebenkosten zu senken und die Arbeitsmärkte zu flexibilisieren, wie von Seiten der Arbeitgeber gefordert. Zugleich ist es auch richtig, dass es nicht die betriebliche Mitbestimmung ist, die die Unternehmen lähmt, und dass die Konsumnachfrage nur dann anziehen kann, wenn die allgemeine Beschäftigungslage und die Lohnentwicklung dies zulassen, wie die Gewerkschaften betonen.

Die grundsätzliche Fehlentwicklung stoppen können, wird man jedoch nur dann, wenn die im Geldsystem liegenden Ursachen erkannt und bei der Lösungsfindung berücksichtigt werden und die Illusion aufgegeben wird, mit finanziellen Kennzahlen allein ließe sich die Realität angemessen erfassen und bewerten. Goethes Zweifel waren zumindest unter den Bedingungen des gegenwärtigen Geldsystems berechtigt: Die unsichtbare Hand des Marktes, jene Kraft, die Gutes aus Bösem schaffen soll, vermag das Böse gegenwärtig nicht ausreichend zu zähmen. Jesus und Buddha müssen nicht revidiert werden: Die Überwindung von Eigennutz und Entwicklung von Gemeinsinn bleibt erstrebenswert. Insbesondere das Geldsystem bedarf vor diesem Hintergrund einiger Korrekturen.

Quellenangaben

- GABLER Wirtschaftslexikon, 15. Auflage, Wiesbaden 2000.
- GAHRMANN, Arno/OSMERS, Henning: Zukunft kann man nicht kaufen. Ein folgenschwerer Denkfehler in der globalen Ökonomie, Bad Honnef 2004.

- GOETHE, Johann Wolfgang von: Faust. Der Tragödie erster und zweiter Teil, in: Goethes Werke (herausgegeben und kommentiert von Erich Trunz), Band III, München 1996.
- HAAS, Harald: Money upside down. A paradigm shift in economics and monetary theory?, Bremen 2003 (elektronische Veröffentlichung: <http://elib.suub.uni-bremen.de/cgi-bin/diss/user/catalog?start1=yes>).
- HEINSOHN, Gunnar/STEIGER, Otto: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaften, Hamburg 1996.
- KASTNER, Heiko: Mythos Marktwirtschaft. Die irrationale Herrschaft des Geldes über Mensch, Arbeit und Natur, Bochum 2002.
- OHNE VERFASSTER: Vermögenspreisblasen und Geldpolitik, in: EZB (Hrsg.): Monatsbericht April 2005, S. 53-69.
- RIEGER, W.: Einführung in die Privatwirtschaftslehre, Erlangen 1964.
- SMITH, Adam: Theorie der ethischen Gefühle (übersetzt und herausgegeben von Walter Eckstein), Marburg 1985.
- SOROS, George: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin 1999.
- WÖHE, Günther: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, München 1996.

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Beitrag gründet wesentlich auf dem Buch von Arno Gahrman und Henning Osmers: Zukunft kann man nicht kaufen. Ein folgenschwerer Denkfehler in der globalen Ökonomie (Bad Honnef 2004). Er greift eine zentrale Argumentationslinie aus diesem Buch auf und stellt wichtige Zusammenhänge zu bestimmten monetären Entwicklungen, zur Frage nach der Angemessenheit von Vermögensbewertungen sowie zum Problem der Arbeitslosigkeit dar.
- 2 Smith: Theorie der ethischen Gefühle, S. 48.
- 3 Goethe: Faust, V.1335.
- 4 Goethe war als Finanzminister am Weimarer Hof mit Wirtschafts- und Finanzthemen durchaus vertraut und es gilt als wahrscheinlich, dass ihm die Arbeiten Adam Smiths bekannt waren. Vgl. Kastner: Mythos Marktwirtschaft, S. 394 f.
- 5 Gabler Wirtschaftslexikon, Schlagwort: Unternehmungsziele.
- 6 Rieger: Einführung in die Privatwirtschaftslehre, S. 44.
- 7 Vgl. Wöhe: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, S. 43.
- 8 Gabler Wirtschaftslexikon, Schlagwort: Wirtschaftlichkeitsprinzip.
- 9 Vgl. bezüglich der folgenden Ausführungen Heinsohn/Steiger: Eigentum, Zins und Geld. Die Autoren legen überzeugend historisch wie theoretisch die Voraussetzung für die Entstehung von Geld und von Wirtschaftsprozessen dar.
- 10 Vgl. ebd.
- 11 Bezogen auf eine einzelne Volkswirtschaft können die statistischen Daten auf Grund von Ungleichgewichten in den nationalen Zahlungsbilanzen zu einem anderen Eindruck führen. Spätestens auf globaler Ebene wird das Problem jedoch evident. Vgl. dazu Haas: Money upside down, der dies besonders deutlich auf S. 194 auf den Punkt bringt.
- 12 Der Begriff "Spekulationsbereich" bezieht sich an dieser Stelle auf jede Form der Finanzanlage, bei der es nicht um realwirtschaftliche Investitionen, sondern lediglich darum geht, das angelegte Geldvermögen zu steigern. Darunter fallen also auch viele langfristige Anlageformen.
- 13 Vgl. o. Verf.: Vermögenspreisblasen und Geldpolitik.
- 14 Vgl. Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus.
- 15 Vgl. diesbezüglich auch den Beitrag von Arno Gahrman in dieser Ausgabe.

Albert Einstein und die soziale Frage

„Die sozialen Klassenunterschiede empfinde ich nicht als gerechtfertigt und letzten Endes als auf Gewalt beruhend. ...

Meine Ideale, die mir voranleuchteten, waren Güte, Schönheit und Wahrheit. Die banalen Ziele menschlichen Strebens: Besitz, äußerer Erfolg, Luxus, erschienen mir seit meinen jungen Jahren verächtlich. ...

Ich sehe das Grundübel in der fast unbeschränkten Freiheit des Arbeitsmarktes in Verbindung mit den außergewöhnlichen Fortschritten der Produktionsmethoden. Um das bei den heutigen Bedürfnissen Nötige zu produzieren, braucht man lange nicht alle verfügbaren Arbeitskräfte. Daraus entsteht Arbeitslosigkeit und ungesunde Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern, ferner aus beiden Gründen Verringerung der Kaufkraft und damit eine unerträgliche Drosselung des ganzen Kreislaufs der Wirtschaft. ...

Die Schwankungen des Geldwerts müssen vermieden werden und zwar mittels Ersetzung des Goldstandards durch den Standard einer festgesetzten, nach dem Gebrauchsverhältnis gemischten Warenmenge, wie sie – wenn ich nicht irre – Keynes schon längst vorgeschlagen hat. ... Natürliche Mittel zur Beseitigung der Übelstände sind nach meiner Meinung ... die Regulierung der zirkulierenden Geldmenge und des Kreditvolumens unter Konstanthaltung des mittleren Warenpreises bei Abschaffung jeder besonderen Deckung. ...

Egoismus und Konkurrenz sind (leider!) stärkere Kräfte als Gemeinsinn und Pflichtgefühl. In Russland soll man kein ordentliches Stück Brot bekommen. ... Ich erwarte wenig Gutes von den Unternehmungen des Staates. Bürokratie ist der Tod aller Leistungen. Ich neige der Meinung zu, dass der Staat nur als beschränkender und regulativer Faktor dem Arbeitsprozess wirklich förderlich sein kann. Er muss dafür sorgen, dass die Konkurrenz der Arbeitskräfte sich in gesunden Grenzen bewegt, dass allen Kindern eine solide Entwicklung zugesichert wird und dass der Arbeitslohn so hoch ist, dass die produzierten Güter auch verbraucht werden.“

Albert Einstein (1879–1955), Mein Weltbild (1934, nach 1945 erweitert), Frankfurt/M. 1972, S. 7-8 und 74-76.

Arno Gahrmann:

Ein Denkfehler wird System.

Erforscht werden sollte die Natur der Kosten.

Entdeckt wurde das Schwarze Loch der globalen Ökonomie.

Ein Expeditionsbericht.¹

*Jemand musste Josef K. verleumdet haben,
denn ohne dass er etwas Böses getan hätte,
wurde er eines Morgens verhaftet.*

(Franz Kafka, erster Satz zu "Der Prozess")

Wenn private Betriebe und öffentliche Einrichtungen geschlossen, Mitarbeiter entlassen und um des "Standortes Deutschland" willen Feiertage gestrichen werden, wenn 50 Cent zu viel sind, um auf Krebs erzeugende Stoffe bei der Reifenherstellung verzichten zu können, und wenn der Effizienzdruck die letzten fünf Minuten Zeitreserve aus dem Arbeitsablauf herauspresst – immer sind es die Kosten, die scheinbar keinen anderen Ausweg zulassen. Es ist gespenstisch wie in Kafkas "Prozess": Unsere Gesellschaft liefert sich und die Mitwelt dem Kostengericht bedingungslos aus ohne es zu kennen und ohne zu wissen, worin das Verwerfliche an den Kosten bestehen soll.

Ökonomische Kosten – nicht kostbar, aber schuld an den Schulden

Die Wirtschaftswissenschaften quellen über von Ansätzen zur Berechnung und Reduzierung der Kosten – ihre Definition der Kosten als "Werteverzehr" ist dagegen beschämend dürftig. Was dieser Begriff ausdrückt, das ist eine urtümliche Erfahrung des Knappen und Unwiederbringlichen, eben des "Kostbaren", so wie es endlichen Rohstoffen und knappem Land eigen ist. Aber gerade diese besitzen keinen eigenen Kostenwert und dürfen kostenlos verbraucht werden, solange sie nicht Privateigentum sind. Worin besteht andererseits der Werteverzehr der menschlichen Arbeit, solange sie die Gesundheit nicht schädigt? Schließlich die Kapitalzinsen, für die direkt und indirekt ein Fünftel des Nationaleinkommens verwendet werden muss: Hier geben

Vermögende ihren nicht benötigten Geldüberschuss an Unternehmen und an den Staat quasi zur Pflege ab. Hierfür über die Geldentwertung hinausgehend Zinsen bzw. Dividende zu verlangen, kann man als eine fragwürdige Subventionierung der Vermögenden ansehen?; ein Verzehr irgendwelcher Werte ist es keinesfalls. Welch unfassbarer Freiraum für eine nachhaltige Gestaltung der individuellen wie gesellschaftlichen Zukunft täte sich vielmehr auf, verzichtete das Vermögen nur zwei Jahre lang zugunsten des Staates auf die Zinsen und Bruttogewinne in Höhe von jährlich rd. 600 Mrd. Euro (Deutschland; ohne Unternehmerlohn): Die gesamte öffentliche Hand wäre schuldenfrei, die Blockade von Leistungsnachfrage und -erstellung, sichtbar in fünf Millionen Arbeitslosen, mit einem Schlage aufgehoben. Und mit einer deutschen Zins- und Gewinnspende zweier weiterer Jahre wäre sogar die Schuldenlast der Dritten Welt (ohne China) abgetragen!

Das Tabu hinter den Kosten

Einen unverblühten Zugang liefern uns die Buchhalter. Für sie stellt jeder Vorgang "Kosten" dar, der das (Rein-)Vermögen mindert. Und zwar das ökonomische Vermögen, das um jeden Preis erhöht werden will, sei es mittels der Zinsen für verliehenes Geld, sei es mittels der Gewinne aus dem in Unternehmen steckenden Geld. Kosten, sie treffen zweifellos einen finanziell knappen Betrieb genauso hart wie eine mittellose Gemeinde. Aber dass die betrieblichen Kosten und die öffentliche Verschuldung deutlich geringer sein könnten, gäben sich die Gläubiger mit weniger Zinsen und die Eigentümer mit geringeren Gewinnen zufrieden, und dass Staat und Unternehmen nicht ihre letzten Reserven ausquetschen müssten, zeigten sich die vermögen-

den Staatsbürger und Konsumenten weniger geizig bei Steuern und Preisen, das wurde eben illustriert, wird in der Standortdebatte aber tunlichst verschwiegen. Denn an diesem Besitzstand zu rühren wäre ein Sakrileg an einem geradezu heiligen Anrecht auf Vermögensmehrung, das sich – wie im obigen Beitrag ausgeführt – zur Grundlage der persönlichen Existenzsicherung entwickelte. Nicht nur das Geld in unmittelbarer Form sichert uns mittlerweile Güter und damit die materielle Existenz, sondern ebenfalls das verliehene Geld, das zudem noch zusätzliche Geldbeträge (nämlich Zinsen) einbringt. Und das in Produktionsgüter gesteckte Geld vermag uns – geschicktes Investieren und Agieren vorausgesetzt – sogar einen noch höheren Geldzufluss als Zinsen (nämlich den Gewinn) und damit noch mehr Ansprüche auf Leistungen Dritter zu verschaffen. Der Wert dieses ökonomischen (nämlich ertragbringenden) Eigentums bemisst sich nun letztlich an dem Geldertrag, den man hieraus zu erzielen "vermag" – eben dem Vermögen. Dies wird offensichtlich am Auf und Ab des Aktienvermögens, es schlägt sich aber auch bei scheinbar soliden Immobilien nieder, deren Wert absehbaren Änderungen in den Mieterträgen nachläuft.

Dort, wo sich die Wirtschaft in einer Aufbauphase befindet, ist die so angeregte Mehrung von Produktivvermögen und seiner Effektivität richtig und wichtig. Zunehmend aber geht es nur noch darum, das Vermögen mithilfe einer rentablen Produktion von Gütern und Dienstleistungen zu erhöhen, aber nicht um die Art und Weise, wie sie erzeugt werden, und nicht um ihren Zweck. Dieser unerbittliche Renditeanspruch mag historisch aus den Geschenken der Sonne, seien es die Früchte (lat. "fructus": der Gewinn) oder die Produktivitätsmehrung dank der fossilen Brennstoffe, erklärt werden können, und wäre heute allenfalls für ressourcensparende Investitionen angemessen. Die real durch nichts gerechtfertigte Übertragung dieser Naturerfahrung auf jegliches Vermögen lässt sich hingegen selbst durch die überzeugenden Rechnungen eines Helmut Creutz, nicht einmal mit der simplen Widerlegung anhand des "Josephspfenning" aus den Dogmen der Ökonomie verbannen.

Exkurs: Zur Berechtigung der Zinsen

Der geldökonomisch und -historisch wenig bewanderte Verfasser bewegt sich mit den folgenden Gedanken, die den herrschenden Zinsanspruch von der einzelwirtschaftlichen Seite her bestreiten, zugegebenermaßen auf Glatteis und möchte sie lediglich als Anregung sehen:

1. Selbst von den Protagonisten der "Schwundwährung" wird die Liquiditätsprämie als Vorteil des Geldes, quasi jederzeit in eine beliebige Form von Vermögen umgewandelt zu werden, nicht grundsätzlich in Frage gestellt (vgl. z.B. Dieter Suhr: "Der Liquiditätsvorteil ist eine Folge der Eigenschaften von Geld"³). Deshalb soll sie mittels der gezielten Geldentwertung ausgehebelt werden, um die Zinskosten und ihre negativen volkswirtschaftlichen Wirkungen zu mindern. Aber auch ein unmittelbares Argument spräche für die Berechtigung, die Liquiditätsprämie abzuschöpfen: Es sind nämlich nur die wirtschaftenden Betriebe und der Staat, die dem Geld ständig einen fruchtbaren und aufnahmebereiten "Acker" bereit halten, in dem es jederzeit gedeihen kann; ohne diese realen Leistungserbringer besäße das Geld wahrlich nur seinen Wert als Metall oder zum Feuerzünden. Dies ist vergleichbar der elektrischen Batterie, die ihren Wert auch erst dadurch erhält, dass hierfür Anwendungen bereitgehalten und ihre Anschlüsse normiert werden. Der Liquiditätsvorteil erwächst somit nicht durch das Geld an sich, sondern erst durch die reale Bereitstellung der gesamten – technischen, organisatorischen, ordnungspolitischen, sozialen und natürlichen – Infrastruktur. Er ist somit keinesfalls ein "Verdienst" der Geldbesitzer, was schon Suhr im selben Aufsatz betont⁴, sondern der Gesellschaft, die – wie ein Stromversorger – deswegen sogar umgekehrt ein "Entgelt" für die Bereitstellung der Leistungsbeurteilung verlangen kann.

2. Auch Heinsohn/Steiger bestreiten die gängige Erklärung des Zinses als "Liquiditätsprämie", freilich mit gänzlich anderen Argumenten⁵. Umgekehrt vermag der Verfasser Heinsohn/Steiger hinsichtlich des Verlustes der Eigentumsprämie nicht ganz zu folgen, zumindest soweit sie als generelle Berechtigung für den Zins gesehen

wird. Ihre umfangreich und historisch tief angelegte Argumentation, die man nur sehr grob als Eigentumsdeckung von Geld zusammenfassen kann⁶, ließe sich nämlich ebenfalls auf die dem Geld vergleichbaren Schuldtitel wie Wechsel und Schecks anwenden, die für eine vorab erbrachte Leistung ausgestellt werden. Auch auf den Staat ließe sich diese Sichtweise "münzen": Er bezahlt die für ihn erbrachten Leistungen nicht unmittelbar zurück, sondern mit werthaltigem Geld (werthaltig und vertrauenswürdig, soweit die Infrastruktur und ökonomische Situation des Staates einen Umtausch in vergleichbare Gegenwerte erlauben). So gesehen entstünde das Geld nicht quasi aus dem Nichts heraus als Entscheidung der Zentralbank, sondern als abgesichertes Leistungsversprechen zum Ausgleich zuvor erhaltener Leistungen. Dass der Schuldner diese durch die Ausgabe von "Geld", d.h. durch ein in die Zukunft verschobenes Leistungsversprechen anstatt durch sofortige reale Gegenleistungen befriedigt, kann nun nicht zusätzliche (Zins-) Forderungen des Leistungsschuldners, sondern allenfalls umgekehrt des Leistungserbringers begründen⁷. Die Absicherung dieser Leistungsversprechen (sei es nach Heinsohn/Steiger mit Eigentum, oder durch sonstige, den Schuldner einschränkende Sicherheiten) ist so gesehen als Selbstverständlichkeit und Voraussetzung für dessen Annahme durch den Leistungserbringer anzusehen; sie rechtfertigt jedoch genauso wenig eine Honorierung wie etwa die physische Herausgabe von Schmuck als Pfandgut, was ja auch einen Verlust an Eigentumsprämie darstellt.

Fit for death – Globaler Kostenwettbewerb als effizientes Dopingmittel

Diese Missachtung der Wirklichkeit zeigt sich an den bekannten "externen Kosten": Gute Luft und stille Täler, freie Aussichten und Mußzeiten können kostenlos von der Ökonomie verwendet und verschwendet werden, obwohl sie für die Menschen kostbar sind. Und was immer die Produktion als Instrument der Vermögensmehrung bremst, wird mit den Schlagworten "Effizienzsteigerung" und "Wachstumsbremse" demontiert, dereguliert und ignoriert: Feiertage

und Eigenarten, Preisbindung und Kündigungsschutz, Familie und Würde, und nicht zuletzt der Wert menschlicher Arbeit. Hierzu wird nach 60 Jahren Friedens und immensen technischen Fortschritts der Gesellschaft dopinggleich eine Not-situation vorgegaukelt ("fit werden für den globalen Wettbewerb"), in der das tief angelegte Überlebensprinzip Effizienz gegen sich selbst angewendet wird. Alles "Überflüssige" wird beseitigt, die letzte Reserve herausgepresst; vergleichbar einem Gebirgsfluss, der im Fallrohr einer Turbine zugeleitet wird statt über Steine zu sprudeln, sich spielerisch zu winden und in Kühlen zu quirlen. So verschwinden mit der kostensenkenden Effizienz die Kaskaden des Lebens. An diesen will der Mensch sich Stück für Stück erleben, erfahren und abarbeiten, nicht aber sich selbst und eine maximale Gütermenge in minimaler Zeit "verheizen". Rasches Produzieren und ungebremstes Konsumieren verdrängen das lebensgemäße Gestalten und Genießen. Was geschieht, wenn die Gesellschaft aller hemmenden Strukturen – Kosten in der Sprache der Ökonomie aber kostbar für Leben und Natur – beraubt wird, ist jedem Fußballspiel anzusehen, dem man zwecks Kostensenkung und höherer Torausbeute die Abwehr wegnimmt: Eine Veranstaltung besinnungslos rasender Stürmer ohne Reiz mit arbeitslosen Verteidigern und Torhütern hinter der Absperrung.

Dieser Verlust an lebensspendender Vielfalt und lebenserhaltenden Grenzen wird allenfalls ansatzweise unter dem Begriff der "externen" Kosten bzw. Nutzen diskutiert, ohne jemals in seiner vollen Tragweite erfasst werden zu können. Vergleichbares gilt für die andere Backe der ökonomischen Quetschzange: Selbst die noch verbliebene "Fülle des Lebens" wird plötzlich zu ungeliebten Kosten und Knappheitsfaktoren, indem es zu Eigentum erklärt wird, dessen Nutzung entgolten werden muss⁸. Nimmt auf der Seite der öffentlichen und vieler privaten Haushalte die Verschuldung ständig zu und zwingt zu den absurdesten Einschränkungen, bläht sich auf der Gegenseite das Kredit gebende Vermögen in gleichem Maße auf – in den vergangenen zehn Jahren fast um das Doppelte⁹. Um die hieraus erzielten Überschüsse wiederum rentabel

investieren zu können, werden Gemeinschaftsaufgaben privatisiert und früher öffentliche Güter wie Gene, Bilder, Entdeckungen, Ideen, Namen und Strände zu ökonomischem Eigentum¹⁰. Dies zwingt kranke Menschen zu geldbringenden "Kunden", lässt Bürgern vertraute Stätten wie das Hamburger Volksparkstadion zu einer fremden AOL-Arena und vormals jedem zugesicherte Bildung (wieder) zu einer Frage des Geldes werden. Und dass Arbeiten überhaupt "kostet", obwohl es selten ein real knappes Gut ist, sondern vielmehr gerne geleistet wird, ist schlicht darauf zurückzuführen, dass den meisten Menschen mangels ausreichendem sonstigem Vermögen oder solidarischer Absicherung nichts anderes übrig bleibt, als ihre Arbeitskraft zu einem entgeltspflichtigem Eigentum zu erklären, belastet mit dem Risiko der Arbeitslosigkeit, wenn sie die Messlatte ihres individuellen ökonomischen Gewinnes nicht erreichen. Nur die in und von Gemeinschaften wie Familienbetrieben, Genossenschaften oder Klöstern lebenden Menschen können sich und ihre Arbeit noch geschätzt wissen.

Die verkaufte Sonne: Nur ein Gedankenspiel?

Selbst die Sonne wird eines Tages kostenpflichtig und somit rar für uns. Und zwar dann, wenn vergleichbar den UMTS-, Ölförder- oder Fußballübertragungslizenzen dereinst die Rechte an der Sonnennutzung von den völlig verschuldeten Staaten der Erde verkauft werden. Bis dahin wird die Mauttechnik jeden Sonnenstrahl erfassen können, den wir zu welchem Zweck auch nutzen. Und alles, was von der Sonne lebt, mittelbar und unmittelbar, wird kostenträchtig, mithin: alles. Liebe und Gemeinschaft, Religion und Ethik verlieren ihren Wert an sich und werden als zu teuer und überflüssig genauso wegrationalisiert wie heute schon Arbeitsplätze, Ruhezeiten oder das Schwätzchen am Fahrkartenschalter. Mensch und Natur werden in jeder ihrer Handlungen und Wirkungen nur noch ökonomische Kosten oder Güter sein. Dieses Szenario ist nur eine konsequente Fortschreibung der anhaltenden Ökonomisierung von immer mehr Lebensbereichen; zugleich markiert es ihren End-

punkt. Denn wenn alles miteinander in ökonomischer Beziehung steht, wird alles handelbar und nichts mehr beständig sein. Vermögen als Gegenwert zukünftiger Erträge verliert seinen Sinn als Zukunftssicherung, wenn sich Produkte, Preise und Einkommen in der global vernetzten Ökonomie im Sekundentakt ändern.

Das (aus-)gedachte Vermögen

Nähert man sich dem Vermögensbegriff unter diesen Umständen der verkauften Sonne noch weiter, verlieren sich seine Umrisse gänzlich, so wie eine Goldmünze unter dem Elektronenmikroskop oder wie ein Konzern aus Sicht eines Mitarbeiters, und es erweist sich, dass auch das nach heutigen Maßstäben solideste ökonomische Vermögen nur noch ein zufälliges und schwirrendes Substrat eines ungebremsten selbstbezüglichen Prozesses sein wird, vergleichbar den von einem Monitor auf eine hierauf gerichtete Videokamera zurückgeworfenen Schleifen¹¹. Die Erklärung hierfür ist anhand einer Ökonomie mit zwei Unternehmen (beispielsweise einem Anstreicher und einem Poeten) leicht zu begründen:

Das ökonomische Vermögen des Malerbetriebs wird bestimmt von seinen zukünftigen Einnahmen aus den Malaufträgen des Poeten. Deren Menge und zugestander Preis hängen aber neben des Poeten Vorliebe für bunte Wände auch von dessen ökonomischem Vermögen ab: je höher dieses ist, umso häufiger und umso großzügiger wird er Geld ausgeben. Sein Vermögen aber kann nur so hoch sein, wie der Maler ihm Romane und Gedichte abzukaufen gewillt ist, was wiederum eine Frage des Vermögens des Malers ist. ... Mathematisch gesprochen ist dies eine der schon von den Griechen gern geflochtenen "Schleifen" (vgl. Achilles und die Schildkröte).

Damit ist das einzelne Vermögen nicht nur ein Spielball der in einer durchökonomisierten Welt instabilen Bedürfnisse und Produkte, sondern zudem selbstbezüglich und damit mehr oder weniger unbestimmbar. Dieser zirkulare Charakter ist durchaus nicht ungewöhnlich und den meisten Systemen eigen ("Ein Betrieb ist das, was die Menschen aus ihm machen; der Betrieb wiederum prägt die in ihm arbeitenden

Menschen, die wiederum ...“). Bei einer Vielzahl miteinander agierender Teilnehmer und bremsender Grenzen erweist sich ein solches System wie auch das einzelne Vermögen durchaus als vergleichsweise stabil. Der Zirkelleffekt und seine schwirrende Unstabilität werden jedoch dann voll wirksam, wenn wie bei der Videokamera die Prozesse ungehemmt ablaufen und auch sonst keine stabilisierenden externen Größen puffern. Wir haben diese ungehemmten Rückwirkungen nach der Versteigerung der UMTS-Lizenzen erleben können, als plötzlich Zweifel an den zukünftigen Gewinnen hieraus erwachsen, sich dieses in den Aktienkursen niederschlug, damit deren Besitzer plötzlich einen erheblichen Verlust ihres ökonomischen Vermögens erlebten, womit sich deren relative Verschuldung bedrohlich erhöhte, mit der Folge wiederum, dass diese als ökonomische Akteure und Nachfrager ausfielen, was dann letztlich als Auslöser für die anhaltende Wirtschaftskrise gesehen werden kann.¹²

Ein Denkfehler wird System

Genau dorthin jedoch steuert die Ökonomie als Dauerzustand, wenn sie zum Aufspüren der letzten Gewinnpotenziale physische, regelnde und zeitliche Hemmungen (Inseln wie Währungen wie Sonntage wie Kündigungsschutz) eliminiert, Kommunikationsschranken überwindet und Wellenbrecher (Gemeinschaftsaufgaben wie Infrastruktur, Gesundheit, Kultur, Bildung; gesellschaftliche Strukturen oder ökonomische “Branchen” wie z.B. Kirchen) zermahlt und ihrem System einverleibt. Spätestens dann wird offenbar, dass die Ökonomie auf einer Fiktion aufbaut, nämlich materielle Zukunftssicherung in Geld ausdrücken, speichern und mittels Zinsen und Gewinnen beliebig vermehren zu können.

Was man wann zu welchem Preis unter welchen Voraussetzungen wo und überhaupt erhält, benötigt oder verkaufen kann – dieses als “Vermögen” in Zahlen fassen zu können, war aufgrund seiner Selbstbezüglichkeit von Beginn an ein Denkfehler. In Zeiten weniger ökonomischer Güter, langsamer Strukturänderungen und kleiner, abgeschlossener Wirtschaftsräume schlummerte er unmerklich, blitzte lediglich in Fällen von

Hyperinflation oder groben Bilanzfälschungen auf, ohne als solcher erkannt oder in der gängigen Diskussion benannt zu werden. Und so wird bis heute, diesen Denkfehler nicht erkennend und Zweifel unterdrückend, die Mehrung von Vermögen und die Minderung von Kosten betrieben, stärker als je und blind gegenüber den hierdurch verursachten Schäden an Mensch, Gesellschaft und Natur.

Doch was bedeutet Vermögen in Zeiten ständiger Umbrüche, wechselnder Produkte wie Preise und ungewisser Leistungen wie Bildung, Gesundheit und nicht zuletzt der Rente? Dies wird in der schwirrenden, ungehemmten, weder fass- noch aufhaltbaren globalen Ökonomie überhaupt nicht mehr vorherzusagen sein. So verwandelt sich das in Geld bezifferte Vermögen umso mehr in einen Wahn und das Weltgeschehen in einen sozialen und ökologischen Wahnsinn, je mehr es in seiner Sucht nach ständiger Vermehrung über greifbare Dimensionen hinauswächst, Immaterielles und Ideelles vereinnahmt, die Staaten mit Schuldenbergen begräbt, und je mehr sein Instrument, die auf Kosteneffizienz getrimmte Ökonomie, Mensch, Arbeit und Natur verbraucht oder aus dem System entfernt, und nur noch als ein Wirbel flüchtiger Zahlen und Beziehungen wahrzunehmen sein wird. Dann verflüchtigt sich jede Riester-Rente oder sonstige Vermögensbildung. Und auch das als Zukunftsretter beschworene Bildungsvermögen wird mangels verlässlicher Perspektiven keine materielle Existenz mehr garantieren können.

Das kafkaeske Kostengericht

Mit der verschwindenden Werthaltigkeit des Vermögens verlieren aber auch der ökonomische Ertrags- und Kostenbegriff, die ja an nichts anderes als an das ökonomische Vermögen gekoppelt sind, ihren Halt. Die Messlatte von Ertrag und Kosten, an der täglich alle Akteure der Ökonomie gemessen werden, vom Konzern über den Handwerksbetrieb und die Sozialstation bis herunter zu jedem einzelnen Arbeitnehmer, sei er (noch) angestellt oder schon Ich-AG, und die diese Akteure unerbittlich eliminiert, sobald ihre Kosten höher sind als ihr Ertrag – sie er-

weist sich als eine Chimäre! Wie für das Vermögen selbst gilt nämlich auch für dessen abgeleitete Größen Kosten und Gewinn, dass sie immer nur eine irrealer Augenblickssituation hinsichtlich der durch die entsprechenden Vorgänge bewirkten Zu- bzw. Abnahme des Vermögens abbilden (irreal, weil die hinter ihnen steckenden Erwartungen an das Vermögen niemals augenblicklich realisiert werden können und sollen). Mag dem einzelnen Vermögensbesitzer die oben aufgezeigte Virtualität noch wenig ausmachen, solange er real nichts davon spürt, so schlägt dieses kafkaeske Kostengericht bei den Akteuren brutal zu, entlässt sie oder erklärt sie für konkursreif bzw. überflüssig, nur um ohnehin schon virtuelle Vermögen noch weiter aufzublähen. Wenn das soziale, politische, ökologische und auch wirtschaftliche Umfeld sich dann entsprechend verändert (vermutlich verschlechtert) haben wird, werden aber ganz andere Preise gelten, und die heutigen Entscheidungen könnten sich als ein riesiger Flop erweisen. Beispiele ließen sich schon heute genügend finden; man denke nur an die "rentablen" Atomkraftwerke oder an die Kosten und Arbeitskräfte "sparenden" Streckenstilllegungen der früheren Bundesbahn, die uns heute einen ökologisch und wirtschaftlich wahrlich kostspieligen Kfz-Verkehr beschert haben.

Das Schwarze Loch der globalen Ökonomie

Ausgangspunkt dieser Expedition war die Frage nach der Natur der alles bestimmenden Kosten. Diese spiegeln nicht notwendig reale Knappheiten wider, sondern Minderungen des ökonomischen Vermögens. Dessen ungleiche Verteilung und dessen Wuchern macht andererseits unbegrenzte Ressourcen teuer – tagtäglich zu erleiden an den real nicht existierenden Kosten für die Arbeitskraft und bedrückend vorstellbar im Falle eines Verkaufs der Sonnenrechte. Dieses Szenario macht zugleich deutlich, dass sich der ursprüngliche Zweck von Eigentum, die Sicherung der materiellen Zukunft, in sein Gegenteil verkehrt. Der Geburtsfehler der Ökonomie, zukünftige Leistungen Dritter zum Zweck der Zukunfts-

sicherung quasi "einfrieren" lassen, deren Umfang beziffern und bedingungslos vermehren zu wollen – er mutiert ihren Dreh- und Angelpunkt, das Vermögen, umso mehr zu einem alles Leben und letztlich sich selbst aufsaugenden "Schwarzen Loch", je stärker es mittels der Ökonomisierung vorangetrieben wird.

Und je mehr dieser Denkfehler zum alles durchdringenden System wird, umso stärker müssen zwangsläufig die Unfassbarkeiten und Widersprüche auftreten: Plus (= gerne tätig sein) ist minus (Arbeitskosten), Null (virtuelles Termingeschäft) wird zu plus (Gewinn), minus (Verbrauch natürlicher und gesellschaftlicher Ressourcen) gilt als plus (Effizienzsteigerung), und schließlich wird sogar wider alle Vernunft unendlich (Leben wie eben auch die Sonne) mit einem zerbröselndem Urmeter (nämlich dem Vermögensbegriff¹³) auf endliche Geldbeträge reduziert. Die herrschende Ökonomie muss zur Kenntnis nehmen, dass ihre Mechanik unter den extremen Bedingungen der heutigen Grenzenlosigkeit genauso hinfällig ist wie die Newtonsche Physik bei Lichtgeschwindigkeit. Oder sie starrt weiterhin auf das Diktat von Kosten und Gewinn, so ohnmächtig und unverständlich wie K. auf das Gericht. Dann hilft wirklich nur noch der Verkauf der Sonne, denn dann ist die Welt endlich widerspruchsfreie Ökonomie. Cui bono?

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Beitrag beruht in weiten Teilen auf dem Buch von Arno Gahrman mit Henning Osmers: "Zukunft kann man nicht kaufen. Ein folgenschwerer Denkfehler in der globalen Ökonomie", Bad Honnef 2004, und ist eine Überarbeitung des gleichnamigen Beitrags in der online-Ausgabe von "humonde" im November 2004 (www.humonde.de). Inhaltlich neu sind die Begründung der Selbstbezüglichkeit des Vermögensbegriffes, welche in dem zitierten Buch im Kapitel 4.3 ("Die UMTS-Story") eher nur qualitativ anhand ihrer Wirkungen behandelt wurde, und der Exkurs zu den Zinskosten.
- 2 Nach den den Lesern bekannten Berechnungen von Helmut Creutz (z.B. in Creutz, Suhr, Onken: Wachstum bis zur Krise?, Basis Verlag Berlin, 1986) zahlten schon Anfang der 1980er Jahre acht von zehn Haushalten mehr Zinsen und Gewinne – größtenteils in Preisen und Mieten versteckt – als sie ihrerseits erhalten, und dieses Defizit landet als entsprechende Zunahme bei den gerade zehn Prozent der Haushalte, die bei diesem ständigen Vermögenstransfer zulegen (bei etwa 10% der Haushalte ist die Zinsbilanz ausgeglichen). Vgl. dazu z.B. die nachfolgenden Fußnote.
- 3 Dieter Suhr: Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft.

- (Nachdruck) in: Wachstum bis zur Krise, Basis Verlag, Berlin 1986, S. 53.
- 4 Suhr, ebda., S. 49.
- 5 Z.B. S. 174 ff. und 193 ff. in Heinsohn, Gunnar/Steiger, Otto: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft (hier 2. Auflage, Marburg 2002).
- 6 ... und die (endlich) Eigentum und Vermögen in den Mittelpunkt der ökonomischen Entwicklung stellt. Auch die Gedanken des diesem Beitrag zugrundeliegenden Buches (s. Note 1), das das Vermögen als treibende, durch die zunehmende Grenzen- und Hemmungslöslichkeit aber hohl werdende Zielgröße sieht, wurden erst durch das Werk von Heinsohn/Steiger ans Tageslicht gebracht.
- 7 In den Ausführungen von Heinsohn/Steiger zu den Wechslen (S. 288 ff. ebda.) findet der Verfasser keinen Hinweis auf die hier genannten Aspekte.
- 8 Vgl. z.B. Ulrich Duchrow und Franz J. Hinkelammert: Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums. Oberursel, 2002.
- 9 Zu unbegrenzten wie ungleichen Kapitalmehrung vgl. den zusammenfassenden Beitrag "Wissenswachstum statt Wirtschaftswachstum" von Olbrich/Seltmann in Heft 2/2004 von "humonde" und die dort genannten Autoren wie Afheldt, Creutz und Suhr.
- 10 Dass das exponentielle Wachstum des Kapitalvermögens über der realen Wachstumsrate liegt und dennoch nicht von der von den Sozialreformern befürchteten breiten Inflation begleitet wird, liegt in eben dieser formalen Schaffung neuen Eigentums. Dieses repräsentiert neben spekulativem Inhalt (z. B. den UMTS-Lizenzen) durchaus auch reale Gegenwerte (Bahn, Post, Infrastruktur), sodass dem zusätzlichen Vermögen eine solide, geldwerterhaltende Deckung gegenüber steht, ohne dass real mehr produziert werden muss als vorher. Dennoch gelten
- auch hier die Naturgesetze – das im folgenden Abschnitt skizzierte Szenario der verkauften Sonne als letzte denkbare Form künstlich geschaffenen Eigentums mag bei Anhalten der exponentiellen Kapitalvermehrung schneller eintreten als jede ökologische oder politische Katastrophe.
- 11 Zu diesem Bild (wie überhaupt zu zirkularen Systemen) vgl. Hofstaedter: Gödel, Escher, Bach. Ein endlos geflochtenes Band, Stuttgart, z.B. 6. Auflage, S. 526f.
- 12 Dass Ansprüche auf zukünftige Leistungen Dritter in ihrem Wert (eben dem ökonomischen Vermögen) unabhängig davon sein können, was ich diesen Dritten wiederum an Leistungsfähigkeit und –umfang ermögliche, würde ein von der Ökonomie (noch) nicht geprägter Mensch vermutlich gar nicht erst denken, und er würde es als absurde Idee ansehen, seine zukünftigen Leistungserbringer in Arbeitslosigkeit und Armut zu zwingen, um dergestalt seinen Reichtum vermeintlich zu erhöhen; vgl. die von Solidarität geprägten Betriebe und Gemeinschaften oder die Geschenkkultur in "unterentwickelten" Völkern (hierzu s. a. Duchrow/Hinkelammert ebda.).
- 13 Als mathematische Folge der Verzinsung heutiger Beträge wird das Vermögen umgekehrt als diskontierter Wert zukünftiger Erträge ("discounted cash flow") definiert. So erhält auch eine quasi unendliche Zahlungsreihe wie die Sonnennutzung einen endlichen Gegenwartswert. Dies ist der spiegelbildliche Effekt des Josephspfnennigs. Bei verschwindenden Zinssätzen hingegen läge der Kaufwert der Sonnennutzungsrechte tatsächlich unendlich hoch: es könnte weder hier noch beim Verkauf sonstiger unendlich nutzbarer Ressourcen wie Grund und Boden ein Preis bestimmt werden – was einerseits die einzig vernünftige Schlussfolgerung im Falle unendlichen Nutzens ist, andererseits erneut die Widersinnigkeit des Zinsanspruches belegt.

"Wem gehört die Bundesrepublik Deutschland?"

"Bei einem Schuldenstand von fast 1,4 Billionen Euro zahlt der Staat 66,2 Milliarden Euro Zinsen im Jahr – das sind 11 % der gesamten Staatsausgaben. 1992 betrug die Zins-Ausgabenquote lediglich 9,4 %. Die Zins-Steuerquote – sie misst, wie viel Prozent der Steuern für Zinszahlungen aufgewendet werden müssen, ist innerhalb der vergangenen zwölf Jahre von 13,7 auf 16 % gestiegen. (...)

Wer tatsächlich die Gläubiger der öffentlichen Haushalte sind, ist eines der bestgehüteten Geheimnisse der Republik. Nicht einmal die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur, die für den Bund die Kreditaufnahme regelt, kennt die Geldgeber. Die einzige, höchst grobe Statistik veröffentlicht die Bundesbank. Danach halten Kreditinstitute rund 532 Milliarden Euro, Nichtbanken 228 Milliarden Euro und das Ausland 512 Milliarden Euro. (...) Vorrangig sind es Besserverdienende, die dem Staat ihre Ersparnisse als Kredit anvertrauen. (...) Zusammen reichen die Erbschaftssteuer, die Grundsteuer, die Gewerbesteuer, die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuer mit einem Aufkommen von 64,9 Milliarden Euro nicht einmal, um die Zinsen von 66,2 Milliarden Euro zu finanzieren. Dies aber sind die Steuern, die in der Regel von Wohlhabenden gezahlt werden. Für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben bleibt davon nichts mehr übrig."

Marie-Luise Hauch-Fleck, Wer profitiert von den Schulden?
in: Die Zeit Nr. 21/2004, S. 24.

Reinhard Stransfeld:

Europa auf dem Weg in die Brasilianisierung ?

1. Der falsche Weg

Dem Blick auf das Land offenbaren sich Krisenbilder. Die öffentlichen Versorgungssysteme, der Staatshaushalt und vor allem die Beschäftigungssituation: Überall zeigen sich Risse in den ehemals ehernen Gewissheiten, dass die Dinge sich schon richten werden – spätestens nach dem nächsten Aufschwung.

Das sich verbreitende Unwohlsein ist berechtigt – wenn auch unberechtigt verspätet. Denn bereits seit den siebziger Jahren nimmt die Arbeitslosigkeit zu. Und ebenfalls seit den siebziger Jahren wächst Jahr für Jahr die öffentliche Verschuldung schneller als das Sozialprodukt. „Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht“, sagt der Volksmund. Heute löst die Realität die aphoristische Prophetie ein.

Die bisherigen öffentlichen Debatten und Maßnahmen zum Thema haben bei aller Vielfalt etwas gemein: Sie verweigern sich der Auseinandersetzung mit dem Kern des Problems. Deshalb wird der wahrscheinliche Ausgang der Entwicklung nicht klar vorhergesehen: der Abstieg in die Brasilianisierung, wie es der Soziologe Ulrich Beck einmal formulierte – die Angleichung der europäischen Verhältnisse an die dritte Welt.

Dieser Kern lässt sich auf einen Begriff bringen: „Schrumpfende Wertschöpfungsräume“. Wir überlassen das, was wir mit eigenen Kräften leisten könnten, immer mehr den Maschinen (und konzentrieren damit die Einkünfte auf die Investoren) oder der billigeren Arbeitskraft im Ausland (und schließen damit große Gruppen von der aktiven Tätigkeit in Wertschöpfungsprozessen aus). Darüber schweigen die Neoliberalen. Deren Parolen lauten ganz anders: Wachstum, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit. Gerade letztere gilt neoliberalen Kreisen als eine Art Allzweckwaffe gegen Substanzverluste gleich welcher Art. Wie stellt sich die Wirklichkeit dar?

Serienproduktion senkt die Stückkosten und damit den Preis der Waren, bezeichnet als 'economies of scale'. Das verschafft Wettbewerbsvorteile – vorausgesetzt, dass der Markt die Waren aufnehmen kann. Bei nachlassendem Binnenwachstum wächst das Interesse der großen Unternehmen und in der Folge der politische Druck, die Märkte zu öffnen. Die Globalisierung nimmt ihren Lauf. Früher oder später treffen sich auf den globalisierten Märkten die Elefanten. Eine zweite Runde der Kostenreduktion wird eingeleitet: Absenkung der Lohnkosten durch Auslagerung von Beschäftigung in Niedriglohnländer. Daran nehmen alle teil, die groß genug sind, um die Vorteile dieser Strategie wahrnehmen zu können. Da angesichts der verfügbaren hochproduktiven Fertigungstechniken und einer wachsenden Weltbevölkerung bei geringem Wachstum Arbeitskraft in praktisch beliebigem Umfang zur Verfügung steht, wird diese Schraube immer weiter angezogen, auf Kosten der Beschäftigung im eigenen Land. Ganze Industrien gehen danieder, weil sie dem Kostendruck nicht standhalten können. Für die noch Beschäftigten nimmt der Lohndruck zu, die Arbeitsbelastungen steigen.

Die Hoffnungen, die in der Industrie wegbrechende Beschäftigung durch die Ausweitung des Dienstleistungsbereichs kompensieren zu können, blieben und bleiben unerfüllt. Im Gegenteil zeigt sich, dass selbst das, worauf die Deutschen immer stolz waren – die Ingenieursdienstleistungen – inzwischen eine negative Handelsbilanz aufweisen. Die Anderen haben dazugelernt.

Umso mehr wird aus den neoliberalen Hochburgen in den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und den Wirtschaftsredaktionen der Presse gebetsmühlenartig die Wettbewerbsfähigkeit als Heilmittel gepriesen. Nur durch die starke Präsenz der deutschen Wirtschaft auf den globalen Märkten, so das Credo, sei die Beschäfti-

gung zu sichern. Dafür müssten die Lohnnebenkosten und die Steuern gesenkt, lästige Auflagen beseitigt, insgesamt den Unternehmen alle Freiheiten eingeräumt werden, die vorgeblich der Wettbewerbsfähigkeit im Weg stehen. Seltsam nur, dass mit dem wachsenden Exporterfolg die Arbeitslosigkeit steigt – dies seit dreißig Jahren! Dahinter steht die eiserne Logik, dass der Erfolg auf den Auslandsmärkten mit hohen Produktivitätssteigerungen in der Industrie erkaufte wird – jährlich 4% und mehr. Bei Wachstumsraten unter 2% sind Beschäftigungsverluste die unvermeidliche Folge.

Damit nicht genug. Wer viel exportiert, muss auch importieren. Anderenfalls geraten die Kunden langfristig in eine Schuldenfalle. Große Warenmengen aus dem Ausland drücken daher auf die inländischen Zuliefer- und Konsumentenmärkte. Die kritische Bedeutung dieser Importe drückt sich nicht in ihren Marktwert aus, sondern in den dahinter stehenden Arbeitsstunden. Wir exportieren aus einer hochproduktiven Fertigung mit wenigen Arbeitsplätzen und importieren (direkt oder verdeckt über andere Industrieländer) in nicht geringem Umfang Waren aus Niedriglohnländern – geleistet als prekäre Arbeit mit vergleichsweise niedriger Produktivität und

niedrigem Preis, aber umso größerem Arbeitsvolumen. Hieraus resultierte der Druck auf unsere traditionellen Industrien – Textilien, Schuhe, Werkzeuge, Fahrräder, Sportartikel – die inzwischen Geschichte geworden sind.

Wir haben also das Kuriosum, dass mit zunehmendem Außenhandelsvolumen selbst bei wachsendem Exportüberschuss aufgrund des Zangenschlusses von Produktivitätssteigerung und externer Lohnkonkurrenz viele mittelständische Unternehmen aufgeben müssen und mehr Arbeitsplätze verloren gehen als geschaffen werden. Heute sind die Exportüberschüsse zum Cortison der Wirtschaftspolitik mutiert. Nach vorübergehender Milderung tritt das Übel verstärkt auf: der Verlust an Wertschöpfung im eigenen Land.

Die Quelle wirtschaftlicher Prosperität und gesellschaftlicher Wohlfahrt ist die materielle (primäre) Wertschöpfung. Die dort entstehenden Einkommen führen zur Nachfrage nach Dienstleistungen (sekundäre Wertschöpfung). Aus beiden Quellen wiederum schöpft der Staat die Steuern für seine Investitionen (tertiäre Wertschöpfung) sowie die Mittel für die sozialen Versorgungssysteme. So bildet sich also eine verhängnisvolle Wirkungskette:

Schrumpfende primäre Wertschöpfungsräume

⇒ sinkende Löhne und Erträge

⇒ abnehmende Kaufkraft
zulasten der Dienstleistungen

⇒ geringere Einzahlungen in die
Vorsorgesysteme

⇒ kränkelnde Steuereinkünfte
der öffentlichen Haushalte

Von der Mainstream-Ökonomie und der Politik werden die Zusammenhänge zwischen dem verbissenen Drang, Exportweltmeister zu sein, und den unheilvollen Folgen in der heimischen Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt hartnäckig ignoriert. Denn eine konsequente Gegensteuerung könnte die Vorteilslagen mächtiger Akteure gefährden. Und so werden die Staaten und Regionen weiterhin gegeneinander ausgespielt und in eine Abwärtsspirale der sich unterbietenden sozialen und ökologischen Standards hineingetrieben. Lässt sich diese Fehlentwicklung aufhalten?

2. Der andere Weg

Zellen, Körper, soziale Gemeinschaften und Staaten, selbst Religionen und Kulturen sind Systeme. Systeme brauchen Grenzen, wenn sie mit einer eigenen Identität überleben wollen. Innerhalb dieser Grenzen entwickelt sich der Zusammenhalt zwischen den Systemmitgliedern – Menschen, Unternehmen, Organisationen. Vertrauen ist die Grundlage der Gemeinschaftlichkeit, aus der das Leistungsvermögen und die nachhaltige Behauptungsfähigkeit des Systems erwachsen.

Die Grenzen wurden im Zeitalter der Globalisierung übermäßig eingeebnet, damit ist die territoriale Integrität des Systems von Wirtschaft, Gesellschaft und deren Rahmenordnung preisgegeben worden. Die Politik hat ihre Gestaltungsaufgaben an die Finanzmärkte abgegeben. Daraus entspringen die Probleme. Die Antwort kann daher nur lauten: "Die Barrieren, die von den Politikern verringert wurden, (müssen) wieder errichtet werden."¹ Muss dafür das Rad der Zeit zurückgedreht werden? Nein, es gibt einen zeitgemäßen Weg, um, anknüpfend an die gegebenen Verhältnisse, den notwendigen Richtungswechsel zu vollziehen. Die (Wieder-)Herstellung einer angemessenen Balance zwischen den inneren und äußeren Wirtschaftskreisläufen zur ausreichenden "Immunsierung" gegen destabilisierende äußere Einflüsse: So lautet die Herausforderung.

2.1 Regionale Ökonomie

Der regionale Gütertausch muss deutlich erhöht, die globale Arbeitsteilung in ihrer Bedeutung für die Region zurückgedrängt werden. Die Bewohner und Unternehmen der Region sollen wechselseitig Anbieter und Konsumenten von Waren und Leistungen werden. Auf diese Weise werden in der Region Beschäftigung und Einkommen geschaffen. Um eine Zielgröße zu nennen: Heute hat der Außenhandel (die Summe von Export und Import) im Verhältnis zum Sozialprodukt eine Größe von zwei Dritteln, im Verhältnis zum Produktionswert der deutschen Wirtschaft ein Volumen von gut einem Drittel erreicht. Es muss das Ziel sein, diese Anteile zugunsten der binnenregionalen Wirtschaftsbeziehungen auf das Niveau der sechziger Jahre zurückzuführen – also in etwa zu halbieren.²

Voraussetzung 1: Das regionale Geld

Es gab (und gibt) ein vielseitiges Instrumentarium an Schutzmaßnahmen: Zölle, Normen, spezifische Gewährleistungsrichtlinien etc. Nicht zuletzt unter innovationsdynamischen Erfordernissen – und diese sollen und dürfen nicht abgewürgt werden – sind derartige Instrumente unhandlich. Im Übrigen schränken sie nicht die Exportorientierung ein und setzen damit den

zerstörerischen nationalwirtschaftlichen Wettbewerb fort. Ziel muss es sein, die grenzüberschreitenden Waren- und Finanztransaktionen umfassend einzudämmen. "Geld" ist der geeignete Ansatzpunkt einer Re-Regionalisierung. Durch eine ausschließlich regional gültige Komplementärwährung soll eine neue Barriere zur Außenwelt errichtet werden.

Die regionale Währung – der Regio – ist nur eingeschränkt konvertierbar zum selbstverständlich weiterhin gültigen Euro. Die Parität beträgt 1:2 oder sogar 1:3. Der Kauf importierter Güter in Euro verteuert sich dadurch deutlich. Die binnenwirtschaftlich erzeugten und in Regio abgerechneten Produkte sind zwar im Hinblick auf ihre Faktorkosten teurer. In dem Maße, wie die Menschen ihre Einkünfte in Regio beziehen, sind die regionalen Produkte angesichts des Paritätsgefälles jedoch günstiger als das in globaler Währung zu bezahlende Gut.

Wie gelangt der Regio in den Geld- und Wirtschaftskreislauf? Der Staat beginnt, einen Teil seiner Ausgaben in Regio zu leisten, dies zum gleichen Nennwert, wie die bisherige Euroleistung – zunächst mit 4% und jährlich um diese Rate steigend, bis etwa zwei Drittel aller staatlichen Ausgaben in Regio geleistet werden. So entsteht eine Nachfrage nach in Regio angebotenen Gütern. Unternehmen beginnen, ihre Rechnungen und Löhne teilweise in Regio zu bezahlen. Allmählich kommt der Regiokreislauf in Gang, dies auf der Basis regional erzeugter Waren und Leistungen. Der Staat deckt nach einer Karenzzeit von 3 bis 5 Jahren seine Einnahmen in zunehmendem Umfang durch den Regio. Auf diese Weise können die Staatsschulden abgebaut werden.

Exporterlöse in Euros müssen anteilig in Euros an die Einsatzfaktoren, insbesondere an die Beschäftigten, weitergegeben werden. Ferner wird der Staat einen Teil der Exporterlöse in Regios an die Exporteure weitergeben. Damit wird vermieden, dass das Paritätsgefälle zwischen Euro und Regio für massive Exportgewinne ausgenutzt und damit ein wirtschaftlicher Druck auf andere Regionen ausgeübt wird. Die Balance soll gewahrt bleiben, hier und anderenorts.

In wenigen Jahren wird sich eine deutliche Belebung der Nachfrage nach Arbeitskraft zeigen. In 10 bis 15 Jahren ist das Beschäftigungssystem wieder völlig intakt und der Staatshaushalt sowie die öffentlichen Versorgungssysteme sind gesundet. Das ist das Ziel. Regionale Ökonomie und regionales Geld sind nicht Selbstzweck, sondern Instrumente der Heilung.

Voraussetzung 2: Small-Scale-Technologien

Der enorme Leistungs- und Produktivitätsdruck als Folge der Globalisierung ist damit weitgehend verschwunden. Jedoch sind damit die ökonomischen Prinzipien nicht aufgehoben. Die Waren aus der nunmehr mit teilweise drastisch verkleinerten Seriengrößen operierenden Produktion müssen bezahlbar bleiben. Die Logik der economies of scale muss kreativ überwunden werden. Mit dem Begriff der Small-Scale-Technologien werden technische Konzepte bezeichnet, die es erlauben, mit kleinen Stückzahlen auch im Rahmen regionaler Wirtschaftskreisläufe ökonomisch sinnvoll zu produzieren.

Ansätze derartiger Technologien gibt es bereits – oder wieder, z.B. in Gestalt der Kesselbrauereien. Ausgehend von den USA ist diese Tradition in den neunziger Jahren wieder belebt worden. Inzwischen gibt es in den USA einiger Hundert solcher Betriebe.

Small-Scale-Technologien lassen sich in drei Typen unterscheiden:

a) Hochtechnologie-Strategien

Mit dem CSP-Verfahren in der Stahlproduktion, mit Mini-Chip-Fabriken im Werkbankformat sowie mit Mikroreaktoren in der Chemie sind heute bereits Technologien zur Anwendung gelangt, die es erlauben, mit drastisch verringerten Chargen auf regionaler oder lokaler Ebene wirtschaftlich zu fertigen. Durch technische Innovationen konnten jeweils die Investitionsvolumina für die Fertigungseinrichtungen so durchgreifend reduziert werden, dass für Standortentscheidungen wieder andere Kriterien als die Economies-of-scale zum Tragen kommen wie Transportkosten oder qualifizierte Arbeitskräfte.

b) Wertschöpfungsstrukturstrategien

Mittels neuer Techniken und Organisationsformen werden ehemals vollständig industriell bzw. zentral erstellte Geräte, Anlagen oder Leis-

tungen nunmehr mit Vor-Ort-Leistungen verknüpft. Auf diese Weise werden technisch-handwerkliche Tugenden wieder belebt und Arbeitsplätze vor Ort geschaffen. Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung sind ein Beispiel für derartige Ansätze, ebenso die bereits erwähnten Kesselbrauereien.

c) Ressourcengeleitete Strategien

Ob in der Landwirtschaft, im Baugewerbe oder in der Energieerzeugung: Regionale Ressourcen und Erzeugnisse sind ein hervorragender Ansatzpunkt von regionalen Wertschöpfungsketten. Kreative technische Ansätze können dabei helfen. So der "Inga-Fertiger"³, der es dem bäuerlichen Kleinstbetrieb ermöglicht, aufgrund eines äußerst geringen Investitionsvolumens die eigene, geringe Milcherzeugung wirtschaftlich für die Butter- und Käseherstellung zu verwerten.

In der regionalen Ökonomie gilt es, derartige technologische Ansätze in einer großen Breite zielstrebig zu entwickeln, um die enorm ausdifferenzierte Produktionsstruktur, die heute global verteilt ist, soweit wie möglich auf dem eigenen Territorium abzubilden. Denn die Warenangebote dürfen keinen 'Arme-Leute-Status' haben, sondern müssen in Qualität und Image dem globalen Angebot entsprechen. Daher wird es umfangreiche Lizenzproduktionen geben oder auch die Ansiedlung global operierender Unternehmen, die ihre Chancen nunmehr auf den regionalisierten Märkten wahrnehmen wollen – und müssen.

Global kommunizieren, lokal produzieren, lautet das Credo einer regionalisierten Welt. Forschung und Entwicklung wird man weiterhin in globaler Arbeitsteilung betreiben, das ist von einer einzelnen Region angesichts des ausdifferenzierten Wissens auf hohem Niveau nicht leistbar. Daran wird zugleich deutlich, dass es nicht um ein Abschließen von der restlichen Welt geht, sondern darum, die Beziehungen neu zu ordnen und die Balancen neu zu bestimmen. Eine 'innovationspolitische Doppelstrategie' ist erforderlich, um den deutlich unterschiedlichen Anforderungen des inneren und des äußeren Wirtschaftskreislaufes gerecht zu werden.

Voraussetzung 3: Eine neue Bildung

Bildung und Ausbildung werden in der regionalen Ökonomie deutlich stärker ausdifferenziert

sein, um das erforderliche breite Know-how-Spektrum abzudecken. Vor allem aber wird die Monotonie im heutigen Bildungsideal überwunden sein: die kognitive Fixierung und die Intellektualität als Gütemaßstab für das Bildungsniveau und das Leistungsvermögen des Einzelnen. Motorischen und manuellen Elementen wird eine deutlich höhere Bedeutung und Wertschätzung zukommen als gegenwärtig. Das ist im zweifachen Sinn sinnvoll: In einer nicht auf Produktivitätshöchstleistungen getrimmten Wirtschaft wird gegenständliche, manuelle Tätigkeit einen größeren Raum einnehmen. Damit wird zugleich Erwerbsarbeit für Bevölkerungsgruppen geschaffen, die heute im Abseits stehen, weil sie dem hohen Innovationstempo und der Kognitivierung der Tätigkeiten nicht zu folgen vermögen.

2.2 Die Perspektive

Die Regionale Ökonomie, basierend auf den genannten Voraussetzungen, ist der einzige Ansatz, der eine Perspektive zur Überwindung der gegenwärtig drückenden ARS-Probleme⁴ eröffnen kann. Die Vitalisierung einer kleinräumigeren Ökonomie bietet darüber hinaus jedoch weitere Chancen.

Für den wachsenden Anteil alter Menschen mit begrenzter Mobilität und begrenztem Orientierungs- und Handlungsvermögen können auf einer lokalen Ebene Beschäftigungschancen und soziale Einbindungen entstehen. Wir müssen nicht mehr den Anspruch erheben, uns auf allen Gebieten an die Spitze zu setzen. Eine Strategie der "Modernitätendifferenzierung" ermöglicht die (Wieder-)Belebung vielfältiger Milieus der Arbeits- und Lebensweisen, die den unterschiedlichen Talenten Raum der Existenzsicherung, Anerkennung und Zufriedenheit bieten – insgesamt eine Lebensgestaltung in einem selbst gewählten Zeitfluss gestatten.

In der regionalen Wirtschaft werden Stoffkreisläufe wieder nachvollziehbar und damit in den ökologischen Konsequenzen sowohl einsehbar als auch unabweisbar. Die Region wäre genötigt, ihre wirtschaftlichen "Stoffwechselabfälle" selbst zu entsorgen – ein wirksamer Zwang in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung.

In diesem Zusammenhang ist zudem die "Entverantwortlichung" in den ökonomischen Aktivitäten zu sehen, die sich drastisch auf den internationalisierten Kapitalmärkten offenbart. Globalisierung bewirkt die Preisgabe lokaler Bindungen und forciert die schiere Profitmaximierung. In der regionalen Ökonomie rücken Investitionsort und Lebenssphäre wieder enger zusammen. Erfolgswirksamkeit und Verpflichtungscharakter des Handelns werden im Zusammenhang erfahren, Sozial- und Kulturverträglichkeit ökonomischer Aktivitäten werden erhöht. Eine verstärkte soziale Einbettung verbessert zudem die Abwehrmöglichkeiten krimineller Überformungen, die am ehesten aus der Anonymität und Bindungslosigkeit gegenüber dem Gemeinwesen erwachsen.

Schließlich ist regionales Wirtschaften nicht nur eine attraktive Perspektive für die Industriestaaten. Gerade den Ländern der Dritten Welt bietet der Ansatz die wohl einzige Aussicht, den Elendskreislauf zu durchbrechen, den ökonomische Monokulturen, extreme technologische Abhängigkeiten und Bevölkerungswachstum bisher perpetuieren. Techniken und Methoden einer regionalen Ökonomie im aufgezeigten Sinne eröffnen die Chancen einer Selbstorganisation und damit den Ausweg aus der Brasilianisierung.

Was zu tun ist

Gesellschaftlichen Entwürfen, so stimmig und notwendig sie in der Sache auch sein mögen, stehen mannigfaltige Hemmnisse entgegen. Flugs wird nachgewiesen, dass das Ganze nicht funktionieren könne, weil ... – dass es anders viel einfacher und zweckmäßiger wäre ... – oder dass das Alles schlicht Unsinn sei. Mit großer Sicherheit kann man jedenfalls von einer Tatsache ausgehen: Immer dann, wenn vitale Interessen der Mächtigen berührt werden, werden Gegenkräfte gegen drohende Veränderungen mobilisiert. Daher ist aus den etablierten politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppierungen kein Wohlwollen, geschweige Unterstützung für derartige Überlegungen zu erwarten. Solche großen Themen können nur durch neue soziale Bewegungen zur Durchset-

zung gelangen, so wie die Umweltthematik seinerzeit nur von der ökologischen Bewegung wirksam in die öffentliche Debatte eingespeist werden konnte.

Anmerkungen

- 1 "The Economist" v. 7.10.95, S.142.
- 2 Das tatsächlich notwendige Ausmaß der Außenhandelsbegrenzung wird vom Erreichen der gewünschten Effekte im Wertschöpfungs- und Beschäftigungssystem abhängen.
- 3 Siehe www.hofmolkerei.de
- 4 ARS: Arbeitsmarkt, Renten, Staatsverschuldung

Mittlere Technologie mit menschlichen Zügen

„Die Ökonomie der Stetigkeit verlangt eine gründliche Umorientierung von Wissenschaft und Technik. ... Immer größere Maschinen, die immer größere Zusammenschlüsse wirtschaftlicher Macht bedingen und immer größere Gewalt gegen die Umwelt anwenden, stellen keinen Fortschritt, sondern eine Verneinung der Vernunft dar. Vernunft verlangt eine neue Hinwendung der Wissenschaft und Technik zum Organischen, Sanften, Gewaltlosen und Schönen. ... Wir müssen nach einer technischen Revolution suchen, die uns Erfindungen und Maschinen gibt, mit deren Hilfe die uns jetzt alle bedrohenden zerstörerischen Kräfte umgekehrt werden können. ... Ich zweifle nicht daran, dass es möglich ist, der technologischen Entwicklung eine neue Richtung zu geben, eine Richtung, die sie zurück zu den wirklichen Bedürfnissen des Menschen führen soll. Das bedeutet aber auch: zum eigentlichen Menschenmaß. Der Mensch ist klein und daher ist klein schön. Wer auf Riesenhaftigkeit setzt, setzt auf Selbstzerstörung.“

E. F. Schumacher, Die Rückkehr zum menschlichen Maß - Alternativen für Wirtschaft und Technik („Small is beautiful“). Reinbek bei Hamburg 1978, S. 29-30, 133 und 144.

Wirtschaftsordnungspolitik anstelle von 'freier' Wirtschaft

„Eine Lösung der Wirtschaftsordnungsprobleme der Gegenwart ist nur durch den Übergang zu einer Wettbewerbsordnung zu erreichen, die etwas durchaus anderes ist als eine sogenannte 'freie' Wirtschaft. ... Die sog. 'freie' Wirtschaft war eine vermachtete Wirtschaft. Die Freiheit wurde in ihr auch dazu gebraucht, Märkte zu beherrschen. ... Andere, nicht technische Ursachen für die industrielle Konzentration waren das moderne Gesellschaftsrecht, insbesondere das Aktienrecht, das die Beherrschung von Unternehmen durch andere Unternehmen erleichterte; ferner das Patentrecht und der Markenschutz. ... Der Konzentrationsprozess gefährdet die Wettbewerbsordnung aufs Schwerste. ... Je mehr die Wirtschaft von Kartellen, Konzernen und Trusts durchsetzt ist, um so ungeeigneter ist das Preissystem, den Wirtschaftsprozess sinnvoll zu steuern, und um so krisenanfälliger und instabiler muss die Gesamtwirtschaft werden. Diese Instabilität äußert sich auch in Arbeitslosigkeit und in sozialen Kämpfen. Der Vermachtung entspricht die Vermassung, und der einzelne wird von anonymen Großkonzernen, Kartellen usw. abhängig. Im internationalen Handel führt die Bildung von Großkonzernen, Kartellen, Pools und Trusts entweder zu Kämpfen oder aber zu Abkommen, welche die Märkte erstarren lassen. Somit führt die Konzentrationsbewegung zu einer Zerstörung der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft.“

Prof. Dr. Walter Eucken, Industrielle Konzentration, In: ders., Ordnungs politik (als Band 1 in der Reihe Zweite Aufklärung herausgegeben von Walter Oswalt) Münster 1999, S. 33-34.

Fritz Andres:

Geldreform und Unternehmensverfassung

Eine Geldreform nach den Vorschlägen Silvio Gesells bringt das Verhältnis des Geldes zur Ware in Ordnung. Sie sorgt für einen geschlossenen Wirtschaftskreislauf. Damit scheint sie nur für die Marktbeziehungen der Unternehmen von Bedeutung zu sein. Auswirkungen auf das Innenleben der Unternehmen sind zunächst nicht ersichtlich. Diese ergeben sich aber mittelbar, und zwar einerseits als Folge von Vollbeschäftigung, die die Position der Arbeit im Verhältnis zum Unternehmer aufwertet, und andererseits als Folge der Sättigung des Kapitalmarktes, die die Position des Kapitals gegenüber dem Unternehmer abwertet. In beiden Verhältnissen entstehen neue Gleichgewichte, die die Verfassungen der Unternehmen grundlegend verändern werden.

Der Unternehmer und die Mitarbeiter

Ein geschlossener Wirtschaftskreislauf und damit Dauerkonjunktur beseitigt im Laufe einiger Jahre die Arbeitslosigkeit. Arbeitsplätze werden reichlich angeboten, Mitarbeiter werden knapp und gesucht. Damit ändert sich das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer am sogenannten Arbeitsmarkt. Die Unternehmer sehen sich gezwungen, immer mehr auf die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter (und derer, die es werden sollen) einzugehen. Das bedeutet zunächst höhere Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter kommen allmählich aus ihrer traditionellen Unterlegenheit gegenüber den Unternehmern heraus.

Und doch bleiben die Verhältnisse in einem zentralen Punkt unbefriedigend: es besteht weiterhin der dem Lohnverhältnis innewohnende Interessengegensatz zwischen dem Unternehmer und seinen Mitarbeitern. Ist nämlich der Lohn erst einmal ausgehandelt, so ist der Mitarbeiter ökonomisch gesehen an seiner Arbeit nicht weiter interessiert, während der Unternehmer in der vereinbarten Zeit möglichst viel und gute Arbeit haben will. Dieser Interessengegensatz erfordert

von Seiten des Unternehmers die Einrichtung eines betrieblichen Antriebs- und Kontrollsystems, das gewährleistet, dass in der vereinbarten Arbeitszeit reichlich und gut gearbeitet wird. Im Lohnverhältnis ist der Unternehmer also stets der treibende Teil. Dabei kam ihm bisher die Angst der Arbeiter vor Arbeitslosigkeit zur Hilfe – eine Hilfe, die nun, bei Vollbeschäftigung, versagt. Eigentlich müsste nun der Unternehmer sein Antriebs- und Kontrollsystem verschärfen. Aber wenn der Arbeiter bei Verlust seines Arbeitsplatzes leicht einen anderen finden kann, wird er sich dies immer weniger gefallen lassen. Der Unternehmer gerät so in eine ausweglose Situation: er muss das Unternehmen effizient führen, um am Markt bestehen zu können, das dafür notwendige Antriebs- und Kontrollsystem kann er sich aber im Wettbewerb um gute Mitarbeiter nicht mehr leisten. Das Lohnverhältnis versagt also bei Vollbeschäftigung. Es überrascht daher nicht, dass viele Unternehmer in Vollbeschäftigungszeiten schon von „Überbeschäftigung“ reden und zur Disziplinierung der Arbeiter eine höhere Arbeitslosenquote fordern. Das wäre jedoch ein echter sozialer Rückschritt, dem die Politik widerstehen muss. Die Unternehmer müssen sich dann im eigenen Interesse etwas Neues einfallen lassen.

Dieses Neue kann nur in einer Gestaltung des Arbeitsverhältnisses bestehen, durch die die Interessen der Arbeiter mit denen des Unternehmers koordiniert werden. Das erfordert den Ersatz des Lohnverhältnisses durch Beteiligungsverhältnisse, durch die der Arbeiter in irgendeiner Weise am Ergebnis seiner Leistung und am Unternehmenserfolg beteiligt wird. Dadurch entsteht eine partnerschaftliche Beziehung zwischen dem Unternehmer und seinen Mitarbeitern, wie sie von einigen Unternehmen heute schon gesucht und ausprobiert wird.¹ Eine solche partnerschaftliche Organisation der Arbeitsverhältnisse ist in vielfältigen Formen möglich. In ihrem Zentrum steht die Zielsetzung, die öko-

nomischen Interessen des Unternehmers und seiner Mitarbeiter in die gleiche Richtung, nämlich auf einen größtmöglichen Unternehmenserfolg auszurichten. Der Arbeiter wird dadurch weder zum Unternehmer oder Mitunternehmer noch zum Miteigentümer, er hat keine Außenverantwortung und -haftung, aber er bleibt im Innenverhältnis gegenüber dem Unternehmer auch nach Abschluss des Arbeitsvertrags ein gleichberechtigter Partner (sog. Innengesellschaft).

Der Unternehmer und die Kapitalgeber

Als weitere Folge der Geldreform ergibt sich auf längere Frist eine Vermehrung des Kapitals, die schließlich zur Sättigung des Kapitalmarkts führt und sich in einem Zins um Null zeigt. Da Ersparnisse nach der Geldreform in liquider Form nicht mehr verlustfrei gehalten werden können, bleibt – vom Kredit an Konsumenten oder an den Staat abgesehen – nur noch die Sachinvestition des Unternehmers als Möglichkeit der Wertaufbewahrung übrig. Die Sparer bzw. die ihre Ersparnisse weitervermittelnden Banken sind dann in gleicher Weise auf die die Sachinvestitionen tätigen Unternehmer angewiesen wie diese es schon immer auf die Sparer/Banken und ihre Ersparnisse waren. Dadurch entsteht ein Gleichgewicht zwischen Unternehmern und Sparern bzw. Banken, das auch in der Art und Weise, wie Kapital dem Unternehmen zugeführt wird, seinen Niederschlag finden wird. Im Zustand des Machtgleichgewichts oder besser: der gleichen Machtlosigkeit beider Seiten werden sich sachlich sinnvolle und den beiderseitigen Interessen angemessene Formen der Kapitalzuführung durchsetzen. Dabei ist das Interesse des Unternehmers auf eine freie Verfügungsbefugnis über das Kapital ohne Mitwirkung des Kapitalgebers bei seinen unternehmerischen Entscheidungen gerichtet, das Interesse des Kapitalgebers dagegen auf Werterhaltung seiner Ersparnisse. Dieser Interessenlage entspricht der Kredit (Kredit = Vertrauen). Es ist daher zu erwarten, dass das sogenannte Eigenkapital, durch das der Kapitalgeber heute eine quasi-unternehmerische Position erlangt, weitgehend ersetzt wird durch Fremd-

kapital. Eigenkapital bleibt dann nur dort notwendig, wo der Unternehmer Risiken eingehen will, deren Bewältigung ihm der Kapitalmarkt nicht zutraut. Aber dann wird es funktionell nur ein Anhängsel des Unternehmers sein, und nicht wie heute, die Unternehmerfunktion für sich usurpieren.

Die zu erwartenden Wirkungen der Geldreform auf die Unternehmensverfassung lassen sich wie folgt zusammenfassen: im Verhältnis zur Nachfrage der Unternehmer wird das Angebot an Arbeit knapp, das Angebot an Kapital reichlich. Dadurch wird im Verhältnis zum Unternehmer die Position der Arbeit aufgewertet, die des Kapitals abgewertet. Die Arbeit wird gewissermaßen von unten her zum Unternehmer ins Gleichgewicht gebracht, die Position des Kapitals dagegen von oben ins Gleichgewicht herabgesenkt. Der Arbeiter rückt in die Nähe des Unternehmers und bleibt auch im Vollzug des Arbeitsverhältnisses sein gleichberechtigter Partner, das Kapital wird aus seiner heutigen pseudo-unternehmerischen Position herausgedrückt in eine einflusslose, dafür aber auf Vertrauen (Kredit) beruhende Vertragsbeziehung. Das Arbeitsverhältnis wandelt sich vom Austauschvertrag (Lohnverhältnis) zum Beteiligungsvertrag, die Kapitalbeziehung vom Beteiligungsverhältnis (unternehmerfremdes Eigenkapital) zum Austauschvertrag (Kredit). Arbeit und Kapital erhalten dadurch im Unternehmen die ihnen angemessene und ihren legitimen Interessen entsprechende Stellung.

Die Umwandlung der Unternehmensverfassungen hat ihrerseits vielfältige Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben: die Unternehmensorganisation wird dezentral, weil die Gleichrichtung der Interessen beim Unternehmer das Vertrauen schafft, dass der Arbeiter auch dann, wenn er ihm Spielräume zur selbständigen Entscheidung einräumt, diese im Sinne des Unternehmens nutzen wird. Darüber hinaus werden, wenn von der Kapitalseite kein Einfluss mehr auf die Unternehmen ausgeübt werden kann, alle heutigen, auf Beteiligung am Eigenkapital basierenden Konzernbildungen in selbständige unternehmerische Einheiten zerfallen. Es ergibt sich also nicht nur eine Dezentralisierung innerhalb der Unternehmen, die bis zur Verselbständigung

und Ausgliederung von Unternehmensteilen führen kann, sondern auch eine Dezentralisierung der gesamten Unternehmenslandschaft durch Auflösung der Konzernverflechtungen und der sonstigen, auf Beteiligungsbesitz beruhenden Beherrschungsverhältnisse zwischen den Unternehmen. Auch für Kauf und Verkauf von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen entfällt die Grundlage², wenn aus dem Kapitalbesitz kein Einfluss auf das Unternehmen mehr abgeleitet werden kann. Das bestehende Problem der Unternehmensnachfolge wird vom Unternehmer zu lösen sein. Da der Nachfolger aber in die Vertragsverhältnisse mit der Arbeits- wie auch mit der Kapitalseite eintreten muss, werden im Zustand allseitiger Machtlosigkeit für diesen Fall sachlich sinnvolle Mitwirkungsrechte (vor allem der Arbeitsseite) und ggf. Einspruchsrechte (vor allem der Kapitalseite) von vornherein vereinbart werden.

Die grundlegenden Umwandlungen, die die Unternehmensverfassungen als mittelbare Folge der Geldreform erfahren werden, mögen zum Teil in weiter Ferne liegen. Ihre zentrale Bedeutung für das Arbeitsschicksal des Einzelnen wie auch für die Gestalt, die der Bereich der Wirtschaft insgesamt annimmt, können aber ein zusätzliches Motiv sein, sich mit der Reform der Geldordnung zu befassen und für sie einzusetzen.³

Anmerkungen

- 1 Diese Unternehmen haben sich zum Teil in der AGP – Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft, Kassel, (www.agpev.de) zum Zwecke des Erfahrungsaustauschs zusammengeschlossen.
- 2 Damit fällt bereits ein wesentlicher Teil des heutigen Börsenhandels mit Vermögenswerten weg. Darüber hinaus wird durch die Bodenreform auch der Boden dem Zugriff des Kapitals und der Spekulation entzogen. Schließlich dürfte eine Reform der internationalen Währungsordnung auch die Devisenspekulation weitgehend uninteressant machen. Bedenkt man zuletzt, wie sehr sich jegliche Spekulation von der Erwartung von Schwankungen nährt, die aber von der Geldreform durch eine Stabilisierung von Konjunktur, Preisniveau und ggf. noch vorhandenen Zinssätzen geglättet werden, so kann man davon ausgehen, dass nach der Geld- und Bodenreform vom heutigen Börsengeschehen kaum noch etwas übrig bleiben und ein eventuell verbleibender Rest unbedenklich sein wird.
- 3 Näheres zu den aus der Geldreform sich ergebenden Änderungen der Unternehmensverfassungen in den Beiträgen von Eckhard Behrens, Mitbestimmung und Marktwirtschaft in Fragen der Freiheit Heft 86, Seite 30-42 und von Fritz Andres, Zur Zukunft der Unternehmensverfassung, in Fragen der Freiheit Heft 250, Seite 17-47 (Bezug der Fragen der Freiheit über das Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, 73087 Bad Boll, Tel. 07164/3573, Fax: 7034, eMail: info@sffo.de).

B E R I C H T

■ Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft e.V.

Die AGPe.V. ist ein 1950 gegründeter gemeinnütziger Verein mit rund 400 Mitgliedern, vorwiegend mittelständischen Unternehmen. Sie praktizieren die Beteiligung von Mitarbeitern am Kapital und/oder Modelle von Mitwirkung und Mitentscheidung.

Unter betrieblicher Partnerschaft versteht die AGP e.V. eine vertraglich vereinbarte Form der Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung und Mitarbeiter/innen. Neben ökonomischen Kriterien sollen dabei gemeinsam getragene gesellschaftliche Ziele verwirklicht werden. Diese Kooperation soll allen Beteiligten ein Höchstmaß an Selbstentfaltung ermöglichen und durch verschiedene Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung bei entsprechender Mitverantwortung einer Fremdbestimmung im betrieblichen Alltag entgegen wirken. Notwendiger Bestandteil der Partnerschaft ist die Beteiligung der Mitarbeiter/innen am gemeinsam erwirtschafteten Erfolg, am Kapital oder an beidem.

Die AGP e.V. gibt die "AGP Mitteilungen" sowie weitere Veröffentlichungen heraus und veranstaltet auch Tagungen.

Nähere Informationen:

Sekretariat der AGP e.V.

Landgraf-Karl-Str. 2, 34131 Kassel

Fon: 0561-3 60 44 | Fax: 0561-3 38 50

eMail: info@agpev.de | Internet: www.agpev.de

B Ü C H E R

■ Jeremy Rifkin

Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft – Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert

Frankfurt/m.: Fischer Taschenbuch Verlag, 2004. 240 Seiten.

In beeindruckender Weise dokumentiert der amerikanische Journalist und Wissenschaftskritiker Jeremy Rifkin das Verschwinden der Erwerbsarbeit. "Vor 200 Jahren war die handwerk-

liche Produktion auf die Möglichkeiten der menschlichen Hand und des menschlichen Körpers ausgelegt. Und sie kam mit der begrenzten Energie aus, die man den Tieren, dem Wind oder dem Wasser abgewann.“ Dann ermöglichten Dampfmaschine und Elektrizität, diese natürlichen Kräfte künstlich zu erweitern und sie lösten den Sturm der Industrialisierung aus. Zunächst schien die Maschinen die Menschen von Ruß und Rauch, Schmiere und Schwere zu erlösen. Doch dann wurden sie zu Konkurrenten.

Rifkin erzählt als Beispiel die Geschichte der schwarzen Baumwollpflüger Amerikas, die von pfiffigen Spindeln ersetzt wurden. Das Unkrautjäten übernahm die Chemie. Die Farmer wurden Massenproduzenten mit der Folge von Überproduktion und sinkenden Preisen. Außerdem entstand die verhängnisvolle Tendenz zur großindustriellen Monokultur. Mit einem Schlag wurden zum Beispiel 70.000 Madagassen arbeitslos, als ein amerikanischer Pharmakonzern die Herstellung von Vanille änderte. Die Chemie und der Computer sorgten dafür, dass nicht nur der Mensch und seine Hände kaum noch etwas zu tun haben – es wird auch kein bäuerliches Wissen mehr gefragt. “Angebaut wird nur noch im Labor ...“ Rifkin hat für sein Buch viele Äußerungen von fortschrittsverliebten Insidern gesammelt, zum Beispiel diese: “Die Laborproduktion kann auf die Bedürfnisse des Marktes schneller reagieren und der Umgang mit den Genen im Labor ist wesentlich einfacher als der mit dem Wetter, dem Boden und den Arbeitern in einem Drittweltland.“

Nachdem die Maschinen menschliche Kraft ersetzt haben, ersetzen nun Computer den Verstand. Auch da gibt Rifkin interessante Einblicke in die Logik der High-Tech-Pioniere: “Ich möchte eine Maschine bauen, die stolz auf mich sein kann. ... Sie arbeitet rund um die Uhr, ist nie hungrig oder müde, beklagt sich nie über die Arbeitsbedingungen.“

Statt für Arbeitskosten wird Kapital fortan mehr und mehr für Lizenzen, Patente und Werbung gebraucht. Bei Halbleiterchips beträgt der Anteil der Rohstoff- und Energie- sowie der Arbeitskosten 3 bzw 6 %, der Anteil der Herstellungsanlagen 5 %, und mehr als 85 % fließen

in die Entwicklung und die Patente. Unsere Zukunft? Rifkin erwartet die Entstehung von einigen wenigen High-Tech-Enklaven inmitten von steigender Arbeitslosigkeit, Gewalt und Verwahrlosung. Nationale Politik bedeute nur noch Standortsicherung. “Am Ausgang der modernen Welt erwartet uns eine neue Barbarei.“

Als Ausweg setzt Rifkin auf den “Dritten Sektor“ der gemeinnützigen Arbeit und die Nichtregierungsorganisationen jenseits nationalstaatlicher Identität. Gemeinnützigkeit müsse über Steuerminderung gefördert werden. Produktionszuwächse aus der (menschbefreiten) Industrie müssten gerecht verteilt werden, etwa in der Form einer Grundsicherung. “So wird der Dritte Sektor eine ernsthafte Konkurrenz für das konsumorientierte Paradigma der immer noch dominierenden Marktwirtschaft. ... Die Gemeinwirtschaft wird zu unserer letzten und zugleich größten Hoffnung, was den Aufbau alternativer Institutionen für den Übergang zu einer neuen Stufe der Zivilisation anbelangt.“

Bei aller Achtung vor dem Potenzial des Dritten Sektors – dieser Ausblick bleibt höchst unbefriedigend. Welche Ohnmacht spricht daraus, welche Kapitulation vor den Realitäten im Ersten und Zweiten Sektor! Sollen wir uns weiter vertreiben lassen aus dem Zentrum dessen, was eigentlich unser Zuhause sein sollte: aus der Wirtschaft, in der wir mit anderen Menschen zusammen arbeiten, Lebensgrundlagen schaffen und verfeinern?

Rifkin spricht zwar von einem Paradigmenwechsel, aber er spart eine grundsätzliche Kapitalismuskritik aus. Der Dritte Sektor ist zwar ein wichtiges Übungsfeld für gemeinnützige Wirtschaftsformen. Aber auf die Dauer ist eine Koexistenz von kapitalistischem Erstem und Zweitem Sektor und dem gemeinnützigen Dritten Sektor keine erstrebenswerte Perspektive, zumal dabei der Dritte Sektor immer mehr in die Defensive gerät statt wie ein Funke verändernd auf die beiden anderen Sektoren über zu springen. Ausgespart bleiben bei Rifkin auch die Fragen nach der Geld- und Bodenordnung und nach den Eigentumsverhältnissen, nach der Frage wie wir uns im Verhältnis zur Natur definieren und wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

aussehen müssten, damit unsere Arbeit die Natur bereichert statt sie zu plündern, damit wir unser Potenzial als Menschen überhaupt erst einmal herausarbeiten können statt es zu verbiegen oder brach liegen zu lassen. Verhängnisvoll finde ich die Kapitulation vor der technischen Machbarkeit als solcher. Wo bleibt die Frage nach dem Sinn dessen, was produziert wird? Brauchen wir das 36. T-Shirt aus robotergeernteter Baumwolle? Brauchen wir das 'schöpferische Gespräch' mit dem Computer? Wollen wir eine Wirtschaft jenseits von Wetter, Rhythmus und menschlichem Maß? *Renate Börger*

■ Horst Afheldt

Wirtschaft die arm macht – Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft

München: Verlag Kunstmann, 2003. 256 Seiten.

Nach der Lektüre des interessant geschriebenen Buches findet man die eigene Meinung bestätigt und durch Tatsachen bewiesen, dass es "so nicht weiter gehen kann mit der Wirtschaft" und "der Politik" insbesondere. Enttäuschend ist allein der Abschluss, denn Afheldt bietet nur eine "Renaissance" des sogenannten "Rheinischen Kapitalismus" an, womit er die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik nach dem Krieg bis 1970 meint. Diese brachte zwar scheinbar (gleichen) Wohlstand für alle, wie es Ludwig Erhard versprochen hatte, aber für einige fiel dieser Wohlstand dann doch etwas üppiger aus als für die anderen. Das angeblich erst nach 1970 festzustellende Auseinanderdriften der Gesellschaft in wenige sehr Reiche und eine zunehmend ärmere Mehrheit der Bevölkerung begann aber schon stillschweigend mit dem Wiederaufbau, indem primäre Privilegien der Gesellschaft im Bereich der Geld- und Bodenordnung immer noch nicht beseitigt wurden, sondern unbeheligt fortbestanden. Es galt eben immer noch der Ausspruch des Juristen Goethe: "Es erben sich Gesetz und Rechte / Wie eine ew'ge Krankheit fort. / Sie schleppen von Geschlecht sich zum Geschlechte / Und rücken sacht von Ort zu Ort. / Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage. / Weh dir, dass du ein Enkel bist! / Vom Rechte das mit uns geboren ist / Von dem ist leider nie die Frage."

In seiner romantisch verklärenden Vorstellung vom "Rheinischen Kapitalismus" geht Afheldt von falschen Voraussetzungen aus. Die von Erhard verehrte "ordo-liberale" Freiburger Schule wollte mit der sozialen Marktwirtschaft gar nicht das, was später so genannt wurde. Sie wollte eine monopolfreie Marktwirtschaft der 'vollständigen Konkurrenz'. Darüber hinaus wollte die von Otto Lautenbach gegründete "Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" den "Ordo-Liberalismus" mit den ordnungspolitischen Vorstellungen von Silvio Gesell für eine "Natürliche Wirtschaftsordnung" verbinden. Das ist heute leider vergessen, und – wie Afheldt feststellt – wurden dem "Wild-West-Liberalismus" amerikanischer Prägung zunehmend alle Hindernisse weggeräumt.

Der "Rheinische Kapitalismus" bietet also keine hoffnungsvollen Auswege, auch wenn Konrad Adenauer, der Kanzler des Wirtschaftswunders, in einer ZDF-Sendung des letzten Jahres zum "besten Deutschen" gekürt wurde. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg schien es so, als wäre mit Walter Eucken ein geistiger Herkules erschienen, der den Augiasstall Wirtschaft und Politik reinigen würde, aber übrig blieben ein zur Monopolbildung neigender erbarmungsloser Verdrängungswettbewerb und eine hilflose Sozialpolitik, die sich damit begnügte, die Opfer des Raubtier-Kapitalismus mit sozialstaatlichen Pflasterverbänden zu versorgen. Wir warten noch auf einen wirklichen wirtschaftspolitischen Neubeginn, der Ernst macht mit einer Überwindung der den wirtschaftlichen Wettbewerb beschränkenden Privilegien des Geld-, Boden- und Real-kapitalbesitzes.

Horst Afheldt hat die gesellschaftlichen Verhältnisse vielfach gut dargestellt. Es genügt aber nicht, nur die Symptome der sozialen Krankheit zu schildern. Man muss auch eine Therapie anbieten, wenn man heilsam unterwegs sein will.

Gerhardus Lang

■ Wolfgang Engler

Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft.

Berlin: Aufbau Verlag, 2005. 416 Seiten.

"Der Umsturz der vom Staat sanktionierten Wirtschaftsgesellschaft", schreibt Wolfgang Eng-

ler, "beginnt mit der Wiederentdeckung der eigenen Urteilskraft als Keimzelle des Politischen." Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, doch vom Kulturosoziologen, der mit zahlreichen Studien über Lebensformen in Ost und West bekannt wurde, wird mehr erwartet. Zumal sein vorheriges Buch "Die Ostdeutschen als Avantgarde" genau da endet, wo "Bürger, ohne Arbeit" einsetzt: Bei der Suche nach den Ursachen für stetig steigende Arbeitslosigkeit und Lösungsansätzen.

Die Vorbehalte verfliegen, sobald Englers innere Logik greift: Arbeit gilt heute als die umfassendste und elementarste Verortung der Menschen im sozialen Raum und als Leitmedium gesellschaftlicher Anerkennung. Wie exklusiv dieser Maßstab ist, verdeutlicht der Autor durch einen Rückblick, der bis in die Antike reicht. Er zeigt, dass Arbeit nur selten mit sicherer, auskömmlicher Beschäftigung assoziiert wurde. Unser heutiges Verständnis von Arbeit sei eine kulturelle Projektion, schlussfolgert Engler: "Sofern und solange sich soziale Ordnung und Arbeit wechselseitig vertreten, steht das Leben ohne Arbeit für Regellosigkeit, Schmarotzertum; es bedarf schon gehöriger Anstrengungen, sich diesem Urteil innerlich zu widersetzen." Diese Anstrengung steht jetzt an.

Die Autonomie und Selbstverwirklichung des Individuums ist für ihn normativer Ansatzpunkt für das Gemeinwesen. Daran misst er die Zunftgesellschaft des Mittelalters genauso wie den modernen Kapitalismus. Diese Sicht hält er beeindruckend schlüssig durch. Der Postfordismus stelle die bürgerliche Form der Lohnarbeit von unten in Frage, nämlich durch die Aufspaltung und Individualisierung der Arbeitsverhältnisse – "vorteilhaft für eine Minderheit, problematisch für die Mehrheit." Im Gegensatz dazu greife der heutige Börsenkapitalismus "den bürgerlichen Erwerb von oben an, indem er zur globalen Treibjagd auf ihren Garanten bläst, auf den 'sozialen Staat'."

Die Lösung sieht Engler in der Einführung einer Grundsicherung, die jedem unabhängig von staatlichen Bedürftigkeitsprüfungen zustehen soll. Der Vorschlag ist seit der Französischen Revolution bekannt und wird immer wieder aufs Neue erhoben. Keinesfalls nur von der Linken,

sondern auch von Monetaristen wie dem Nobelpreisträger Milton Friedman oder auch dem CDU-Politiker Kurt Biedenkopf.

Engler dekliniert die Grundsicherung, erhoben als negative Einkommenssteuer oder Sozialdividende, in all ihren Formen durch. Wie lässt sich die Existenzgrundlage der Menschen sichern, wenn sie nicht mehr auf der Arbeitsleistung beruht? Wie kann der Staat seine über die Elementaraufgaben hinausgehenden Funktionen des Gesellschaftsvertrages lösen, wenn seine wichtigste Einkommensquelle versiegt? An welchem Gelände entlang kann das Leben der Menschen geordnet werden, wenn die Disziplinierung durch die Organisation der Arbeit entfällt?

Damit steht das utopische Projekt. Doch liefert Engler weder Ansatzpunkte, wie ein auskömmliches Bürgergeld finanzierbar ist, noch einen Weg zur Umsetzung in politisches Handeln. Die Lektüre dieser über weite Strecken in literarischem Stil verfassten Studie ist dennoch ein Gewinn. Englers Aufriss zur Zukunft der Arbeit aus soziologischer, philosophischer und ökonomischer Perspektive ist spannend für Leser, die interdisziplinär denken – und gelegentliche polemische Ausfälle ignorieren können. Vielleicht hält es Engler ja wie mit seinem vorigen Buch und knüpft dort an, wo er nun stehen geblieben ist.

Ulrike Heike Müller

■ Dierk Hirschel Einkommensreichtum und seine Ursachen – Die Bestimmungsfaktoren hoher Arbeitseinkommen

Marburg: Metropolis Verlag, 2004. 416 Seiten.

Dierk Hirschel sieht in der Akkumulation von Reichtum das zentrale Kennzeichen kapitalistischer Volkswirtschaften. (S.27) Jedoch seien der Umfang und die Ursachen von Einkommensreichtum in entwickelten Industrieländern nur unzureichend erforscht. "Folglich wird die Entstehung hoher Arbeitseinkommen in der öffentlichen Debatte immer wieder sehr stark mystifiziert. Die vorliegende Studie soll einen Beitrag leisten, dieser Mystifizierung und Ideologisierung entgegenzuwirken." (S. 367) Dieses Zitat umreißt den Anspruch des Autors an seine Arbeit.

Er wird ihm gerecht, indem er prüft, ob das Arbeitseinkommen "Leistungseinkommen" oder ein Ergebnis "sozialer Selektion" sei. (S. 22) Es werden die Hypothesen empirisch geprüft, ob bei den Arbeitseinkommen der implizit häufig angenommene Grundsatz der "Leistungsgerechtigkeit" auch tatsächlich zutrifft oder ob nicht leistungsfremde sozio-individuelle Faktoren wie Elternhaus, Schulbildung, Nationalität, Hautfarbe, Branchenzugehörigkeit, Arbeitsort, (Dienst-)Alter oder Geschlecht eine viel dominantere Rolle einnehmen als gemeinhin angenommen. (S. 46) Es ist offensichtlich, dass diese Hypothesen weitgehend zutreffen; es stellt sich bloß noch die Frage nach der Stärke des Einflusses leistungsfremder Faktoren. In umfangreichen und sorgfältigen statistischen Untersuchungen kommt Hirschel zu dem Schluss, dass der Einfluss relativ stark ist und gewöhnlich unterschätzt wird. Dies führe bei großen Einkommensunterschieden zu Legitimationsschwierigkeiten. Die liberalen und utilitaristischen Gerechtigkeitstheorien rechtfertigen große Einkommensunterschiede bloß unter den Voraussetzungen von Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit. (S. 46) Die Untersuchungen zeigen aber, dass diese Voraussetzungen gewöhnlich kaum gegeben sind. "Eine Reduzierung der Erklärung hoher Einkommen auf die "individuelle Leistung" [...] greift somit eindeutig zu kurz." (S. 368) Obschon Hirschel, beruflich Chefökonom des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wiederholt auf die gesellschaftspolitische Brisanz seiner Untersuchungen hinweist, wirkt er in seinen Folgerungen oft überraschend blutleer und zahm. Wo es interessant zu werden verspricht, endet die Diskussion jeweils. Beispielsweise wird das Thema exorbitanter Manager-Entschädigungen in einem kurzen Exkurs erledigt. Hirschel verkneift sich – wohl um den Anspruch der ökonomischen "Wissenschaftlichkeit" nicht zu gefährden – konkrete politische Implikationen. Wissenschaftlich ist die Arbeit auf jeden Fall solide, dazu angenehm lesbar. Sie hat herausragende lexikalische Qualitäten in Bezug auf die Darstellung der Vielfalt heute existierender Einkommenstheorien. Das Buch fördert aber letztlich wenig wirklich Überraschendes zu Tage.

Aus gesellschaftspolitischer Sicht ist es schade, dass es nicht der Anspruch des Autors war, bei der Reichtumsanalyse auch das Kapitaleinkommen zu berücksichtigen, sondern sich auf das Arbeitseinkommen zu beschränken. Denn erst aus dem Zusammenspiel beider Komponenten entsteht das Phänomen Reichtum. Auf S. 69 wird behauptet, dass "deutlich mehr als zwei Drittel des Gesamteinkommens der Individuen" Arbeitseinkommen sei. Dabei dürfte es sich jedoch um einen Durchschnittswert handeln, der für die höchsten Einkommenssegmente vermutlich wenig aussagt. In jenem Bereich ist der größere Teil Kapital- und nicht Arbeitseinkommen. Hier werden wichtige strukturelle Aspekte ausgeblendet, so neben der Problematik des Erbrechts auch die Frage nach dem Ausmaß der Umverteilungen von unten nach oben durch das zunehmende Auseinanderklaffen von exponentiell wachsendem Geldvermögen und höchstens linear wachsender realer Wirtschaft. Zu diesem Thema, das in der "Zeitschrift für Sozialökonomie" häufig besprochen wurde, fehlen bislang solch umfangreiche empirische Studien, wie sie Hirschel hier vorlegt. Vom Methodischen her könnte seine Arbeit als Vorbild dienen für entsprechende empirische Forschung. *Roland Wirth*

■ **Siegfried Frech und Josef Schmid (Hg.)
Der Sozialstaat – Reform, Umbau,
Abbau?**

Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2004. 191 Seiten.

Die Aufsätze in diesem Buch beleuchten den bundesdeutschen Sozialstaat unter vielerlei Aspekten. Der (längste) Beitrag von Lutz Leisering über die fünf Phasen der Sozialstaatsentwicklung nach 1949 weist zu Beginn darauf hin, dass im Grundgesetz zwar vom "demokratischen und sozialen Bundesstaat" gesprochen wird, jedoch weder eine zur Erreichung dieser Ziele geeignete Wirtschaftsordnung beschrieben noch genauer definiert wird, wann Sozialstaatlichkeit erreicht sei. So addierten sich im Zuge des "Wirtschaftswunders" bis in die 1970er Jahre immer neue sozialpolitische Errungenschaften, bis mit der Öl- und Wirtschaftskrise die Phase der "Einschnitte" einsetzte. Seither liefern sich bei den Reformversuchen die Einsparungen durch mehr

Effektivität ("Neue Steuerung") und die Streichungen von Leistungsgewährungen ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Am Horizont sieht Leisering einen "neuen privatwirtschaftlichen, öffentlich eingebundenen Sozialsektor", was für den Bürger bedeutet, dass er "örtlichen Finanzdienstleistungsbüros, multinationalen Anlagekonzernen und globalen Kapitalmärkten ... mindestens ebenso ausgeliefert ist wie Bürokratien sozialstaatlicher Provenienz".

Frank Nullmeier versucht die Verschiebungen der "Spannungs- und Konfliktlinien im Sozialstaat" aufzuzeigen; dabei weist er dankenswerterweise darauf hin, dass dem viel zitierten (und auch in diesem Buch vorkommenden) "Generationenkonflikt" weit weniger Bedeutung zukommt als dem "Ökonomiekonflikt", der im "Gegensatz von Arm und Reich und von Ausländern und Deutschen als dominante Konfliktlinie" seine Ausprägung findet. Die Globalisierung drängt auf einen "produktivistischen Umbau des Sozialstaates", was sich letztlich darauf zuspitzt, dass "Sozialpolitik gerichtet wird auf ... Verringerung des Aufwandes für Sozialpolitik". Noch halten die "Überflüssigen" unserer Gesellschaft still, doch Nullmeier sieht durch den Verlust der "integrativen Funktion der Sozialpolitik ... auch die Möglichkeit ... einer Gesellschaft mit intensiveren sozialen Ungleichheiten und größeren politischen Spannungen".

Im Kapitel "Arbeitsmarkt, Beschäftigungspolitik und soziale Gerechtigkeit" befasst sich Wolfgang Merkel mit der Entwicklung der Erwerbsarbeit und ihrer Bedeutung für den Einzelnen auch über das rein Ökonomische hinaus. Er wälzt einige Daten zur Position Deutschlands im OECD-Vergleich und kommt dann zu "Vorschlägen für eine gerechtigkeitsorientierte Beschäftigungspolitik". Auf dem Gebiet der Makroökonomie kritisiert er die "einseitige Ausrichtung der EZB an der Preisstabilität" und lobt die "weniger monetaristisch-restriktive Geldpolitik der FED". Im mikroökonomischen Bereich empfiehlt er weniger Regulierung des Arbeitsmarktes und höhere Lohn- sowie Arbeitszeit- und Qualifikationsflexibilität. Er erwähnt aber auch, dass für viele das "Konzept Vollbeschäftigung" der Vergangenheit angehört; "der enorme Produktivitätszuwachs

bedeutet ... einen extensiveren Zugriff der Arbeit auf die gut ausgebildeten Menschen, während der andere, schlecht ausgebildete Bevölkerungsteil ... gesellschaftlich marginalisiert werde." So bliebe letztlich nichts anderes übrig, als die unteren Einkommen zu subventionieren. Dabei müsste über eine "stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme unter Einbeziehung der Kapitaleinkünfte und indirekter Verbrauchssteuern" nachgedacht werden.

In weiteren Beiträgen geht es darum, wie die SPD mit ihrer neuen Rolle klarkommt; am Beispiel der Alterssicherung werden die Auswirkungen der EU-Vertragsgrundlagen erläutert; und die bisherige Bedeutung der Lohnarbeit für die sozialen Sicherungssysteme und die zukünftig notwendigen Veränderungen werden behandelt. An zwei Stellen wird über die "Verbreiterung des Kreises der Beitragszahlungspflichtigen (inklusive Kapitalertragsnutznießer)" gesprochen, jedoch auch deren nur begrenzte Wirkungskraft innerhalb "der interessenpolitisch überschätzten Mitte der Gesellschaft" eingestanden.

Etwas exotisch mutet das Kapitel "Vetospielertheorem und Politik des mittleren Weges" an. Mit ersterem soll erklärt werden, "unter welchen Bedingungen eine signifikante Abkehr vom politischen Status quo erfolgt". Die "Politik des mittleren Weges", die Deutschland jahrzehntelang die hoch gewertete Sicherheit bescherte, kostet nach Ansicht des Autors Manfred G. Schmidt seit der Vereinigung von West und Ost einen Preis, der "signifikant höher ist als vor 1990". Im Abschnitt "Von Referenzstaaten lernen?" zeigt Josef Schmid die Schwierigkeiten und Möglichkeiten auf, Reformbeispiele anderer Länder zu kopieren oder von ihnen zu lernen.

Das Buch vermittelt eine insgesamt sehr vielseitige Sicht auf die unterschiedlichen Aspekte unseres Sozialstaates, auf seinen Reformbedarf und seine Reformmöglichkeiten. Doch wird viel zu wenig auf die Grundlage geschaut, auf der der Sozialstaat fußt und deren Verwerfungen in erster Linie sein Funktionieren in Frage stellen: auf unser Geld- und Wirtschaftssystem. Dessen Gedeih ist an die unhaltbare Prämisse ewigen Wachstums gebunden. Da jedoch das Sozialsystem vom Wirtschaftssystem abhängig ist, dieses

aber auf Treibsand steht, so muss jede Reform, die auf "Nachhaltigkeit" abzielt, dort ansetzen. Erst im zweiten Schritt kommen Überlegungen ins Spiel, was der Staat wie zu regeln gedenkt und woher er sich die Einnahmen dazu verschafft.

Volker Freystedt

■ **René Krüger**
Arm und Reich im Jakobusbrief.
Von Lateinamerika gelesen.
Die Herausforderung eines
prophetischen Christentums

Dissertation Amsterdam 2003. 333 Seiten.
 Erscheint demnächst.

Bei dieser Arbeit handelt es sich um die zweite Doktorarbeit des lateinamerikanischen lutherischen Theologen René Krüger, die er im Januar 2003 an der Freien Universität von Amsterdam verteidigt hat. René Krüger, Professor für Neues Testament und zugleich Rektor der ISEDET, einer staatlich anerkannten Privatuniversität in Buenos Aires, hatte bereits 1985 zu diesem Thema im Lukasevangelium seine erste Dissertation geschrieben, von der 1987 in Luzern unter dem Titel "Gott und Mammon. Das Lukasevangelium und die Ökonomie" auch vier Kapitel in deutscher Sprache erschienen ist. Seitdem ist Professor Krüger ein führender Interpret der sozialgeschichtlichen Auslegung der Bibel. Er sucht besonders den Dialog mit europäischen Exegeten, die vielfach nur den historisch-kritischen Bezug zum Bibeltext herstellen, aber weitgehend die soziale Botschaft der biblischen Schriften nicht genug berücksichtigen.

Demgegenüber macht Krüger deutlich, dass gerade die sozialen Kontexte der Gegenwart die besten Ausgangspunkte zum Verständnis biblischer Texte sein können. So bietet für ihn die Situation der sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze Lateinamerikas gerade "den hermeneutischen Zugang zum Jakobusbrief, indem er die jeweiligen Anliegen auf einer Dialogebene miteinander in Verbindung bringt" (S. 15), die kein praxisloses Christentum mehr zulässt. Für ihn ist deshalb das Thema des Jakobusbriefes das Spannungsverhältnis von Arm und Reich. Zugleich erhellt sich für ihn daraus auch der Verstehens-

horizont heutiger sozialer Kontexte aus der Sicht des Glaubens. Beispielhaft sagt Krüger: "Ein Weltmarkt, der die Behauptung aufstellt, uneingeschränkt frei und autonom zu sein, aber eine Eigendynamik entwickelt, die alles andere als wertneutral ist, hat sich als Götze des Egoismus und des Geldes entpuppt" (S. 12). So ergibt sich für Krüger das Resümee: "Die gesamte Botschaft des Jakobus in Bezug auf Arm und Reich ist ein Aufruf an die Christen und Christinnen, ihr soziales Engagement als Ausdruck ihres religiösen Glaubens zu verstehen und vertiefen" (S. 287). Dabei wird für ihn wesentlich, dass nach Jakobus 1,9-11 die Reichen nicht zur Gemeinde gehören (S.291), denn: "Die egoistische Anhäufung des Reichtums bringt den Armen Elend und Not und den Reichen ewige Verdammnis" (S. 140). Diese Problematik hat endgültigen Entscheidungscharakter und läuft auf die Opposition zwischen Gott und Mammon hinaus. Daraus resultiert eindeutig die Option Gottes für die Armen (S. 269f.). So ist das Denkmuster des Jakobus "als Aufschrei der Gequälten zu werten, die sich ihrer Würde als Kinder Gottes bewusst werden wollen, und deren Gerechtigkeitsgefühl ihnen versichert, dass Gott höchstpersönlich ihre Klage hört und den Ausgleich durch die Umkehrung der Machtverhältnisse schaffen wird" (S. 273).

Insofern birgt der Jakobusbrief revolutionären Sprengstoff für die Christenheit und zielt auf ein prophetisches Christentum hin, das sich in einem tätigen Glauben der Liebe zu den Notleidenden in einer solidarischen Gemeinschaft manifestiert. Dieser Christusglaube steht gegen "einen ausgrenzenden Glauben ohne diese Werke" (S.294). Damit führt Jakobus – so René Krüger – "ein neues Paradigma ein, das auf den Aufbau alternativer sozio-ökonomischer und gemeinschaftlicher Beziehungen abzielt. Er möchte eine Gemeinde aufbauen, dessen neuer Lebensstil von einer besonderen Verantwortung gegenüber den Armen, Unterdrückten und Ausgegrenzten gekennzeichnet ist und die das eingepflanzte Wort in die Tat der Solidarität verwandeln soll" (S. 288).

Wendet man diese Schrift auf die Gegenwart an, dann scheint die große Zeit des prophetischen Christentums noch bevorzustehen. Dass sie nötig ist, wissen wir. Ob sie Wirklichkeit wird, hängt

auch davon ab, ob wir Christen im Sinne des Jakobusbriefes dieses gesellschaftliche Alternativmodell in der eigenen christlichen Gemeinde umsetzen. Dass Professor René Krüger mit dieser seiner Monographie eindeutig darauf hingewiesen hat, dieser Entscheidung nicht auszuweichen, ist nicht hoch genug einzuschätzen.

Christoph Körner

■ **Karin Feiler (Hrsg.)**
Nachhaltigkeit schafft neuen Wohlstand – Bericht an den Club of Rome

Frankfurt/M.: Europäischer Verlag der Wissenschaften, 2003.
 283 Seiten.

Mit seinem vor nunmehr knapp 35 Jahren erschienenen ersten Bericht thematisierte der Club of Rome die Grenzen des Wachstums. Die damit ausgelösten Eruptionen reichen bis in die Gegenwart. Aus der anfänglichen Wachstumskritik erwuchs eine sich thematisch ausdifferenzierende Umweltdiskussion, welche wiederum in die aktuell geführte Nachhaltigkeitsdiskussion einmündete. Dem trägt auch der Titel des neuen Club-of-Rome-Berichts Rechnung. Es entbehrt daher nicht eines gewissen Reizes, anhand des Vergleichs beider Werke mögliche Akzentverschiebungen nachzuzeichnen, der sich während der dazwischen liegenden Zeitspanne ereignet haben. So viel sei vorweggenommen: Von Wachstumskritik fehlt mittlerweile jede Spur.

Der Sammelband gliedert sich in fünf Themenschwerpunkte, denen 16 von teilweise bekannten Autoren stammende Beiträge zugeordnet sind. Klaus Töpfer legt in seinem Vorwort den engen Zusammenhang zwischen "nachhaltigem Wohlstand" und einer hinreichenden Ressourcenbasis dar. Gegenstand des einleitenden Beitrags von Uwe Möller ist ein kurzer Problemaufriss, der Nachhaltigkeit mit einem Erhalt des Naturkapitals, mit intragenerativer Gerechtigkeit, Frieden, einer Effizienzrevolution und schließlich der Lebensstilfrage assoziiert. Ernst Ulrich von Weizsäcker erinnert an das von ihm selbst vor genau einem Jahrzehnt formulierte Effizienz-Motto "Faktor vier – doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbrauch". Weiteres Augenmerk legt er auf die Steuerungsfunktion von Preissignalen, um den Verbrauch knapper Ressourcen zu lindern. Als

Nächstes erwartet den Leser eine Rekonstruktion ökologischer Schädigungen, die mit unterschiedlichen Stadien der Menschheitsgeschichte korrespondieren (Karin Feiler/Gabriele Zöbl). Weiter geht es mit einem Blick auf die demographische Entwicklung (Josef Schmid) und die "globale Energiewende", die zur "Beseitigung der Energiearmut" und zugleich dem Klimaschutz dienen soll (Hartmut Graßl). Neben multilateralen politischen Maßnahmen und technischen Optionen empfiehlt Graßl "kräftiges durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3 Prozent pro Jahr im gesamten 21. Jahrhundert". Wer bietet mehr? Josef Radermacher! In dessen Beitrag wird eine "Vervierfachung des Reichtums im Norden" und eine "Vervierunddreißigfachung des Wohlstands im Süden" über die nächsten 50 bis 100 Jahre als Ziel proklamiert. Möglich werde dies durch eine Dematerialisierung um den Faktor 10. Radermacher sieht dabei die "ökosoziale Marktwirtschaft als wohl einzige realistische Chance". Dieses in der Tradition des Rheinischen Kapitalismus stehende und in Europa bewährte Modell gelte es nun "auf den ganzen Globus zu erweitern", und zwar mittels eines "Welt-Marshall-Plans". Daran anknüpfend erläutert Josef Riegler (ehemaliger österreichischer Vizekanzler) die Elemente der ökosozialen Marktwirtschaft, nämlich zuvorderst die Beseitigung von Überregulierung und Bürokratie, um den Markt als "Motor der Nachhaltigkeit" zu stärken. Weiterhin werden eine "Symbiose zwischen staatlicher Sozialpolitik und privaten Initiativen" sowie die Integration der Umwelt in das Preis- und Kostengefüge aufgezählt. Die im Folgenden von Petra Gruber vorgestellte "Good Global Governance" soll der Wiedergewinnung politischer Gestaltungsmacht in einer interdependenten Welt dienen. Gemeint ist "ein komplexer Prozess der Konsens- und Entscheidungsfindung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteur/innen von der lokalen bis zur globalen Ebene zur Gestaltung des globalen Wandels".

Orio Giarini beschäftigt sich mit dem Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und plädiert für neue volkswirtschaftliche Modelle, die der zunehmenden Bedeutung "immaterieller Werte" als Garant für Wohlstand gerecht werden. Die

daraus resultierende veränderte Arbeitswelt, insbesondere "nicht monetarisierte Tätigkeiten" werden von Patrick M. Liedtke aufgegriffen. In seinem Beitrag "Risiko und Nachhaltigkeit" breitet Walter Stahel einen bunten Strauß an nachhaltigkeitsrelevanten Aspekten des Risikomanagements aus. Der Abschnitt "Grundrecht auf Nahrung" (Michael Windfuhr/Maartje von Galen) widmet sich den Hauptbetroffenen dieses zumindest für die ländliche Bevölkerung in sog. "Entwicklungsländern" nach wie vor ungelösten Problems. Die Autoren empfehlen u.a. – wie könnte es auch anders sein, fragen sich Leser, die bis hierher durchgehalten haben – "nachhaltiges Wirtschaftswachstum". Den (mehr als) gesättigten Bewohner der nördlichen Hemisphäre zwickt indes ein anderes Ungemach: Wie kann angesichts des demographischen Wandels für ein nachhaltiges Rentensystem gesorgt werden, um das erreichte Wohlstandsniveau zu sichern? Hans Rürup und Jochen G. Jacob verweisen auf das von der Weltbank entwickelte Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung, bestehend aus einer Umlagefinanzierung, einer kapitalgedeckten Säule und den privaten Ersparnissen. Zusätzlich sei eine Anhebung des Renteneintrittsalters unabdingbar.

In seinem Plädoyer für ein Weltethos betont Hans Küng, dass die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung weder rein ökonomisch noch rein ökologisch zu begründen sei. Vielmehr handele es sich um eine ethische Forderung. Um nun eine nachhaltigkeitskonforme Verantwortungsethik Kultur und Religionen übergreifend verankern zu können, bedürfe es eines Grundkonsenses "bezüglich verbindlicher Werte, unwiderruflicher Maßstäbe und Grundhaltungen, die von allen Religionen trotz ihrer dogmatischen Differenzen bejaht, ja, auch von Nichtgläubigen mitgetragen werden können". Anhand des Beispiels Österreich unterstreicht Martin Bartenstein (österreichischer Wirtschaftsminister) in einem Schlusswort nochmals die Grundidee der ökosozialen Marktwirtschaft, nämlich eine Akzentuierung ressourceneffizienter Produkte, Produktionsweisen und Dienstleistungen.

Vom Erwerb dieser Publikation ist aus folgenden Gründen abzuraten. Die meisten Beiträge bleiben inhaltlich und konzeptionell weit hinter

dem längst erreichten Diskussionsstand zurück; manche ergießen sich in unscharfe oder altbackene Phrasen. Zuweilen schimmern ein gruseliger Wachstumsfetischismus und eine Rückkehr zum überkommenen Konzept der nachholenden Entwicklung durch. Aber ist eine nachhaltige Entwicklung mit stetigem Wachstum, ganz zu schweigen von systemimmanenten Wachstumswängen, überhaupt vereinbar? Auf die Rolle des Geld- und Zinssystems wird nur an sehr wenigen Stellen und dann höchstens sporadisch eingegangen.

Niko Paech

■ **Wolfgang Kessler & Antje Schneeweiß (Hg.)**
Geld und Gewissen – Tu Gutes und verdiene daran

Oberursel: Druck und Verlag Publik-Forum, 2004. 187 Seiten.

In reifen Volkswirtschaften bestimmt die Nachfrage wesentlich das Angebot. Produzenten richten ihr Angebot an der Nachfrage des Konsumenten aus. Dieser bestimmt somit, was und wie produziert wird. Die häufig von Umweltschützern und anderen geäußerte Kritik an der Industrie, sie verursache durch ihre Produktion ökologische Schäden und müsse sich dafür verantworten, ist damit einseitig, denn Verantwortung trägt ebenso der Endverbraucher, und zwar mit jeder Kaufentscheidung. Dies gilt im weitesten Sinne, denn jedwede Geldverwendung zieht bestimmte Folgen nach sich. So kann der Verbraucher beispielsweise sein Frühstücksei aus Käfighaltung oder aus ökologischer Freilandhaltung beziehen. Er kann sein Frühstücksei im Supermarkt kaufen, wobei dieses dann wahrscheinlich aus einer weit entfernten Produktion stammt, oder er kann es von regionalen Anbietern beziehen. Er kann es im Handel erstehen oder direkt vom Produzenten. Durch seine Entscheidungen beeinflusst der Konsument wesentlich die Art und Weise des Wirtschaftens. Aber nicht nur bei der Kaufentscheidung, also dem Konsum, kann er diesen Einfluss ausüben, sondern auch bei einer anderen Art der Geldverwendung, nämlich bei der Anlage seines Geldes, beim Sparen. Dieser Aspekt ist vielen Verbrauchern noch nicht bewusst.

Bekannter ist dagegen der Einfluss von Analysten oder Rating-Agenturen auf die Finanz-

märkte. Je nach Urteil dieser Experten werden enorme Geldmengen bewegt, um die zum Kauf oder Verkauf empfohlenen Wertpapiere zu erstehen oder abzustoßen. Damit fungieren Finanzmärkte in starkem Maße disziplinierend auf die betroffenen Unternehmen oder gar Staaten. Zentrales Argument für die entsprechenden Bewertungen durch Analysten und Rating-Agenturen sind im wesentlichen die erwarteten Gewinne der Unternehmen. Man stelle sich nun vor, dass diese Analysten die Unternehmen nicht nur nach ökonomischen, sondern auch nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten bewerten, weil die Anleger dies so fordern. Die Unternehmen wären stark dazu angehalten, ihre Wirtschaftsweise entsprechend auszurichten und sich am Markt auch in ethischer Hinsicht zu positionieren. So weit sind wir heute natürlich noch nicht. Eine zunehmende Zahl von Anlegern jedoch verlangt nach ethisch (insbesondere ökologisch) orientierten Geldanlagen, der Markt für "grünes Geld" expandiert.

Das Buch "Geld und Gewissen", herausgegeben von Wolfgang Kessler und Antje Schneeweiß, widmet sich den Möglichkeiten, wie Anleger mit ihrem Geld Einfluss ausüben können, sowie den theoretischen Grundlagen für einen ethischen Umgang mit Geld. Beide Herausgeber haben einen christlichen Hintergrund. Kessler ist leitender Redakteur bei "Publik-Forum", einer Monatszeitschrift für kritische Christen, Schneeweiß ist Wissenschaftlerin am Institut für Ökonomie und Ökumene "Südwind". Im ersten Teil des Buches mit dem Titel "Geld und Ethik" werden grundsätzliche Fragen bezüglich des Geldes (aus meist moraltheologischer Sicht) beleuchtet. So werden zum Beispiel mehrere namhafte Theologen zum Thema Zinsnahme und Aktienkauf befragt, verschiedene regionale Geldsysteme vorgestellt oder bekannte Umweltakteure interviewt.

Dabei zeigt sich immer wieder eine gewisse Nähe zu freigeldtheoretischen Positionen, wenn beispielsweise der Moraltheologe Johannes Hoffmann sagt, dass "Geld reines Mittel bleiben [müsste], ... nur Dienstfunktion haben [sollte], zum Beispiel als Tauschmittel" (S.16). Ebenso die kritische Sicht gegenüber der Zinsnahme durch verschiedene Theologen, die zum Teil grundsätz-

lich abgelehnt wird, wie zum Beispiel von Eugen Drewermann oder Gregor Böckermann vom "Orden der weißen Väter", welcher auch für eine neue Geldordnung eintritt.

Zahlreiche Denkanstöße gibt das Buch hinsichtlich gesamtwirtschaftlicher Fragestellungen. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang ein Interview mit Hermann Scheer (SPD), Reinhard Loske (Grüne) und Thomas Jorberg (GLS-Bank). Auf die Frage beispielweise nach der wirtschaftlichen Stagnation in Deutschland und der Möglichkeit, diese zu überwinden, antwortet Jorberg, dass es deutlich sei, "dass es nicht nur im Moment, sondern langfristig in den hoch entwickelten Industrieländern kein Wirtschaftswachstum mehr geben wird, mit dem man die strukturellen Probleme lösen könnte" (S.62). Diese Aussage kontrastiert in hohem Maße mit der allseits von Politikern, Ökonomen und Medien geäußerten These, dass ein höheres Wachstum die Lösung für mehr Beschäftigung, Schuldenabbau und sozialen Ausgleich sei. Sollten nämlich entsprechende Wachstumsraten tatsächlich in westlichen Industrieländern langfristig nicht mehr realisierbar sein, dann stellt sich die Frage, ob hier nicht die Quadratur des Kreises versucht wird.

Ein weiteres Beispiel sei von Kessler genannt. Dieser schreibt, dass in den vergangenen 40 Jahren der Faktor Kapital stark entlastet, während der Faktor Arbeit zunehmend belastet wurde (vgl. S.71). Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Äußerung von Thomas Straubhaar, des Präsidenten des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA), einem der großen Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland, dass die Entstehung neuer Arbeitsplätze "letztlich auch von der Relation der Kapitalkosten zu den Arbeitskosten" (Wirtschaftsdienst Nr. 7/2004, S.411) abhängt. Ein wesentlicher Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit könnte damit wohl eher durch eine zunehmende Entlastung des Faktors Arbeit im Vergleich zum Faktor Kapital erreicht werden als durch ein möglicherweise nicht mehr in ausreichender Höhe realisierbares Wirtschaftswachstum.

Im zweiten Teil mit dem Titel "Kompass für ethische Geldanlagen" werden dem Leser konkrete Möglichkeiten für verantwortungsbewusstes

Investment aufgezeigt. So werden u.a. umweltorientierte Geldinstitute vorgestellt und ethische Anlageprodukte wie zum Beispiel Umweltfonds und ökologische Lebensversicherungen erläutert. Ein Serviceteil mit nützlichen Adressen rundet diesen Teil des Buches ab.

"Geld und Gewissen" gibt dem interessierten Leser nicht nur einen guten Überblick über ethische Anlagemöglichkeiten, sondern auch wesentliche Denkanstöße in Richtung einer nachhaltigen (Geld-)Wirtschaft. Mit seinen recht knapp gehaltenen Kapiteln sowie den leicht verständlichen Texten ist das Buch für ein breites Publikum geeignet.

Thomas Lang

Als Ergänzung zu den Beiträgen im vorliegenden Heft empfehlen wir

folgende Aufsätze aus früheren Ausgaben der "Zeitschrift für Sozialökonomie":

- Dirk Lühr: "Zum Verhältnis von **Freiwirtschafts- und Gewerkschaftsbewegung**" (111. Folge | 2,00 EUR)
- Helmut Creutz: "**Bündnis für Arbeit**" (121. Folge | 3,00 EUR) ■ Gerhard Senft: "**Aufstieg und Niedergang der Technokratie**" (139. Folge | 4,50 EUR)

Alle 3 Ausgaben liefern wir [solange Vorrat reicht] als "**Themenpaket Arbeit**" zum Sonderpreis von 5,00 EUR incl. Versand.

VERLAG FÜR SOZIALÖKONOMIE

Fax: 04381-7013 | eMail: versand@gauke.de

VERANSTALTUNGEN

■ Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 2. und 3. Juli 2005 im Seminargebäude in Boll mit Beiträgen von Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz und Prof. Dr. Thomas Huth.

Weitere Tagungen des Seminars in Boll:

Reform des Föderalismus

24. – 25. September 2005

Globalisierung

22. – 23. Oktober 2005

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll
Fon: 07164 – 35 73 | Fax: 07164 – 70 34
eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

■ Ach, Europa! – Hoffnungen und Wirkungen einer Idee

37. Müндener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft am 8. und 9. Oktober 2005 in der Reinhardswaldschule in Fuldatal-Simmershausen bei Kassel.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Ekkehard Lindner

Behrensener Str. 18, 37186 Moringen

Tel.: 05503 - 80 53 89

eMail: SG.Lindner@t-online.de

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Ass.jur. Fritz Andres

Dhauner Str. 180, 55606 Kirn/Nahe

Renate Börger

Osterwaldstr. 73, 80805 München

Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup

c/o FH Gelsenkirchen, FB Wirtschaftsrecht
August-Schmidt-Ring 10, 45665 Recklinghausen

Dipl.-Sozialpädagogin (FH) Volker Freystedt

Steige 5, 82237 Wörthsee

Prof. Dr. Arno Gahrman

c/o Hochschule Bremen
Werderstr. 73, 28199 Bremen

Dr. Christoph Körner

Erlbachtal 40, 09306 Erlau

Dr. Gerhardus Lang

Klinge 10, 73087 Boll

Dipl.-Volksw. Thomas Lang

Friedrichstr. 19, 90408 Nürnberg

Ulrike Heike Müller

Diedenhofer Str. 11, 10405 Berlin

Dipl.-Kfm. (FH) Henning Osmers

Schlegelstr. 8, 28309 Bremen

Dr. habil. Niko Paech

c/o Carl-von-Ossietzky-Universität Fakultät II
Ammerländer Heerstr. 114-118, 26129 Oldenburg

Dr. Reinhard Stransfeld

Nassauische Str. 20, 10717 Berlin

Dr. Roland Wirth

Ankerstr. 4, CH – 8406 Winterthur